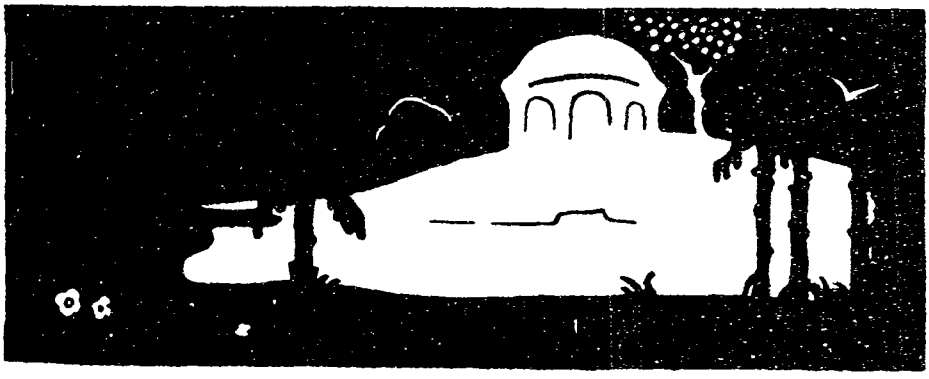

4. Heft / 25. Februar 1909

MAX SCHIPPEL · ENGLAND, DEUTSCHLAND UND ARBEITERPARTEIEN

NATURGEMÄSS wächst mit der Ausbreitung und Hebung der Arbeiterbewegung die Beschäftigung mit Fragen der auswärtigen Politik auch in unseren Kreisen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, dass wir, fast überall die jüngste aller jungen Parteien bildend, nicht sofort, um eine beliebt gewordene Wendung zu gebrauchen, die *Mysterien* der Diplomatie *meistern* lernen, sondern dass uns ganz im Gegenteil sogar recht einfache Grundtatsachen und Entwickelungsgrundkräfte des internationalen Lebens und Ringens zunächst noch ziemlich verborgene dunkle Geheimnisse zu bleiben drohen. Dazu kommt — bei einer Agitations- und Zukunftspartei an sich gewiss erklärlich, jedoch für alle ernsten Entscheidungen nicht selten heilloseste Verwirrung stiftend — die allzu wenig gehemmte Sucht jederzeit möglichst auffällig und wirksam in der Abwehr und Opposition gegen die eigene Regierung, gegen das *Gegebene* und Herrschende auch auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten zu stehen. Mancher von uns erliegt dadurch der Gefahr bei auftauchenden internationalen Streitfällen mit Vorliebe den ausländischen Gegeninteressenten recht zu geben, nur um an der heimatländischen Geschäftsführung kein gutes Haar zu lassen.

So haben wir es denn bisweilen als unserer internationalen Weisheit letzten Schluss miterleben müssen, dass deutsche parteigenössische Blätter haarscharf bewiesen: wie Frankreich in Marokko einem nach Lage der Verhältnisse ganz unaufhaltsamen und somit unter den gegebenen Voraussetzungen historisch berechtigten Expansionstrieb folge, wie das Scherifenreich unbestreitbar und einschränkungslos zur französischen Interessensphäre gehöre, und wie jedes deutsche Mitredenwollen deshalb als feindliches, unverantwortliches Auftreten gegen unseren Nachbar im Westen zu betrachten sei; während andrerseits französische Sozialisten mit nicht minder schonungslosem Eifer gegen jeden Versuch einer Ausschaltung des unbestreitbar schwerwiegend mitinteressierten Deutschland protestierten und das Unverantwortliche des von Frankreich im Bunde mit England eingehaltenen friedenstörenden Verfahrens an den Pranger stellten. Oder wir konnten es sogar staunend mitansehen, wie, je nach den wechselnden Tageseindrücken, in dem selben Land

zeitlich die entgegengesetztesten Anschauungen sich in buntester und raschester Folge ablösten: gestern noch masslose anglophobe Burenunterstützung, während oder gar weil die Regierung wieder näher an die Seite Englands zu rücken suchte; heute die erregtesten Verwahrungen gegen die *unsinnige, weltfremde* Interviewbehauptung, in breiteren deutschen Volksschichten sei das südafrikanische Vorgehen Englands überwiegend abfällig beurteilt worden . . .

Doch machen wir uns zunächst eine Vorfrage klar, die man in unseren Kreisen bei den Erörterungen internationaler Gegensätze oder Harmonieen allzu leicht aus dem Auge verliert. Dass deutsche, österreichische, italienische, englische, französische, russische, amerikanische, japanische Arbeiter eine reiche und immer zunehmende Fülle von sozialen Interessen und Bestrebungen gemein haben, dass sie diese Gemeinsamkeit und Gleichartigkeit der Angriffs- und Abwehrmassnahmen, der Gegenwarts- und Zukunftsziele durch eine internationale Literatur, durch Tagungen und Aussprachen und sogar schon durch mancherlei internationale Organisationsschöpfungen fördern und kräftigen, braucht man heute überhaupt niemandem mehr darzulegen. Ebensogut finden sich deutsche, englische, amerikanische Bank- und Handels- und Reedergrössen zusammen, um sich über die Ausbildung der Krediteinrichtungen, über den internationalen Ausgleich der Zahlungen, über Passagierbeförderung und Frachtbedingungen zu verständigen, tagen die Eisenproduzenten und Schiffsbauer aller möglichen Länder, um ihre Produktionserfahrungen auszutauschen und die Technik zu vervollkommnen, pflegt die *grüne Internationale* der Landwirte eine ganze Reihe gemeinsamer Aufgaben der Berichterstattung, der Produktionsverbesserung, des Genossenschaftswesens, der Seuchenbekämpfung, der Transport-, Markt- und Börsenregelung. Aber weil sowohl kapitalistische wie proletarische Volksschichten der verschiedensten Staaten harmonisch auf diesen und jenen, im grossen und ganzen zweifellos auf immer umfassenderen und mannigfaltigeren Gebieten verständnisvoll in der selben Richtung zusammenwirken und infolge der ganzen modernen geistigen und materiellen Verkehrsverflechtung zusammenwirken müssen, folgt daraus ohne weiteres ihre einheitliche Stellungnahme zu allen möglichen Problemen? Wenn amerikanische und englische Farmer, dazu französische, deutsche und österreichische Landwirte übereinstimmend gegen manche Terminhandelsformen und Börsenpreisfeststellungen, gegen gewisse Arten der staatlichen und kommunalen Grund- und Bodenbesteuerung Front machen, verschwinden deshalb die Konflikte zwischen überseeischem Ausfuhrbedürfnis und europäischer Produktionserhaltung? Wenn japanische und amerikanische Arbeiter über Schutzgesetzgebung und Gewerkschaftstaktik zu gleichen Vorstellungen und zu gleichartigen Organisationen des Vorwärtsdringens gelangen, lässt das irgend welchen Schluss zu auf den Einklang der Auswanderungs- und Einwanderungspolitik am Stillen Ozean? Einer unserer bekanntesten Edelmarxisten überraschte uns neuerlich bereits mit der resignierten Behauptung, wir könnten froh sein, wenn wir die, vielfach gegensätzlich auseinanderstrebenden verschiedenen Arbeiterschichten e i n e s Landes immer unter einem Blockhut zusammenzuhalten vermöchten. Und zwischen unseren beiden, prinzipiell sicherlich genügend kosmopolitischen Bruderblättern in Hamburg und Harburg entbrennt soeben eine heisse partikularistische Fehde wegen der Köhlbrandbarre, die von der einen Seite als eine *Lebensfrage* für Hamburg und damit für die Hamburger

Arbeiterschaft bezeichnet wird, während die Gegenpartei Anklage auf *Brutalisierung* Harburgs und damit der Harburger Arbeiterschaft erhebt. Genau wie andere Interessenschichten und Klassen, die gleichfalls weit über die Landesgrenzen hinüber durch internationale Beziehungen eng verknüpft sind, hat für bestimmte Probleme auch die internationale Arbeiterbewegung ihre nationalen und sogar ihre noch enger umrahmten Sonderbestrebungen, die mitunter schnurstracks gegen einander laufen.

Aber selbst wenn das für die internationale Arbeiterbewegung als solche wegfiele, warum sollten wir davor zurückschrecken uns unter bestimmten Voraussetzungen scharf gegen manche der letztjährigen Einseitigkeiten und Übergriffe der *englischen Auslandspolitik* zu kehren, da doch diese Politik gar nicht das Werk der englischen Arbeiterklasse ist sondern auch von dieser häufig recht scharf kritisiert wurde? Feindschaft gegen *England*, gegen das englische *Volk*, gegen die englische Arbeiterklasse liegt jedenfalls nicht schon darin, dass man ein bestimmtes politisches System, das in der früheren oder augenblicklichen Londoner Staatsleitung zum Ausdruck kommt, und das von einer Verkörperung der englischen Arbeiterbestrebungen vielfach himmelweit entfernt bleibt, wie jede andere, vorwiegend bürgerliche und kapitalistische Erscheinung einer ruhigen Nachprüfung unterzieht. Selbstverständlich ohne jede chauvinistische Voreingenommenheit, aber ebenso ohne jede Neigung zweifelhafte Schritte einer Auslandsregierung zu beschönigen, bloss weil es sich um das Ausland handelt, oder die deutsche Politik — das heisst die Politik der vorläufig noch immer leitenden und massgebenden deutschen Kreise — in Grund und Boden hinein zu verdammen, bloss weil wir mit dieser heimischen Regierung mancherlei Konflikte auszufechten haben. Tatsächlich sind wir in der kritiklosen Hinnahme der jüngsten englischen Politik allmählich so weit gelangt, dass wir unsere früheren eigenen Äusserungen ableugnen, und dass wir in sozialdemokratischen Auslandsorganen, vor allem in englischen selber, wesentlich sachlichere Würdigungen der tieferen, dauernderen Ursachen mancher der letzten deutsch-englischen Interessengegensätze finden.

Ein gut Teil der bedauerlichen und keineswegs unabänderlichen deutsch-englischen Entfremdung ist auf das ungeahnte wirtschaftliche Emporstreben Deutschlands zurückzuführen. Dieses Emporstreben fand, in der heutigen Gesellschaft ganz selbstverständlich, seinen Ausdruck unter anderem in einer rasch erstarkenden Seemacht. Ganz nach englischem Vorbild. Britische Staatsmänner selber, wie vor ein paar Jahren Grey und im vorigen Sommer wieder Lloyd George, haben das unverlierbare Recht des jungen Reichs seine Flotte nach eigenem Willen und Bedürfnis auszugestalten ruhig und offen anerkannt. Und Lloyd George fügte sogar hinzu, was ausserdem englische Arbeitervertreter und Friedensfreunde wiederholt im Parlament und auf dem letzten Friedenskongress betont haben: »man möge sich erinnern, dass England es war, das den Anfang machte; England habe eine überwältigende Überlegenheit zur See gehabt, aber es sei damit nicht zufrieden gewesen und habe gesagt: wir müssen *Dreadnoughts* haben«. So berichteten der *Vorwärts* und andere Zeitungen am 30. Juli 1908. Doch wenn die Flotte nicht zum Massstab des misshebig empfundenen deutschen Nachrückens gemacht wurde, dann war es der deutsche Handel. Die Chamberlainsche Agitation krebste geflissentlich und zeitweise ganz ausschliesslich mit der Bedrohung

des englischen Absatzes und der englischen Schiffahrt durch die deutsche Ausfuhr nach allen Erdteilen und nach England selber, durch das Auftauchen deutscher Dampfer und Dampferlinien in bisherigen Monopolgebieten der ältesten und fortgeschrittensten Seemacht. Die tollste und zugleich bezeichnendste Zuspitzung erfuhr diese unmännliche Konkurrenzfurcht wohl, im Parlament wie in der Presse, als ein paar Felder rauchloser englischer Schiffskohle von einem deutschen Kapitalistenring angekauft worden sein sollten; was sich zudem später als eine wenig schöne und rasch vergängliche Schwindelspekulation einiger reklamebedürftiger Börsianer entpuppte.

Ein so erfahrenes und geschäftsnüchternes Volk wie die Engländer wird zweifellos sein unhaltbares Monopolbewusstsein mit der Zeit mildern und ganz ablegen. Aber haben wir, als Vertreter der deutschen Arbeiterinteressen, irgend welchen Grund die Tatsachen und die Ursachen dieser, mitunter bedenklich um sich greifenden Eifersucht zu übersehen und zu verschweigen und womöglich den Fürsten Bülow gerade dann für einen einsichtslosen Pudelnarren zu erklären, wenn er diese eine Seite der Frage ganz zutreffend hervorhebt? Überdies nützt alles Abstreiten nichts, denn in ruhigen Augenblicken haben wir, die Parteitagespresse voran, selber diese Verkettung von Ursache und Wirkung oft genug zugestanden. »Der Siegeszug der deutschen Industrie«, heisst es ganz richtig im *Hamburger Echo* vom 12. Juli 1908, »hat längst die brennende Eifersucht Altenglands hervorgerufen.« Oder wenn man ein auslandsdeutsches Urteil für objektiver hält, so lese man folgende, in den Grundzügen ganz unantastbare Darlegung des *Wochenblatts der New Yorker Volkszeitung,* des hervorragendsten parteigenössischen Organs in den Vereinigten Staaten, vom 6. Juni 1908:

»Deutschland drohte von Frankreich keine wirkliche Gefahr, solange letzteres allein hätte zu den Waffen greifen müssen. Denn das russisch-französische Bündnis, welches, den Worten der sozialistischen Vertreter entsprechend, prompt erfolgte, gestaltete sich zunächst nur zu einer Defensivallianz, die von Russland dazu benutzt wurde französische Milliarden für sich locker zu machen. Aber ein weiteres Moment macht diese Situation, in welcher während aller dieser Jahrzehnte eine glühende, wenn auch latente Feindschaft gegen Deutschland schlummerte, deren Träger zwei mächtige Regierungen waren, zu einer äusserst gefährlichen. Nicht nur für den Moment sondern für alle absehbare Zukunft, solange der Kapitalismus die Länder beherrscht. Das ist das Emporsteigen Deutschlands zum siegreichen Rivalen Englands auf dem Weltmarkt. Wir brauchen da nicht ins einzelne zu gehen. Es genügt die Tatsache festzustellen, um die Situation zu begreifen. Sie wird auf lange, lange Zeit für Deutschland eine furchtbar drohende bleiben, solange die erwähnte Interessenkombination besteht. Aber sie scheint in diesem Augenblick bis zur Explosion reif zu sein. Nicht als ob — von der Marokkoaffäre immer abgesehen — gerade jetzt eine zur Entscheidung drängende Frage auf der Tagesordnung stünde, sondern weil die Deutschland feindlichen Mächte, unter besonderem Antrieb Englands, Deutschland keine weitere Zeit gönnen wollen sich noch stärker zu rüsten als es schon ist. Daraufhin deuten alle Zeichen. Wir mögen uns irren, der furchtbare Sturm mag noch einmal beschworen werden. Aber die Symptome sind da und können nicht weggeleugnet werden.«

Dass unter solchen Vorbedingungen sensationelle, aufstachelnde Zwischenfälle, wie das Krügertelegramm, von gefährlichster Zündkraft sind, dass sie aber ebenso rasch wieder ihre Wirkung einbüssen und von neuem den in letzter Linie entscheidenden dauernden und normalen Triebkräften Platz machen, braucht kaum erwähnt zu werden. So übernahm denn vor ein paar Wochen

auch unsere Parteipresse widerspruchslos die Nachricht, nicht allzu lange nach dem Krügertelegramm, während des südafrikanischen Krieges seien unter der Anregung Chamberlains von London aus Verhandlungen über ein förmliches deutsch-englisches Bündnis eingeleitet worden.[1]) Immerhin haben diejenigen recht, die ein zweites, verfeindendes Krügertelegramm mit allen Mitteln im voraus verhindert zu sehen wünschen. Nur richtet sich diese berechtigte Mahnung zu grösserer Zurückhaltung gleichzeitig an die politischen Parteien und an uns selber; denn sehr viel Wahres würde wiederum in der Entgegnung gelegen haben, die damals bei den Londoner Freundschaftsangeboten von der deutschen Regierung gemacht worden sein soll: man könne der deutschen öffentlichen Meinung einen solchen Zickzacksprung von ihren Burensympathieen und ihrer Engländerabneigung zu einer so weitgehenden probritischen Stellungnahme schwer annehmbar machen, mit anderen Worten: man müsse auch im Reich der persönlichen Auslandspolitik noch immer mit Volksstimmungen rechnen. Und war diese masslos übertriebene Volksabneigung damals, soweit Arbeiter in betracht kamen, nicht unser eigenes Werk, *nostra maxima culpa*? Der Genosse *Parvus* schrieb im März 1900 schier verzweifelt:

»Wir müssen uns ernstlich fragen, ob wir uns nicht im allgemeinen Trubel durch unsere Sympathieen für einen nationalen Freiheitskampf vielleicht zu mehr haben hinreissen lassen als die strenge Wahrnehmung der proletarischen Interessen gebietet. Es ist bereits so weit gekommen, dass jeder, der sich erlaubt an den Buren Kritik zu üben, als Anhänger Chamberlains verschrieen wird. Man will es nicht mehr hören, was aber wahr ist, dass die Buren als Klasse zu den Ausbeutern gehören usw. . . . Hierin steckt ein gut Stück Britenhass. Man verschreit das englische Volk als eine Nation von Räubern und Mördern; das können und dürfen wir nicht mitmachen. . . . Es wäre Selbstbetrug die englischen Werbetruppen damit abfertigen zu wollen, sie rekrutierten sich aus dem Lumpenproletariat usw.«

Aber der unerbittliche Genosse *G. L.*, dem solche Verwahrungen vor allem galten, blieb in seinem Organ bei seinem alten Urteil:

»Je schwerer die Niederlage der englischen Söldnerheere ist, um so gründlicher und schneller wird der Umschwung bewerkstelligt werden. Die Sozialdemokratie Englands und der ganzen Welt hat allerdings das grösste Interesse an dem Siege der Buren über die im Dienste gewissenloser Kapitalistencliquen stehende englische Weltmacht.«

Und um nun die Konfusion zu vollenden, spielte der Verfasser, einer unserer massgebendsten Parlamentarier, zuguterletzt noch das ganz unverstandene Schlagwort *Klassenkampf* aus und zitierte beifällig einen englischen Genossen, der gleichfalls gemeint habe: »dies ist ein Klassenkampf [class war], und die Buren führen die Sache der Arbeit«. So die *Sächsische Arbeiterzeitung* am 30. Januar 1900, just zu der Zeit des englischen Bündnisangebots. Der *Klassenkampf* verpflichtete uns das Bündnis zurückzuweisen; und heute machen wir der *unfähigen* deutschen Diplomatie Vorwürfe wegen der wieder einmal verpassten herrlichen Gelegenheit.

Doch Scherz bei seite. Man sieht, dass immer wieder Fehler und Vorurteile, oben wie unten, hüben wie drüben, erbitternd und unheilvoll gewirkt haben. Aber um Notwendigkeiten, die jederzeit wiederkehren müssen, hat es sich dabei nirgends gehandelt, im Gegenteil, die meisten Geschehnisse erscheinen heute den Nächstbeteiligten und den Urhebern selber bedauerlich. Wenn jetzt, nach manchen glücklich vorübergegangenen kritischen Momenten, wieder eine Zeit

[1]) Der Hauptbeteiligte, Chamberlain, hat dies auf das allerbestimmteste bestritten.

ruhigen Abwartens zurückgekehrt sein sollte, so wird man hüben wie drüben gut tun sie mehr als bisher zur gegenseitigen Aneinandergewöhnung zu benutzen. Dass England nicht auf ewige Zeiten eine monopolistisch überragende und bevorzugte Stellung auf den Meeren und in den überseeischen Ländern aufrecht erhalten kann, zu diesem Schluss sollte es selber ohne Empfindlichkeit und Groll gelangen. Dass Deutschland nur ökonomische Bewegungsfreiheit wünscht, wie sie England im Falle Frankreichs, Russlands, Italiens, Amerikas ohne weiteres selbstverständlich findet, dass Deutschland höchstens gegen eine künstliche Einschnürung dieser Bewegungsfreiheit sich auflehnen könnte, das wird kein ernst zu nehmender Beobachter ableugnen wollen; »die ungeheure Mehrheit der Deutschen denkt nicht an einen Krieg mit England«, schrieb Bebel im August vorigen Jahres ganz mit Recht an Bruce Glasier. Weichen aber erst die Panikanfälle, die bald England von einer deutschen Invasion, bald Deutschland von einem Küstenbombardement und einer Blockade bedroht erscheinen lassen, so ist alle Aussicht, dass wir über die unbestreitbaren Schwierigkeiten und Reibungen des internationalen Konkurrenzkampfs ohne Kraftproben und Katastrophen hinwegkommen werden. Dass, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die englischen wie die deutschen Arbeiter jederzeit so viel kühles Blut und gegenseitiges Verständnis bewiesen, ist an sich schon ein wertvolles Unterpfand der ferneren ungestört friedlichen Nebeneinanderentwickelung der beiden grossen Industriestaaten. Mögen andere Klassen und Bevölkerungsschichten sich von allen überspannten Befürchtungen gleich frei halten, die geradezu die Gefahr näher rücken, vor der man zurückschreckt.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDWARD REYNOLDS PEASE · DIE KONSOLIDIERUNG DER ENGLISCHEN ARBEITERPARTEI

PORTSMOUTH, der Ort, an dem Ende Januar der Parteitag der englischen Arbeiterpartei abgehalten wurde, bedeutet eine wichtige Station im Leben dieser Partei: Dort hat der politische Sozialismus Englands einen guten Schritt vorwärts getan. Schon Monate vor dem Parteitag gingen Gerüchte von einem drohenden Gewitter um, deren Mittelpunkt die Person Victor Graysons war, des sozialistischen Abgeordneten aus Yorkshire. Wer die englische Politik verfolgt, erinnert sich, dass Grayson im Juli 1907 gewählt wurde, und zwar mit knapper Majorität gegen einen Liberalen und einen Konservativen. Grayson wurde von der *Independent Labour Party* aufgestellt, war aber nicht der offizielle Kandidat der Arbeiterpartei, jener gewerkschaftlichen und sozialistischen Parlamentspartei, der die *Independent Labour Party* als sozialistische Organisation angeschlossen ist. Wie dieses abnorme Verhältnis zu stande kam, kann hier nicht weiter erklärt werden. Genug, von irgend einer Seite geschah ein Versehen, und, obwohl Grayson daran nicht schuld war, verlangte oder erhielt er nicht die offizielle Anerkennung der Arbeiterpartei. Nun ist es ein wohlbekanntes Gesetz der politischen Psychologie, dass eine Sektion, die sich aus irgend einer Ursache, mag sie noch so zufällig oder persönlich sein, absplittert, danach strebt als Rechtfertigung ihrer Sezession eine abgesonderte Politik zu treiben. Grayson war als Sozialist gewählt, nominell ohne den Beistand der Gewerkschaften, und so hiess es bald, dass seine Unabhängigkeit die Folge der Reinheit seines politischen Kredos

wäre. Unglücklicherweise erweiterte sich der Bruch mit der Zeit. Grayson machte im Unterhaus eine Szene, die die Mitglieder der Arbeiterpartei unzeitgemäss und unnötig fanden. Dann lehnte er es ab von der selben Platform aus zu sprechen wie Keir Hardie, und erklärte als Herausgeber des *New Age* in sehr entschiedenem Ton, die Arbeiterpartei wäre ihren Unabhängigkeitsprinzipien untreu, sie vernachlässigte die Interessen ihrer Arbeiterwähler, und die Sozialisten in ihr wären Lämmer geworden, die mit den Löwen der Regierung friedlich lagerten. Eine herausfordernde Schreierpolitik ist jetzt infolge der Popularität der verschiedenen Vereinigungen von *Suffragettes* in England sehr beliebt, so dass ein ganz beträchtlicher Teil der Sozialisten Grayson Beifall zollte, der ein vorzüglicher Strassenredner ist und bereit schien gegen die Politik der sozialistischen und gewerkschaftlichen Verbände, die die Arbeiterpartei bilden, zu rebellieren. Besonders gab die Tatsache, dass die Partei sich bei einigen Nachwahlen nicht am Wahlkampf beteiligte, zu Angriffen Anlass, da man diese Taktik dem Wunsch die Liberalen nicht zu verletzen zuschrieb. Zum Glück für die Arbeiterpartei scheint Grayson keinen politischen Scharfsinn zu besitzen. Er erklärte den Krieg, mobilisierte aber nicht seine Streitkräfte. Sicher war Unzufriedenheit vorhanden, die Fahne der Empörung war aufgerollt, aber das feindliche Heer war nicht aufgeboten, und keiner wusste genau, wie stark es sein würde.

So trat der Parteitag in Portsmouth in erwartungsvoller Ungewissheit zusammen. Grayson sollte als Delegierter anwesend sein, und sicher wäre der heftige Angriff eines so wirkungsvollen Redners mit Beifall aufgenommen worden und hätte Wunden geschlagen, die nicht so bald verharschen würden. Die erste Überraschung war seine Abwesenheit auf der Spezialkonferenz über die Arbeitslosigkeit, also gerade bei dem Punkt, dessen Vernachlässigung er der Partei vorwarf. Am nächsten Tag kam der Bericht des Exekutivkomitees über die Haltung der Partei bei den Nachwahlen an die Reihe; es wurde dabei eine Änderung der Statuten in der Weise gefordert, dass das Exekutivkomitee künftig das Recht haben solle die Beteiligung bei solchen Gelegenheiten sowohl zu gestatten als auch zu verbieten. Noch wurde der Angriff aufgeschoben. Alles, was das Komitee getan, wurde fast ohne ein Zeichen der Missbilligung gutgeheissen, und die neu erbetenen Vollmachten wurden ohne Zögern bewilligt. Die Opposition war verschwunden. Niemals hatte sich eine Versammlung von über 400 Delegierten, die Vertreter von 1 150 000 Mitgliedern waren, ihren erwählten Führern gegenüber so willfährig und gegen ihre Leitung so anerkennend gezeigt. Dann, als die wirkliche Arbeit getan, das neue Komitee gewählt war, als nur noch die Diskussion über abstrakte Resolutionen und politische Projekte bevorstand, Dinge, die hier nicht so seriös genommen werden wie auf dem Kontinent, kam die komische Nachricht, dass Grayson von einem Spassvogel von Offizier auf einem Automobil entführt worden war, bei herrlichem Wetter eine Fahrt durchs Land gemacht, 25 Meilen entfernt von Portsmouth grossartig gefrühstückt hatte und erst nach Portsmouth zurückgebracht wurde, als alles vorüber war. Das war das operettenhafte Ende des so lange vorher verkündeten Angriffs des strengen, unentwegten Sozialisten auf die Führer der Arbeiterpartei. Zwar zweifelte niemand an deren endgültigem Sieg. Auf die Dauer wird sich bei uns die Loyalität den Führern gegenüber immer bewähren, und in diesem Fall waren die Führer durchaus

einig. Eine Hilfe erwartete die Opposition noch von Bernard Shaws glänzendem Witz, aber sie vergass, dass Shaws Rolle darin besteht die Leute durch seine unerwarteten Äusserungen zum Denken anzuregen, und dass er als Politiker, wie er selbst in Portsmouth sagte, »selbst ein Mann der Regierungsbank« und ein gründlich gewitzter Führer ist.

Die Position der Arbeiterpartei ist also nach dem Parteitag eine bedeutend stärkere als früher geworden. Ihre Politik forderte sicher zur Kritik heraus, da es stets ein strittiger Punkt ist, ob man von halbfreundlichen Gegnern mehr durch Gewalt oder durch Geduld, durch beharrliche Feindseligkeit oder durch Bereitschaft wesentliche Konzessionen anzunehmen erreichen kann. Es wurde aber keine wirkliche Kritik geübt. Die Partei beschloss den Wahlkampf zu führen, wenn sie es für richtig halten würde, und sich des Kampfes zu enthalten, wenn keine Aussicht auf Erfolg da wäre, wenn auch die Hitzköpfe und Eisenfresser sie der Feigheit beschuldigten. Die Schwierigkeit der Situation liegt in der Tatsache, dass die Partei, obgleich sie von den Liberalen unabhängig ist und sein muss, doch in 9 von 10 Fällen gezwungen ist die Massregeln der liberalen Regierung zu billigen und sogar eifrig zu unterstützen. Hier liegt die Schuld an den Liberalen. Die Arbeiterpartei kann nicht gegen Altersunterstützung, Arbeiterversicherung, Schaffung kleiner Bauerngüter und die Schankreform einzig und allein deshalb Opposition machen, weil die Partei, die diese Gesetze vorschlägt, nicht sie selbst ist. Der einzige augenblicklich gegen sie gerichtete Vorwurf bezog sich auf das letztgenannte Gesetz. Viele Bestimmungen des Schankgesetzes waren entschieden unpopulär, und viele Sozialisten teilten die Meinung der Opposition, dass das Gesetz, welche Vorteile es auch sonst hätte, jedenfalls wenig dazu beitragen würde die Mässigkeit zu fördern. Die Arbeiterpartei hatte jedoch auf früheren Parteitagen die im Schankgesetz verkörperte Politik diskutiert und gebilligt, und viele ihrer Führer waren noch vor der Bildung der Arbeiterpartei als Anhänger dieser Politik bekannt gewesen. Die Antwort auf diesen Angriff wurde also leicht. In einem wichtigen Punkt sind gegen die Verbindung der Arbeiterpartei mit den Liberalen keine Einwendungen gemacht worden. Bis jetzt hat sich noch keine Stimme erhoben, die die Unterstützung des Freihandels von seiten der Mitglieder der Arbeiterpartei angegriffen hat. Darin weicht die englische Arbeiterpartei von ihren Genossen in den Kolonieen ab und stimmt mehr mit der offiziellen Haltung der deutschen Sozialdemokraten überein. Sie hat dafür ihre Gründe. In England kann die Tarifreform nur eine Besteuerung der Lebensmittel und Rohmaterialien bedeuten, denn nichts anderes ist für uns des Besteuerns wert. Unsere, gegen die grenzenlosen Ebenen Manitobas und Argentiniens, gegen die zahllosen Herden Australiens verschwindende Landwirtschaft siecht freilich dahin und braucht Schutz. Aber unsere Fabriken versorgen uns trotz des Geredes von ihrem Niedergang mit allem, was wir brauchen, und die halbe Welt noch dazu. Der Schutzzoll würde unseren Grundbesitzern zu statten kommen, unsere Arbeiterführer wollen aber dem Volk *freies Brot* zusichern.

Von nun an wird die Arbeiterpartei die vereinigten Arbeiter des ganzen Landes vertreten, da auch die halbe Million Bergarbeiter sich entschlossen hat ihr beizutreten. Mit ihnen mussten besondere Abmachungen getroffen werden, um die Stellung ihrer eigenen Abgeordneten bis zum Parlamentsschluss nicht zu

erschüttern. Diesen ist zugestimmt worden, und von jetzt ab wird die organisierte Arbeit, verbunden mit dem Sozialismus, eine einheitliche Phalanx bilden. Der alte Unterschied zwischen Gewerkschaften und politischem Sozialismus ist aufgehoben.

Ein bevorstehendes Ereignis wurde merkwürdigerweise in Portsmouth gar nicht erwähnt. Es ist einige dreissig Jahre her, dass Thomas Burt, der Vorsitzende des Northumberlander Bergarbeiterverbandes, der vor kurzem Mitglied des Geheimen Rates wurde, für Morpeth, das er jetzt noch vertritt, ins Parlament gewählt wurde. Seit jenem Tage haben die Gewerkschaften ihre Fonds unbehindert für politische Zwecke, zur Bestreitung der Wahlkosten und Bezahlung ihrer Vertreter gebraucht. Alle Parteien waren damit einverstanden. Die die Gewerkschaften betreffenden Gesetze wurden verbessert, ohne dass es jemand einfiel zu behaupten, die Gewerkschaften hätten kein Recht sich mit Politik zu beschäftigen. Endlich brachte irgend ein geistreicher Kopf die Sache vors Gericht, und die Richter verkündeten einer erstaunten Welt, dass das Gesetz diese, eine Generation hindurch ungehindert geübte Praxis nicht gutheissen könne, und dass die fragliche Gewerkschaft, der Eisenbahnerverband, keinen Pfennig mehr zum Unterhalt ihrer Vertreter in die Kasse der Arbeiterpartei einzahlen dürfe. Wäre dieses Urteil vor dreissig Jahren gefällt worden, so wäre es nicht erstaunlich. Das Parlament hat gewiss nicht vorausgesehen, dass die Gewerkschaften politische Körperschaften werden würden. Ein Gebrauch indes, der während des ganzen politischen Lebens der Gegenwart in der breitesten Öffentlichkeit geübt worden ist, ist ein Teil der bestehenden Ordnung, und der Beruf des Richters besteht darin das Gesetz zu handhaben wie es ist, nicht es zu ändern, weil er es für verbesserungsbedürftig hält. Das Urteil des Gerichts ist nicht endgültig, da die Sache noch vor das Oberhaus als letzte Entscheidungsinstanz zu kommen hat, und es ist nicht unmöglich, dass dessen Mitglieder als Männer von weiterem Blick als die Richter der unteren Instanzen das Urteil verwerfen werden.

Die Arbeiterpartei ist dennoch nicht ernstlich bedroht. Die Richter können das Gesetz nur auslegen, und nur das Parlament kann es ändern. Ohne Zweifel wird die jetzige Majorität des Unterhauses nicht dulden, dass die Richter das Gleichgewicht der Politik zerstören, indem sie in die alten Gesetze einen neuen Sinn hineinlegen. Die Arbeiterpartei ist stark genug, um ein billiges Verlangen durchzusetzen, und die liberale Partei zu vernünftig, um ihre Mithilfe zu versagen, wenn es gilt ein ihrer Rivalin angetanes Unrecht wieder gut zu machen. Diese kleine Wolke trübt also kaum den heitern Himmel, den wir seit dem Portsmouther Parteitag haben.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

PAUL KAMPFFMEYER · PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE UND PRODUKTIVKRÄFTE

IN zwiefacher Form tritt der Konflikt zwischen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und den sie überflügelnden Produktivkräften, auf den die Marxsche Theorie die wissenschaftliche Begründung des Sozialismus aufbaute, nach dieser Lehre in die Erscheinung: sachlich in der Existenzgefährdung des bürgerlichen Eigentums und persönlich in der Gefährdung der pro-

letarischen Existenz. In immer gewaltsameren, zerstörenderen Krisen vernichtet sich das kapitalistische Eigentum selbst, und immer haltloser, schwankender, unsicherer gestaltet sich die proletarische Existenz. Die entfesselten Produktivkräfte werfen ungeheure Produktenmassen auf den Markt, bedrohen das bürgerliche Eigentum, und die maschinellen Produktivkräfte verdrängen die Menschenkräfte in der Produktion, erzeugen, namentlich in den Krisen — eine erschreckende Arbeitslosigkeit und stellen die Existenz ungeheurer Arbeitermassen in Frage.

Den rasenden Tanz der Produktivkräfte führt nun Marx in letzter Linie auf das Grundprinzip der kapitalistischen Wirtschaftsordnung: auf die freie Konkurrenz zurück. Die beweglichen, sich von Revolution zu Revolution stürzenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse haben die konservativen, sich träg dahinschleppenden feudalen Produktions- oder Eigentumsverhältnisse verdrängt, und »an ihre Stelle trat die freie Konkurrenz mit der ihr angemesseneren gesellschaftlichen und politischen Konstitution«. Und diese Konkurrenz förderte treibhausmässig die Entwickelung der Produktivkräfte. Der industrielle Wettstreit wird nach Marx mit der Waffe der Herabsetzung der Warenpreise geführt. Die Wohlfeilheit der Waren hängt aber von der »Produktivität der Arbeit«, von der »Stufenleiter der Produktion« ab. Die Kapitalisten, die auf grosser Stufenleiter produzieren, die immer wirksamere Produktivkräfte in ihren Dienst stellen, siegen in dem industriellen Wettkampf ob. Die Kapitalisten bringen somit dank dem Konkurrenzkampf immer riesenhaftere Produktivkräfte zur Entfaltung. Und die Produktivkräfte wachsen sich zu einer ungeheuren, die kapitalistische Wirtschaftsweise sprengenden Kollektivkraft aus, die wie eine Elementargewalt verheerend in die kapitalistischen Produktionsverhältnisse einbricht. Der tolle Konkurrenzkampf der Kapitalisten verschuldet somit die wahnwitzige, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zerstörende Entfesselung der Produktivkräfte. Die Marxsche Theorie von der Sprengung der kapitalistischen Produktions- oder Eigentumsverhältnisse durch die sich gewaltsam reckenden Produktivkräfte beruhte auf der Annahme einer völlig ungeregelten Entfaltung der Produktivkräfte durch die Konkurrenzkämpfe. Und als Marx diese seine Theorie konzipierte, war er wohl zu dieser Annahme berechtigt. Denn in weiter Ferne lagen noch unsere Petroleum- und Spiritusringe, unsere Kohlen- und Stahlwerkssyndikate. Heute in den Tagen des sieghaften Vordringens der Kartelle können wir die Marxsche Hypothese von einer schrankenlosen, ungeregelten Konkurrenz nicht einfach unkorrigiert zu einer wissenschaftlichen Begründung des Sozialismus hinübernehmen. Der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen verliert an Schärfe durch jeden Eingriff in das Spiel der freien, um den Markt hadernden Kräfte. In welchem Umfang unter der phasenreichen Kapitalsherrschaft der Konkurrenzkampf abgeschwächt und damit den Produktivkräften Zaum und Zügel angelegt werden kann, das entzieht sich ganz der wissenschaftlichen Beurteilung. Das Prophezeien ist hier nicht am Platz. Mit vagen Prophetensprüchen kann man kein wissenschaftlich-sozialistisches Lehrgebäude aufrichten. Uns muss daher der Nachweis genügen, dass der Widerspruch, an dem Marx die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zerschellen lässt, auf einer unbewiesenen und unbeweisbaren Annahme beruhen.

Der Konflikt zwischen den kapitalistischen Produktions- oder Eigentumsverhältnissen und den ungezügelten Produktivkräften kommt aber, wie wir gesehen haben, noch in anderer Form handgreiflich zum Ausdruck: in der ständigen Erschütterung der proletarischen Existenz. Die vom Kapitalismus entfesselten Produktivkräfte gestalten die Existenz des Proletariats immer unsicherer und haltloser. Im *Kapital* sagte Marx einmal:

»Mit dem Umfang, der Konzentration und der technischen Wirksamkeit der Produktionsmittel vermindert sich progressiv der Grad, worin sie Beschäftigungsmittel der Arbeiter sind.«[1])

Und im *Kommunistischen Manifest* heisst es:

»Die wachsende Konkurrenz der Bourgeois unter sich und die daraus hervorgehenden Handelskrisen machen den Lohn der Arbeiter immer schwankender; die immer rascher sich entwickelnde, unaufhörliche Verbesserung der Maschinerie macht ihre ganze Lebenshaltung unsicherer. . . .«[2])

Und gerade diese zunehmende Unsicherheit der Existenz treibt notwendig die Arbeiter zur Vernichtung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse fort. Im Unterschied zu früheren Produktionsweisen kann nach Marx die kapitalistische ihrem Sklaven nicht einmal die Existenz innerhalb seiner Sklaverei sichern. Und die wachsende Existenzunsicherheit ist gerade das gewaltigste Aufpeitschungsmittel des Arbeiters zur sozialen Revolution. Diese Unsicherheit lässt ihm eben keine andere Wahl als die Auflehnung gegen die bestehenden Produktionsverhältnisse. Der Sozialismus wird damit, um in der Sprache der Marxisten zu reden, *naturnotwendig*.

Die Marxsche wissenschaftliche Begründung des Sozialismus, die Sprengung der Produktionsverhältnisse durch die Produktivkräfte, fusste also auf der Annahme einer wachsenden Existenzunsicherheit des Proletariats, auf der Unmöglichkeit leistungsfähiger, das proletarische Dasein stützender und befestigender Versicherungseinrichtungen. Wir stehen aber heute mitten in der erfolgreichen Konstruktion umfassender Versicherungsinstitutionen. In allen Kulturländern arbeiten heute die proletarischen Parteien nicht nur an dem Aufbau, nein bereits an dem Ausbau umfassender staatlicher, kommunaler und gewerkschaftlicher Institutionen zur Sicherung des proletarischen Daseins gegen die existenzuntergrabenden Folgen der Krankheit, des Unfalls, der frühzeitigen Invalidität, des Alters und der Arbeitslosigkeit. Wir können daher heute angesichts der aufbauenden Tätigkeit auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung nicht mehr seelenruhig erklären, es gelinge in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht einmal dem Arbeitssklaven eine Sklavenexistenz zu gewährleisten. Die Marxsche Hypothese von der wachsenden Unsicherheit der proletarischen Existenz kann heute n i c h t mehr das Fundament zu einer wissenschaftlichen Begründung des Sozialismus abgeben. Wir müssen uns wohl oder übel nach einer anderen wissenschaftlichen Fundamentierung des Sozialismus umschauen. Zum Glück ist der wissenschaftliche Sozialismus nicht tot, auch wenn die Kapitalisten die Produktivkräfte gebunden und die Produktion in ihrem Interesse geregelt haben, er ist nicht tot, auch wenn eine leistungsfähige Existenzversicherung das proletarische Leben schützen und schirmen würde. Der Kapitalfeudalismus mit einer möglichst vollständigen Ausschaltung der freien Konkurrenz und die denkbar beste

[1]) Siehe **Marx** *Das Kapital*, 1. Band, 3. Auflage (Hamburg 1883), pag. 644.
[2]) Siehe **Marx** und **Engels** *Das kommunistische Manifest*, 6. Ausgabe (Berlin 1903), pag. 15.

Existenzversicherung könnten die Emanzipationsbewegung des Proletariats nicht zum Stillstand bringen.

Die Theorie von der Sprengung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die ungezügelten Produktivkräfte scheint bei oberflächlicher Betrachtung ihre Rechtfertigung in der ungeheuren Entfaltung der modernen Produktionstechnik zu finden. Die Technik scheint die absolute Herrin und Meisterin der kapitalistischen Produktions- oder Eigentumsverhältnisse zu sein. Die Theorie von der Technik als einer selbständigen, die Eigentumsverhältnisse total umwälzenden Macht würde aber nicht im Einklang mit den Grundideen des *Kommunistischen Manifests* und des *Kapitals* stehen. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse werden nach Marx nicht durch eine technische Umwälzung der Produktionsmittel geschaffen sondern durch eine Reihe riesiger Eigentumsrevolutionen, die gewaltsam die Produzenten von ihren Produktionsmitteln trennen und das Kapitalverhältnis *Freie, produktions- und subsistenzmittellose Arbeiter und grosse Produktionsmittelbesitzer* schaffen. Die neue kapitalistische Eigentumsform fusste zunächst auf der zurückgebliebenen Technik des Kleingewerbes. Als der Kapitalismus sieghaft das industrielle Gebiet betrat, half er sich zunächst als kapitalistische Hausindustrie mit den zwerghaften kleingewerblichen Produktionsmitteln fort. Nur in die Verteilung der Arbeiten und in den Vertrieb der Produkte brach zunächst ein kapitalistischer Zug durch. Die kapitalistische Manufaktur übernahm ebenfalls vom Kleinhandwerk die Technik und bildete diese erst allmählich um. Kapitalistische Grossbetriebe vertrugen sich lange Zeit mit kleingewerblicher Technik.

Der Kapitalismus stellte in der Manufaktur durch die Konzentration zahlreicher Arbeiter in einer Werkstatt eine neue Arbeitsteilung her, zerlegte die zusammengesetzten Arbeiten in besondere Einzelarbeiten, erzeugte für diese Spezialarbeiten Spezialinstrumente und gestaltete so die Grundlagen der Maschinerie.

»Die manufakturmässige Teilung der Arbeit schafft durch Analyse der handwerksmässigen Tätigkeit, Spezifizierung der Arbeitsinstrumente, Bildung der Teilarbeiter, ihre Gruppierung und Kombination in einem Gesamtmechanismus, die qualitative Gliederung und quantitative Proportionalität gesellschaftlicher Produktionsprozesse, also eine bestimmte Organisation gesellschaftlicher Arbeit und entwickelt damit zugleich eine neue Produktivkraft.[3])

»Die Manufakturperiode vereinfacht, verbessert und vermannigfacht die Arbeitswerkzeuge durch deren Anpassung an die ausschliesslichen Sonderfunktionen der Teilarbeiter. Sie schafft damit zugleich eine der materiellen Bedingungen der Maschinerie, die aus einer Kombination einfacher Instrumente besteht.«[4])

Die kapitalistische, auf dem Handwerk fussende Manufaktur entwickelt also aus sich heraus die Technik der Grossindustrie. Das Prinzip der Grossindustrie aber erzeugt nach Marx die moderne Wissenschaft der Technologie. Aus der Konzentration freier Arbeiter in einer Werkstatt, aus der Unterordnung dieser unter das Kommando des Kapitalisten ergibt sich eine ganze Reihe technischer Umbildungen des Arbeitsprozesses. Die kapitalistische Eigentumsform schliesst ganz neue technische Arbeitsformen auf.

Weil die führende Klasse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Bourgeoisie, ihrem ganzen Wesen nach revolutionär ist, schlägt auch die Technik

[3]) Siehe Marx, loc. cit., pag. 368.
[4]) Siehe Marx, loc. cit., pag. 341 ff.

revolutionäre Bahnen ein. Marx schildert den umstürzlerischen ökonomischen Charakter der Bourgeoisie im *Kommunistischen Manifest* folgendermassen:

»Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen; welches frühere Jahrhundert ahnte, dass solche Produktionskräfte im Strom der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten.«

Das führende Element der kapitalistischen Eigentumsordnung, die Bourgeoisie, erscheint im *Kommunistischen Manifest* überall als Schöpferin technischer Wunderwerke, als Erzeugerin gigantischer Produktivkräfte. Die kapitalistischen Produktions- oder Eigentumsverhältnisse meistern eben die Technik. Aber so gewaltig sie auch diese Technik im allgemeinen fördern, so legen sie dieser doch wieder in anderer Hinsicht Zügel an. Marx unterstreicht einmal im *Kapital* direkt den Gedanken, dass sich die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse der Anwendung technisch-vollkommener Arbeitsmittel dann widersetzen, wenn deren Anwendung für den Kapitalismus kostspieliger ist als die Ausbeutung bestimmter Arbeitskräfte. Die Produktivkräfte schweben nie als gestaltende Mächte über den Produktionsverhältnissen. Sie funktionieren nur als Potenzen bestimmter Produktionsverhältnisse, das heisst nach Marx, bestimmter Eigentumsverhältnisse. Marx charakterisiert zum Beispiel im *Kommunistischen Manifest* die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse ausdrücklich als die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse. Aus dem Eigentumsgewand befreit, treten die Produktivkräfte niemals auf. Die in der Lebensmittelbranche tätigen Kräfte sind Potenzen einer zünftigen oder einer kapitalistischen Organisation dieses Arbeitszweigs. Die Naturkraft des Dampfes betätigt sich in der kapitalistisch angewandten Maschine, die natürliche Bodenkraft erzeugt Getreide im Rahmen einer kommunistisch gebundenen Bauernwirtschaft oder einer kapitalistisch-produzierenden Grosspachtung, die güterschleppenden Kräfte entfalten sich im Dienste kleingewerblicher Fuhrunternehmer, grosskapitalistischer Transportgesellschaften, staatlicher oder kommunaler Unternehmungen usw. Die Produktivkräfte wirken sich also stets am Gängelband bestimmter geschichtlicher Eigentumsverhältnisse aus. Die Technik ruft den Produktivkräften nicht ein allmächtiges *Werde* zu, sondern die Technik steht selbst im engsten Zusammenhang mit den Produktions- oder Eigentumsverhältnissen.

Hält man fest, dass die Produktivkräfte stets die Kräfte bestimmter Produktionsverhältnisse sind, so wird man den sozial u m w ä l z e n d e n Faktor der Wirtschaft in diesen Produktionsverhältnissen selbst suchen. Es bilden sich auf jeder Wirtschaftsstufe neue Produktionsverhältnisse, Eigentumsverhältnisse aus, die in einem gewissen Gegensatz zu den durchschnittlich noch herrschenden Produktionsverhältnissen stehen. In einer Gesellschaft von Kleinproduzenten schiessen Grossbetriebe: neue Grosseigentumsformen der Produktion, auf. Der Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften, der im Marxschen System eine hervorragende Stellung einnimmt, ist bei Licht besehen nur ein sich herausbildender Gegensatz zwischen a l t e n und n e u e n Produktionsverhältnissen, zwischen alten und neuen Eigentumsverhältnissen. Unter dem Feudalismus entstehen die kapitalistische Haus-

industrie und die Manufaktur. Aus diesen neuen kapitalistischen Produktionsverhältnissen brechen neue Produktivkräfte hervor. Immer sind neue Produktivkräfte an neue Produktionsverhältnisse gebunden. Und heute, in der Hochblüte des Kapitalismus, werfen da und dort schon entfaltete Grossbetriebe die Kapitalsform ab: die Eisenbahnen werden verstaatlicht, die Strassenbahnen kommunalisiert. Wohl zu den grössten Handelsbetrieben der Welt zählen die englischen und schottischen genossenschaftlichen Grosseinkaufsgesellschaften mit ihrem Massenumsatz von etwa 500 Millionen Mark. Riesenbetriebe werden vielfach syndikalisiert. Das Lebenselement des Kapitalismus, die freie Konkurrenz, wird in wachsendem Masse aus kapitalistisch hochentwickelten Branchen ausgeschaltet. Und immer lauter erschallt — und zwar nicht mehr aus dem Mund proletarischer Gesellschaftsschichten allein — der Ruf nach Verstaatlichung der Syndikatsbetriebe. In den Branchen, in denen sich heute die ungeheuersten Produktivkräfte regen, vollziehen sich auch schon die greifbarsten Umformungen im kapitalistischen Eigentum. Dort erleben wir schon die Syndikalisierung, die Kommunalisierung und Verstaatlichung der kapitalistischen Betriebe.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

MAX MAURENBRECHER · DIE BEDEUTUNG DES KLASSENGEGENSATZES FÜR DEN ISRAELITISCHEN MONOTHEISMUS

SOWEIT wir sehen können, war die altisraelitische Religion eine einheitliche Religion der ganzen Nation gewesen. In der Art, wie sie über Jahwe dachten und fühlten, ist zwischen den Führenden und dem Volk kein Unterschied zu bemerken. Gideon, Saul, David haben keine andere religiöse Vorstellung oder Stimmung gehabt als die Tausende der Namenlosen, die ihren Waffen folgten oder an den von ihnen gegründeten Heiligtümern Opfer brachten. Es gab, wie bei allen Bauernvölkern, wohl schon eine gesellschaftliche Schichtung in Führer und Geführte; aber es gab nicht eine Klassenscheidung im eigentlichen Sinne. Die Masse des Volkes bestand aus Bauern und lebte vom Acker. Und auch von ihren Helden wusste die Sage nichts anderes zu melden wie dass sie Weizen geklopft, Felder gepflügt oder Schafe geweidet hätten. Sobald sie Könige geworden waren, lebten sie natürlich nicht mehr von der Arbeit ihrer eigenen Hände, wohl aber zum Teil wahrscheinlich vom Ertrag ihrer Familiengüter und -herden und zum Teil von Kriegsbeute und freiwillig gegebenen oder erpressten Ehrengeschenken. Sie lebten also von der Arbeit der anderen. Aber im Anfang war die Zahl derer, die sie so ernährten, noch so klein, dass man sie nicht als besondere Klasse empfand. Erst unter Salomo änderte sich dieses Bild. Salomo machte die Reste der kanaanäischen Bevölkerung zu Fronarbeitern des Königs und legte eine regelmässige Steuer auch auf die Israeliten. Mit ihrem Ertrag bezahlte er Soldaten, Offiziere, Beamte. Und indem er auf eigene Rechnung einen Durchfuhrhandel von der Wüste nach Phönizien zu organisieren begann, steigerte er seine Geldeinnahmen und damit die Möglichkeit die von ihm bezahlte Klasse fortgesetzt zu vermehren. Dem Beispiel des Königs folgten bald die anderen Grossgrundbesitzer. Aus Juda

haben wir darüber zunächst noch keine bestimmte Nachricht; aus Israel wissen wir, dass zu Omris Zeit /um 900 vor Christus/ der Fürst von Damaskus die Anlegung eines Bazars syrischer Kaufleute in Samaria erzwang, und dass etwa ein Menschenalter später Ahab das selbe für israelitische Kaufleute in Damaskus erreichte. Das ist die älteste Spur israelitischen Eigenhandels, die unsere Quellen uns zeigen. Mit der Entstehung geldwirtschaftlichen Verkehrs war die treibende Kraft zur eigentlichen Klassenscheidung, zur Herunterdrückung, Übervorteilung, Verschuldung und Austreibung der Kleinbauern gegeben. Und damit kommt auch in die Religion der Israeliten eine Spaltung hinein. Die Frömmigkeit der herrschenden Klassen, die immer mehr in den Weltverkehr hineinwachsen, wird zum Polytheismus; die Gottesvorstellung der Verarmten gewinnt einen überwiegend sozialen und sittlichen Inhalt. Und gerade im Fortschreiten dieser Entwickelung und im Kampf dieser Ideen wird Jahwe zum allerhaltenden, allumfassenden und allwirkenden Walter der Welt, zum einzigen Gott im Sinne eines wirklichen Monotheismus.

Bekanntlich hat schon Salomo neben dem Jahwetempel auch Heiligtümer für andere Götter umwohnender Völker geschaffen; wie der spätere Bericht sagt, um seinen fremden Frauen die Fortführung ihrer heimischen Kulte zu ermöglichen. Die jüdische Bevölkerung scheint dadurch noch nicht ergriffen worden zu sein. Anders schon stand es mit Ahabs Tempeln für den Baal von Tyrus. Der Bericht über die Zerstörung dieser Tempel durch Jehu /um 840/ setzt voraus, dass wenigstens um den Tempel von Samaria sich bereits eine ganze Gemeinde gesammelt hatte. Das »Eifern für Jahwe«, dessen Jehu sich rühmt, erscheint schon als Losung einer bestimmten Partei in Israel, nicht mehr als selbstverständliche Haltung der ganzen Nation. Dann ist die Einführung fremder Kulte namentlich in Juda weitergegangen: Im 7. Jahrhundert hat es dort schon mehr babylonischen Kultus als Jahwedienst gegeben; ja, es scheint sogar der König Manasse die Jahwetreuen schon mit dem Schwerte verfolgt zu haben. Dieses Eindringen fremder Götter hat natürlich zumeist seinen Grund in den Handelsbeziehungen der herrschenden Klassen und in den diplomatisch-politischen Interessen des Hofes: es sind ja die Götter der herrschenden Weltvölker, denen Israel und Juda tributpflichtig waren. Es ist der selbe Vorgang, der sich bei der Christianisierung der Slawen im Mittelalter und noch heute in der Kolonialgeschichte so oft wiederholt hat: die Fürsten und die herrschenden Klassen eines Vasallenvolks nehmen gerne mit den übrigen gesellschaftlichen Sitten und Bräuchen auch die Religion des Weltvolks an. Keine Rede, dass der Handel in Israel und Juda den Monotheismus begünstigt hätte; im Gegenteil, gerade der Handel hat zu einer neuen Welle des Polytheismus in den von ihm berührten Schichten geführt.

Aber auch dieser Polytheismus ist ein geistiger Fortschritt gegen die frühere Stufe des Jahwedienstes der Bauern. Er ist nur möglich, weil das gewohnheitsmässige Denken, das feste Leben in überlieferten Formen sich lockert. Der Handel und überhaupt der geldwirtschaftliche Verkehr sprengt die alte Sippenverfassung und stellt das Individuum mehr auf sich selbst. So lernt es auch in der Religion wählen und eigener Entscheidung folgen. Mag sein, dass die Beweggründe der Wahl oft sehr äussere sind; immer aber ist es ein Fortschritt, dass überhaupt die eigene Wahl, die bewusste Entscheidung, die per-

sönliche Verantwortung in der Zuneigung zu diesem oder jenem Gott die wichtigste Rolle spielt. Das *Gesetz des Moses,* das vor 623 von den Jerusalemer Jahwepriestern verfasst worden ist — es steckt im heutigen 5. Buch Moses — setzt ausdrücklich voraus, dass sowohl einzelne als ganze Familien als auch ganze Dörfer gelegentlich beschlossen haben zu diesem oder jenem Gotte überzugehen. Man kann sich danach ein Bild von der Zerklüftung machen, in die die jüdische Religion im 7. Jahrhundert ausgelaufen war.

Bei den unteren Klassen bestand dieser Trieb zur Übernahme fremder Götter natürlich nicht. Ihnen mussten im Gegenteil diese Götter als Ausbund aller Verworfenheit und Ursache all ihrer Leiden erscheinen. Der Abfall der Herrschenden von dem altüberkommenen Gott schien ihnen der Grund zu sein, warum dieser Gott sich von seinem Volk abgekehrt habe: Kriegsnot, Misswachs, Verarmung und Ausgeraubtwerden durch die Herrschenden musste ihrem Denken als notwendige Folge des Abfalls erscheinen. Und es gab genug zurückgesetzte Priester, die in flammenden Worten gerade diesen Glauben ihnen immer von neuem entfachten. Bei Hosea und im 5. Buch Moses hören wir sie am vernehmlichsten sprechen. So wurde das Denken der Verarmten durch ihren Klassengegensatz gegen die Herrschenden nur um so fester an die Treue zu Jahwe geschmiedet. Aber auch bei ihnen war es nicht mehr der heitere Bauerngott Jahwe aus den ersten Jahrhunderten der kanaanäischen Siedelung, den sie verehrten. Die Not der Wirklichkeit schmiedete auch ihre Gottesvorstellung zu härterem Stahl. Elia tritt auf im Namen Jahwes und verflucht den König Ahab angesichts allen Volkes, weil er einen israelitischen Kleinbauern durch Hinterlist und Gewalt von seinem Weinberg heruntergebracht hat. Amos tritt in Bethel auf und redet davon, dass ganz Israel aus Kanaan werde verpflanzt werden, und dass der König und sein ganzes Haus durchs Schwert fallen werden. Gegenüber dem königlichen Oberpriester beruft er sich ausdrücklich darauf, dass Jahwe selbst ihn hinter der Herde weggeholt habe, damit er als Zeuge auftrete gegen Jahwes Volk: Raub und Gewalttat, Bestechung vor Gericht, Betrug im Handel, Grausamkeit im Schuldrecht, kurz, die sozialen Frevel der Herrschenden haben Jahwes Geduld erschöpft. Mit Heuschrecken, Dürre, Erdbeben und Sonnenfinsternis hat er versucht das Volk zu warnen. Jetzt aber ist seine Langmut zu Ende; jetzt sagt er sich los von seinem Volk: Der Tag Jahwes wird Gericht und Verdammnis, Vernichtung und Tod sein. Dieser Jahwe ist nichts anderes als die Empörung proletarisierter Bauern. Er hat den Namen des alten Nomaden- und Bauerngottes; aber sein Wesen hat er völlig verändert: Er ist nicht mehr Schutzgeist des Stammes, Schutzgeist des Volkes; es ist nicht mehr selbstverständlich, dass Jahwe und Israel zusammengehören. Er ist Rachegott, Richter, Anwalt der Zertretenen, Schutzgeist der Armen, die in dieser Welt keinen Fürsprecher mehr haben. Er ist, wie Amos sagt, der Gott des Rechts und der Gerechtigkeit geworden. Er wendet sich mit Abscheu ab von den Bauernopfern der Herrschenden; er hasst ihre Lieder und ihre Harfen; ihn ekelt vor dem Geruch ihrer Opfer. Er ist ein rein geistig-sittlicher Gott geworden, reine Verkörperung der heissen Leidenschaft, die in den Unterdrückten emporflammt.

Und damit ist er zum Weltgott geworden, zum höchsten, lenkenden Willen der Natur und der Geschichte. Bei Elia sind die Syrer von Damaskus sein Werk-

zeug, mit dem er den König straft. Bei Amos kommen die Assyrer vom Euphrat her auf sein Geheiss; und ihre Strafe kehrt sich nicht nur gegen Israel und Juda sondern auch gegen die Greueltaten, die bei Phöniziern, Moabitern, Edomitern usw. geschehen sind. Der Jahwe, der sich von den Israeliten lossagt, und der selber den Feind in sein heiliges Land heranruft, um seine eigenen Heiligtümer zu zerstören, kann eben nicht mehr nur als Gott dieses Volkes und dieses Landes gedacht werden. Soll er wirklich die Kraft haben die Herrschenden zu zerschmettern und die Geplagten zu befreien, so muss er stärker sein als sein Volk; soll man wirklich glauben dürfen, dass die Syrer und Assyrer mit seinem Willen und auf seinen Antrieb hin kommen, so muss man, so kann man gar nicht anders als ihn als Weltlenker denken, so verschwinden alle anderen Götter neben ihm. Das ist kein vernunftmässiger, logischer Schluss, dazu führt nicht eine lange vernunftmässige Überlegung, das ist unmittelbares Erlebnis, im Moment aufschiessende Gewissheit, aus heisser Leidenschaft, aus Jammer, Qual und Hass geborene *Offenbarung;* kurz, es ist Ergebnis eines neuen Gefühls, nicht einer neuen Lehre oder gar einer von aussen kommenden neuen Belehrung. Der Monotheismus im eigentlichen Sinne, der Gottesglaube, wie er in dem wunderbaren Gedicht von Elias Kampf mit den Baalspriestern auf dem Karmel zu wilddramatischem Ausdruck kommt, oder wie er die rührende Geschichte von Joseph und seinen Brüdern mild-tröstend erleuchtet, dieser uns aus den biblischen Geschichten von Kindheit her vertraute Glaube, der für uns recht eigentlich das Wesen der israelitisch-jüdischen Religion bezeichnet: Dieser Monotheismus, der später zur Weltreligion wurde, ist ursprünglich hervorgequollen aus dem gequälten Herzen hoffnungslos verarmter Bauern und Sklaven. Er ist die Erstlingsgabe, das frühe Jugendgeschenk, das proletarische Qual und Not und Glut zur Erziehung des Menschengeschlechts beigesteuert haben.[1])

Also auch hier, an der entscheidenden Stelle der israelitischen Religionsgeschichte, zeigt sich der Satz gerechtfertigt, dass das Bewusstsein der Menschen bestimmt wird durch ihr gesellschaftliches Sein. So sicher es ist, dass die Propheten die ersten grossen Individualitäten in der israelitischen Religionsgeschichte sind, so gewiss der neue Gott, den sie in ihrem Busen fühlten, aus einer *schöpferischen Synthese* entsprang, die nur in besonders tief und leidenschaftlich fühlenden Menschen möglich war, ebenso gewiss ist doch auch, dass alle Elemente dieser Synthese aus den gesellschaftlichen Zuständen quollen, in denen diese Männer lebten. Nicht die Individualität eines einzelnen

[1]) Es ist beinahe unglaublich, dass ein Mann, der seit mehr als einem Menschenalter Vorkämpfer des modernen Proletariats sein will, diesen proletarischen Klassencharakter des israelitischen Monotheismus nicht gefühlt hat. Wohl kennt auch Kautsky die *Klassenkämpfe in Israel.* Aber ausser einigen dürftigen Zitaten aus zweiter Hand hat er in seinem *Ursprung des Christentums* nichts über die Propheten zu sagen als den billigen Spass, dass es ein Glück für sie war, dass sie nicht in Preussen oder Sachsen lebten, und die Bemerkung, dass ihre Sozialreform rein reaktionär war: als ob es überhaupt ihre Absicht gewesen wäre »gesetzliche Bestimmungen zur Linderung der Not oder zur Ausgleichung der sozialen Gegensätze zu erringen«. Ihre Revolution der Religion sieht er überhaupt nicht, schiebt die Entstehung des Monotheismus vielmehr einerseits auf den Handel, andererseits auf die Belehrung durch babylonische Priester, die die Juden in der Verbannung erhielten. Dabei sagt er selbst vorher, dass der babylonische Monotheismus Geheimlehre der Priester war. Also, was sie ihrem eigenen Volke vorenthielten, haben die babylonischen Priester den fremden Gefangenen sofort übermittelt! Unsinniger Gedanke. Ganz davon zu schweigen, dass die Juden in der Gefangenschaft sich eben gerade schroff vor den Babyloniern isoliert, nicht aber von ihnen Lehren übernommen haben.

Mannes hat den neuen Gottesglauben geschaffen, so stark in Einzelheiten die persönliche Nuance der Elia, Amos, Hosea, Jesaja und Jeremia auch nachgewirkt hat; es ist eine ganze Strömung, ein durch 2 bis 3 Jahrhunderte hindurchgehender Fluss, dessen Wirkung schliesslich der jüdische Monotheismus ist. Propheten, Priester, Hirten, Nomaden, Dichter, Sagensammler usw.: alle haben zusammengearbeitet, der eine dies, der andere jenes zu der Gesamtströmung hinzugefügt. So ist als Ergebnis eines gemeinsamen, auf Wechselwirkung beruhenden, also gesellschaftlichen Prozesses der neue Gottesglaube entstanden. Die Darstellung der liberalen Theologen, die allzu einseitig die Wirkung einzelner Personen betonen, muss aus den Quellen heraus erweitert und vertieft werden, wenn man die ganze Breite der Bewegung zur Anschauung bringen will.

Aber mit jenem zweiten Satze des Marxismus, der die Entwickelung des gesellschaftlichen Bewusstseins einseitig aus Änderungen der Produktionsweise herleiten will, ist auch hier nur wenig anzufangen. Soweit er besagen will, dass die technische Seite der Produktion letztlich das Entscheidende für solche Umwälzungen sei, ist er hier einfach abzulehnen; denn die Technik des Ackerbaues oder des Handels hat sich in all diesen Jahrhunderten nicht geändert, soweit wir überhaupt Material haben das zu beurteilen. Aber auch, wenn allgemeiner gesagt sein soll, dass der Übergang eines Teiles der Nation zu einer neuen Art der Herbeischaffung ihres Lebensunterhaltes das letztlich für den Wandel auch der Religion Entscheidende sei, so ist das doch nur sehr von ferne der Fall gewesen, indem der Handel nicht direkt bei denen, die ihn trieben, sondern indirekt bei denen, die ihn nicht treiben konnten, diese Umstimmung herbeigeführt hat. Entscheidend war vielmehr die soziale Wandlung, die einen Teil der Nation, der an sich durchaus in seinen alten Bahnen blieb, doch auf die Schattenseite der Gesellschaft warf. Dieser Wandel aber ist ebenso, und vielleicht noch mehr, politisch-militärisch wie rein wirtschaftlich begründet. Die Entstehung des Königstums aber, des stehenden Heeres und des Beamtentums ist unter den Obergriff *Umwandlung der Produktionsweise* doch nur wie in ein Prokrustesbett unterzubringen.

Die letzte Stufe in der Ausbildung des spezifisch jüdischen Gottesglaubens hat darin bestanden, dass die Gottesvorstellung der Proletarier zur herrschenden Frömmigkeit des ganzen Volkes wurde. Sie hat in diesem Prozess ihr Wesen selbst natürlich noch mehrfach geändert; namentlich dringt das Priestertum mit seinem Kultusgesetz und seinen traditionellen Lebensregeln immer stärker herein. Trotzdem sind die drei Grundgedanken der proletarischen Religion dabei dem ganzen Volke übermittelt worden: 1. Jahwe ist der einzige Gott der Welt; alle anderen Götter, die sonst in der Welt verehrt werden, sind ihm gegenüber nur Schall und Rauch, Nichtse, Holz, Stein, Silber oder Gold, Götzen. 2. Jahwe ist der Gott des Rechts und der Gerechtigkeit, der Schutzgeist und Heiland unschuldig brutalisierter Gerechter, der über kurz oder lang seine Treuen erlösen und ihre Bedränger zerschmettern wird. 3. Die Frömmigkeit der altisraelitischen Gesellschaft, insonderheit die der Könige und Herrschenden, war Abfall von Jahwe. Jahwe hat sie durch Vernichtung bestraft. Und in Zukunft kann nur derjenige auf Jahwes Erlösung hoffen, der seinen Kultus und seine Lebensregeln beachtet und jeden Götzendienst peinlichst vermeidet. Diese drei Sätze, die schon bei Hosea die Grundlage seiner Opposition waren,

sind durch Ezechiel, Haggai, Sacharja, Esra und andre die Grundlage der Religionsgemeinschaft der Juden geworden.

Dass sie es werden konnten, hat seinen Grund einfach in den politischen Geschicken des Volkes. Die Anlehnung an die Weltvölker hat weder den Israeliten noch den Judäern die Unabhängigkeit und das eigene staatliche Dasein gerettet. Bald tränkten sie ihre Rosse im Nil bald im Euphrat, wie Jeremia sagt; aber immer kamen sie aus Abhängigkeit, Tribut und Bedrückung nicht heraus. Ein Skythenzug überflutete schliesslich wie eine Springflut das Land, Verödung und Armut zurücklassend. Da griffen die Jahwepriester in Jerusalem, die durch die vielen ausländischen Gottheiten sich schon lange zurückgesetzt fühlen mochten, die Ideen der bisherigen Opposition auf und schrieben in ihrem Sinn um 623 vor Christus das sogenannte *Gesetzbuch des Moses*. Der Erfolg war durchschlagend. Der König und seine Minister selbst gingen voran: Alle alten Kultstätten im Lande, an denen der Bauernjahwe verehrt worden war, und alle Altäre und Bilder ausländischer Götter wurden verbrannt und geschändet. Jahwe allein sollte nun Gott, und der Tempel in Jerusalem allein sollte sein Heiligtum sein. Es war offizielle Geschichtsbetrachtung geworden, dass alle bisherige Geschichte Abfall von Jahwe war. Aber das war nur ein vorläufiger und in seinen Wirkungen sehr zweifelhafter Sieg der oppositionellen Religion. Entscheidend konnte sie Priester, Könige und Besitzende erst unter sich beugen, als diese nach Babylonien verpflanzt waren, und jede Aussicht auf Rettung undenkbar geworden war. Da erst gewann die Lehre Bedeutung, dass die bisherige Sünde der Herrschenden die Ursache des Zornes Jahwes gewesen sei, und dass man nur durch Treue zu Jahwe noch hoffen könne die Errettung aus der Umklammerung des Weltreichs in Zukunft zu erlangen. Ganz im Gegensatz zu der bisherigen Haltung der Herrschenden wurde nun erst die Ablehnung der Vielgötterei, die Verachtung insonderheit der babylonischen Götter, und der strenge Monotheismus die Grundlage ihres ganzen geistigen Lebens. Der Priester Ezechiel ist hier in Babylonien Führer und Sammler der neuen Gemeinde gewesen. In seinen Schriften kann man diese zweite, entscheidende Revolution der israelitischen Religion mit urkundlicher Treue verfolgen.[2])

Es ist also auch hier auf der letzten Stufe der Ausbildung des israelitischen Monotheismus nicht anders als überall sonst: Die Formulierung, dass das Bewusstsein der Menschen bestimmt wird durch ihr gesellschaftliches Sein, bewahrheitet sich immer von neuem. Sie erklärt, warum zu Zeiten starker

[2]) Unnötig zu bemerken, dass Kautsky diesen Ezechiel, seine Schriften und seine Bedeutung, überhaupt nicht kennt. Für ihn besteht die Bedeutung der babylonischen Gefangenschaft darin, dass die Juden allerhand Babylonisches lernen, zum Beispiel den Sabbat und den Monotheismus — beide haben sie gerade im Gegensatz zu den Babyloniern betont! —, und dann möglichst rasch wieder fortkommen; denn »auch die Juden hätten wohl ihre Nationalität eingebüsst und wären unter den Babyloniern aufgegangen, wenn sie mehr als drei Generationen lang unter ihnen geweilt hätten«. Der scharfsinnige Kritiker weiss wieder nicht, dass ein beträchtlicher, wahrscheinlich der beträchtlichere Teil der Juden überhaupt nicht nach Jerusalem zurückgekehrt sondern in Babylonien geblieben ist, offenbar, weil sie dort zu behabigem Wohlstand gekommen waren. Aber gerade diese babylonischen Juden sind es gewesen, die den Abschluss des Judentums als besondere Religionsgemeinde herbeigeführt haben. In ihrer Mitte ist die *Priesterschrift*, das grösste Stück der heutigen 5 Bücher Moses, entstanden; aus ihrer Mitte heraus ist der Perserkönig bestimmt worden seine Autorität zur Reinigung des Kultus in Jerusalem zu leihen. Aber ebenso wenig wie von Ezechiel weiss Kautsky etwas von Esra und Nehemia, die diese Aktion der babylonischen Juden gegen Jerusalem durchgeführt haben: 458 bis 445 vor Christus, also nachdem sie beträchtlich länger als drei Generationen in Babylon gesessen hatten. An der Stelle des Kautskyschen Buchs, wo von ihnen hätte die Rede sein müssen, steht ein langes Zitat aus — Marx' Einleitung zur *Kritik der politischen Ökonomie*.

gesellschaftlicher Unterschiede auch das geistige Leben einer Nation nicht mehr einheitlich ist sondern verschiedene und unter sich streitende Ideen enthält. Hier liegt für unsere wissenschaftliche Geschichtschreibung noch eine Aufgabe vor, die von den Universitätsprofessoren oft nicht deutlich genug gesehen wird, weil sie persönlich dem Getriebe der Klassengegensätze in der heutigen Gesellschaft gewöhnlich entrückt sind. Darum kann auch die Religionsgeschichte aus einer schärferen Beachtung dieses Marxschen Grundsatzes wohl noch manche fruchtbare Anregung empfangen. Eine Ableitung der einzelnen Ideen aus der Klassenlage ihrer Vertreter müsste gerade die Aufgabe einer in Marx' Geiste arbeitenden Darstellung der israelitischen Religionsgeschichte sein. Freilich, dazu gehören nicht nur präzise Kenntnisse über den wirklichen Verlauf der religiösen Ideen sondern auch eine gewisse Freiheit gegenüber dem zweiten Marxschen Satz, dass alle geistigen Wandlungen durch Umwälzungen auf dem Gebiet der Produktionsweise bedingt sind. Diesem Satz gegenüber wird man immer wieder feststellen können, dass damit wohl e i n e Ursachenreihe neben anderen, aber niemals die e i n z i g e und oft nicht einmal die entscheidende genannt ist.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

FRIEDRICH KLEEIS · DIE GEPLANTE FÜRSORGE FÜR DIE WITWEN UND WAISEN

JÜNGERN Datums erst sind die auf Einführung einer allgemeinen Witwen- und Waisenversorgung abzielenden Forderungen und Versuche. Vor dem 19. Jahrhundert waren Versuche dieser Art völlig ohne Belang; nur die in bestimmten Handwerkerorganisationen zusammengeschlossenen Meister hatten während der Blütezeit des Innungswesens eine Fürsorge für ihre Witwen und Waisen eingeführt. Auch die Knappschaftskassen unternahmen frühzeitig ähnliche Versuche. Von diesen Ausnahmen abgesehen, wurde aber in den früheren Zeiten die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen nur vom Standpunkt der Barmherzigkeit behandelt. Erst in der neueren Zeit ist man dazu gekommen diese Fürsorge vom Gesichtspunkte der staatlichen, gesellschaftlichen und persönlichen Pflicht zu betrachten. Zuerst sorgte der Staat durch verschiedene Hinterbliebenenversorgungsgesetze für seine sichersten Stützen, nämlich für die Beamtenschaft und das Militär, später auch für die Geistlichen und Lehrer. Und erst seit der Inauguration der offiziellen Sozialreform datieren die Pläne einer allgemeinen Witwen- und Waisenversicherung für die arbeitende Bevölkerung. So wurde bereits bei der Einführung der ersten Arbeiterversicherungsgesetze von der Regierung eine Witwen- und Waisenversorgung als ein nötiger und zu schaffender Schlussstein der sozialen Versicherung ins Auge gefasst. Inzwischen ist man zwar oft darauf zu sprechen gekommen, wirklich praktische Vorschläge oder ernste Versuche zu ihrer Durchführung sind jedoch bis in die neueste Zeit hinein nur sehr spärlich gemacht worden.

Von unseren gesetzgebenden Stellen beschäftigte sich zuerst der Reichstag am 12. Januar 1900 ernstlich mit der Angelegenheit. Er nahm einen Antrag an, nach dem eine Witwen- und Waisenversicherung geschaffen werden sollte, die den Kreis der invalidenversicherungspflichtigen Personen zu umfassen hätte, mithin auch die landwirtschaftliche Arbeiterbevölkerung. Der Beschluss

fand durchaus nicht allseitigen Beifall, denn sowohl die Konservativen wie die Regierung sprachen sich dagegen aus, wenn auch aus recht verschiedenen Gründen. Die konservative Partei wehrte sich — wie immer — ganz energisch gegen eine weitere Belastung der Landwirtschaft, während die Regierungsvertreter meinten, dass zuerst einmal für den Arbeiter gesorgt werden müsse, der die Verpflichtung habe seine Familie durch seine Arbeit und sich seiner Familie zu erhalten. Die Regelung der Frage müsse übrigens bis zur Reform der drei grossen Versicherungsgesetze verschoben werden. Bei dieser Gelegenheit bezifferte der Staatssekretär Graf Posadowsky bei der auch nur minimalen Bemessung einer Witwenrente mit 100 Mark pro Jahr die Kosten der Fürsorge jährlich auf etwa 90 Millionen Mark. Ein neuer Vorstoss wurde bald darauf von dem Zentrum unternommen, das das Bedürfnis hatte sich als Volksfreund zu präsentieren. Die Zentrumsredner regten an, dass bei den neuen Zollschutzgesetzen die Mehreinnahmen, die sich aus einer Erhöhung der Zollsätze ergeben, im Interesse der arbeitenden Klassen »vielleicht zur Regelung der Witwen- und Waisenversorgung« Verwendung finden sollten. Obgleich diese Idee vom Reichstag abgelehnt wurde, kam doch ein Jahr später, am 3. Dezember 1901, der Zentrumsabgeordnete Spahn auf sie zurück:

»Wenn das aber geschieht [nämlich die Verwirklichung der Versicherung], dann sollte man hier nicht das Brot der armen Witwen ins Gefecht führen gegen die Erhöhung der Getreidezölle. Wenn es gelingt dadurch die Landwirtschaft konsumtionsfähig und die inländische Industrie in dauerndem Betrieb und damit unsere Arbeiter bei dauerndem Lohn zu erhalten, dann würde der Mehrbetrag, den auch die Arbeiter auf ihre Konsumtion legen, für sie ein Sparpfennig sein für ihre Witwen und Kinder.«

Bei der ersten Lesung des Zolltarifgesetzes verkündete der Zentrumsabgeordnete Herold:

»Wir haben fest und bestimmt erklärt, dass die Mehreinnahmen aus den Agrarzöllen für soziale Zwecke verwendet werden sollen, und in allererster Linie ist hier die Witwen- und Waisenversicherung ins Auge gefasst.«

Als es aber zur Beratung des Gesetzes in der Kommission kam, wurde vom Zentrum ein Antrag eingebracht und schliesslich auch angenommen, nach dem die Mehrerträge von nur 12 Positionen des Gesetzes zu dem angegebenen Zweck zu verwenden sind. Es fehlten unter anderem die Zölle für Hülsenfrüchte, Gries, Graupen, Obst, Gemüse. Die sozialdemokratischen Abgeordneten beantragten vergeblich auch die Erträge dieser Zölle für die Versicherung zu verwenden; das Zentrum wendete sich entschieden dagegen. In dem vom Zentrumsabgeordneten Trimborn erstatteten Kommissionsbericht heisst es, dass die in dem Zentrumsantrag genannten Artikel durchschnittlich 91 Millionen Mark jährliche Mehreinnahmen an Zöllen bringen würden. Die erforderlichen Mittel für die Versicherung könnten zur Hälfte aus den Zinsen des bis zum Jahre 1910 anzusammelnden Fonds und aus der jährlichen Mehreinnahme an Zöllen, zur anderen Hälfte aber durch Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber aufgebracht werden. In einem Zentrumsblatt ergänzte Trimborn diese Ausführungen noch dahin, dass nach seiner Schätzung im Jahre 1910 ein Fonds von zirka 455 Millionen Mark da sei. Mit den fortlaufenden Zinsen und Zollüberschüssen würden sodann jährlich 108 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Dazu kämen die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber in gleicher Höhe, so dass eine jährliche Gesamteinnahme von 216 Millionen Mark vorhanden wäre. Entsprechend dem Zuwachs der Bevölkerung würde es im Jahre 1910

mindestens 1 527 760 Arbeiterwitwen mit 2 597 200 Waisen geben. Erhielte jede Witwe jährlich 100 Mark und jedes Kind $33^1/_3$ Mark, so würden für die Fürsorge 239 Millionen Mark erforderlich sein. Im Plenum des Reichstags stellte Trimborn aber später seine Pläne als ganz »unverbindliche Erwägungen eines einzelnen Abgeordneten« hin. Da im Kreise seiner Freunde lebhafte Bedenken obwalteten die Landwirtschaft und das Handwerk mit neuen Beiträgen zu belasten, trat er jetzt nur noch dafür ein den hilfsbedürftigen Witwen eine Unterstützung zukommen zu lassen. Schliesslich wurde am 25. Dezember 1902 mit 143 gegen 102 Stimmen folgende Fassung des § 15 des Zolltarifgesetzes angenommen:

»Der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Nettoertrag der nach den Tarifstellen 1 (Roggen), 2 (Weizen), 102, 103 (Schafe), 105 (Schweine), 107 und 107a (Fleisch) und 160 (Mehl) des Zolltarifs (§ 1) zu verzollenden Waren, welcher den nach dem Durchschnitt der Rechnungsjahre 1898 bis 1903 auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Nettoertrag der selben Waren übersteigt, ist zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden. Über diese Versicherung ist durch ein Bundesgesetz Bestimmung zu treffen. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes sind diese Mehrerträge für Rechnung des Reichs anzusammeln und verzinslich anzulegen. Tritt dieses Gesetz bis zum 1. Januar 1910 nicht in Kraft, so sind von da ab die Zinsen der angesammelten Mehrerträge selbst den einzelnen Invalidenversicherungsanstalten nach Massgabe der von ihnen im vorhergehenden Jahre aufgebrachten Versicherungsbeiträge zum Zweck der Witwen- und Waisenversorgung der bei ihnen Versicherten zu überweisen. Die Unterstützung erfolgt auf grund eines vom Reichsversicherungsamt zu genehmigenden Statuts.«

Durch diesen Beschluss wurden auch die Zollerträgnisse für Gerste, Hafer, Butter, Eier und Käse im Betrage von 20 Millionen Mark den Witwen und Waisen genommen. Durch den Wortlaut des Beschlusses wurden ausserdem auch noch die Einnahmen des Reichs sichergestellt und alle Schwankungen, die durch die Verschiedenartigkeit der Ernten entstehen, auf die der Versicherung zufallenden Erträgnisse übertragen. Trotzdem behaupteten die Zentrumsleute, dass die in betracht kommenden Zollüberschüsse immer noch jährlich zirka 62 Millionen Mark betragen würden.

Inzwischen ist an bestimmten gesetzgeberischen Massnahmen nichts weiter geschehen als dass im Jahre 1906 ein Gesetz angenommen wurde, nach dem die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds auch den Fonds aus den Zollüberschüssen für die Witwen- und Waisenversorgung verwalten soll. Um die gleiche Zeit wurde bekannt, dass die Regierung einen Entwurf der neuen Fürsorgeeinrichtung ausgearbeitet habe, der den Ministerien der Einzelstaaten zur Begutachtung unterbreitet worden sei. Die Öffentlichkeit hat aber nie ein Wort von diesem Entwurf erfahren. Graf Posadowsky hat nur wiederholt im Reichstag einige Andeutungen über seine Absichten gemacht. So äusserte er am 3. Februar 1906, dass die Witwen- und Waisenfürsorge der Invalidenversicherung angegliedert werden soll. Bei dieser Gelegenheit veranschlagte er die Kosten der neuen Versicherung auf ungefähr 117 Millionen Mark jährlich, wenn die Witwe als Jahresrente ungefähr 78 Mark und wenn jedes hinterbliebene Kind bis zum vollendeten 14. Lebensjahr 26 Mark erhalten würde. Bei anderer Gelegenheit äusserte er sich dahin, dass es ganz undenkbar sei den Witwen und Waisen etwas Nennenswertes zu bieten, ohne den Arbeitgebern und Arbeitern neue Beiträge aufzuerlegen. Wahrscheinlich werde man sich darauf beschränken müssen nur den Witwen, die wirklich erwerbsunfähig sind, Witwengeld zu gewähren. In diesem Sinne äusserten sich auch noch andere

Fachleute wie beispielsweise Regierungsrat Düttmann, der eine allgemeine Hinterbliebenenfürsorge für die Arbeiterbevölkerung nur dann für möglich hält, wenn sie auf Gewährung von Renten an solche Witwen, die für Kinder im fürsorgepflichtigen Alter aufkommen müssen, oder die erwerbsunfähig sind, beschränkt wird. Der Witwe, die durch Ausübung einer Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt erwerben kann, dürfe recht wohl zugemutet werden, dass sie sich aus eigener Kraft durchschlage. Betrachten wir zunächst nun den augenblicklichen Stand der Frage im Hinblick auf die finanzielle Seite.

Im Finanzjahr 1906, dem ersten Jahr der Wirksamkeit der neuen Handelsverträge, war ein Mehrertrag aus den landwirtschaftlichen Zöllen im Sinne des § 15 des Zolltarifgesetzes überhaupt nicht zu verzeichnen, weshalb auch nicht der geringste Betrag an den Fonds abgeführt werden konnte. Die Regierung hatte allerdings in den Etat für 1906 den Betrag von 17 Millionen eingestellt, der vom Reichstag auf 22 Millionen Mark erhöht wurde. Man hatte sich aber eben verrechnet. Im Etat für 1907 rechnete man auf 48 Millionen Mark Mehreinnahmen aus den landwirtschaftlichen Zöllen und auf eine dementsprechende Einlage in den Hinterbliebenenversicherungsfonds. Die betreffenden Zolleinnahmen gestalteten sich auch so günstig, dass vielfach angenommen wurde, es würde sich ermöglichen lassen noch mehr an den Fonds abzuführen als im Etat vorgesehen war. Aber auch diese Hoffnungen wurden zu Wasser. Es wurden schliesslich 6 Millionen Mark weniger eingenommen. Im Jahre 1907 konnte der Fonds deshalb auch nur mit 42 Millionen Mark eingerichtet werden. Für das Jahr 1908 sind 53 Millionen im Etat vorgesehen. Es gilt aber jetzt schon als ausgeschlossen, dass dieser Betrag auch wirklich erzielt wird. Nach den Ansichten der Sachverständigen wird man froh sein, wenn für das Jahr 1908 ein gleich hoher Betrag wie für das Jahr 1907 abgeführt werden kann. Diese schwankenden Ergebnisse sind lediglich eine Folge der Fassung des § 15 des Zolltarifgesetzes. Es ist selbstverständlich, dass die Ernteerträgnisse wechseln, und somit auch die Höhe der Einnahmen aus den landwirtschaftlichen Zöllen unsicher ist. Diese Schwankungen hätte man aber eben den für die Reichsregierung bestimmten Einnahmen auferlegen sollen. Wenn alles noch gut geht, kann der für die Witwen- und Waisenversicherung bestimmte Fonds Ende 1909 vielleicht die Höhe von 100 Millionen Mark erreicht haben: statt der seinerzeit von Herrn Trimborn ausgerechneten 455 Millionen Mark. Vom 1. Januar 1910 an sollen die fraglichen Zollmehreinnahmen nicht mehr dem Fonds zugeführt sondern ihrem Zwecke dienstbar gemacht werden. Diese Situation hat bewirkt, dass offiziös mehrfach vorgeschlagen wurde die Witwen- und Waisenversorgung hinauszuschieben, bis durch die Zollüberschüsse ein reichlicher Stamm für die Rentenzahlung gesammelt ist. Nach Lage der Sache bleibe nichts anderes übrig als dass das Reich mit regulären Mitteln eintrete, was bei der Schuldenlast des Reichs und den stetig wachsenden Anforderungen für Heer und Marine nicht angängig sei. In derartigen offiziösen Zeitungsartikeln ist sodann auch gegen die allgemeine Witwen- und Waisenfürsorge überhaupt angekämpft worden. Es könne sich nur darum handeln das dringendste Bedürfnis zu befriedigen usw.

Demgegenüber muss aber die Arbeiterschaft energisch darauf dringen, dass die Witwen- und Waisenversorgung endlich durchgeführt wird. Das hat ohne Rücksicht auf die etwaigen Einnahmen auf grund des Zoll-

tarifgesetzes zu geschehen. Das Reich muss — in Verbindung mit den Arbeitern und Unternehmern — die Kosten tragen, die dann eventuell aus dem Fonds zurückerstattet werden können, der auf grund des § 15 des Zolltarifgesetzes anzusammeln ist. Auch die Idee wäre falsch, dass das Reich jedesmal für ein Jahr zur Bestreitung der Kosten der neuen Versicherung diejenige Summe beiträgt, die es gerade aus den Mehreinnahmen der landwirtschaftlichen Zölle einnimmt, oder die der Reichstag von Fall zu Fall bewilligt. Das wäre eine unsichere Grundlage für den neuen Fürsorgezweig. Und wollte man auf die Hoffnung bauen, dass sich die Schuldenlast des Reiches vermindert, so würde es auf absehbare Zeit zu keiner Witwen- und Waisenversorgung kommen. Das gleiche ist der Fall, wenn man warten wollte, bis die landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmer nicht mehr über eine Überlastung klagen. Ganz abgesehen davon, dass es eine der selbstverständlichsten sozialen Pflichten ist den Witwen und Waisen eine rechtmässige Fürsorge zu teil werden zu lassen, würde diese auch durch die Entlastung der Armenfürsorge gar keine so sehr grosse neue Belastung von Staat und Unternehmertum bedeuten. Dass übrigens aus der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Besserstellung der Witwen und Waisen schliesslich die nationale Produktion selbst wieder Vorteile ziehen würde, indem ihr besseres Menschenmaterial zur Verfügung steht, sei nur nebenbei bemerkt. Da gar kein Grund vorliegt auf eine Weiterentwickelung irgend welcher Dinge zu warten, so sollte die Regierung endlich und mindestens einen Entwurf des neuen Fürsorgezweigs an die Öffentlichkeit bringen. Die sich hieran anschliessende Diskussion würde zweifellos einen breiten Raum einnehmen, und die Arbeit des Reichstags könnte erleichtert werden, je mehr diese Dinge von Sachverständigen und durch die Kritik der Presse geklärt werden. Darin liegt ja gerade das Peinliche und Unfruchtbare der gegenwärtigen Periode, dass auch nicht der geringste offizielle Plan vorliegt, an den die Erörterung der Frage anknüpfen kann. Man ist daher bei der Diskussion der Gestaltung der Witwen- und Waisenfürsorge nur auf die seither laut gewordenen privaten Vorschläge angewiesen.

Prinzipiell stehen wir auf dem Standpunkt, dass bei Durchführung der Witwen- und Waisenversorgung keinesfalls nur die bedürftigen Witwen mit Unterstützungen bedacht werden. Ganz abgesehen von der Schwierigkeit der in jedem Einzelfall zu beantwortenden Frage nach der Hilfsbedürftigkeit, würde der Effekt der Festlegung dieses Begriffs der sein, dass vielfach die wirklich Armen nichts erhalten. In weitesten Arbeiterkreisen besteht ganz mit Recht eine grosse Abneigung gegen Unterstützungen, die aus Wohltätigkeit und Barmherzigkeit gewährt werden. Viele Hilfsbedürftige würden schon aus Scham von der Stellung von Unterstützungsansprüchen absehen. Die neue Fürsorgeeinrichtung muss daher in Form einer Versicherung durchgeführt werden, zu der in irgend einer Weise Beiträge zu entrichten sind, und bei der den Witwen unter fest bestimmten Voraussetzungen ein Rechtsanspruch auf die Leistungen eingeräumt wird. Von der Schaffung einer besonderen Versicherungsinstitution ist selbstverständlich abzusehen. In einer Zeit, in der man sich abmüht Mittel und Wege für eine Vereinheitlichung des ganzen Versicherungswesens zu finden, kann nicht mit Neugründung von Versicherungskörpern hervorgetreten werden. Am besten würde tatsächlich die Angliederung der Witwen-

und Waisenfürsorge an die Invalidenversicherung zu bewerkstelligen sein. Hierbei wäre aber eine unerlässliche Voraussetzung die Organisation der Invalidenversicherung dergestalt umzuändern, dass den Versicherten das volle Selbstverwaltungsrecht eingeräumt wird. Zurzeit ist die Teilnahme der Vertreter der Versicherten in den Ausschüssen und Vorständen der Invalidenversicherungsanstalten nur eine Dekoration. Besonders nachdrücklich ist zu fordern, dass den Frauen das gleiche Recht der Vertretung wie den Männern eingeräumt wird, denn gegenwärtig kennt das Invalidenversicherungsgesetz weibliche Vertreter nicht. Eine selbstverständliche Forderung ist es auch, dass die Renten respektive die Unterstützungen so normiert werden, dass sie wenigstens zur Bestreitung des notdürftigsten Lebensunterhaltes hinreichen. Einen der besten praktischen Vorschläge hat der Reichstagsabgeordnete Molkenbuhr in der Reichstagssitzung vom 14. Januar 1904 gemacht. Er schlug vor die Rückzahlung der Hälfte der geleisteten Invalidenversicherungsbeiträge bei Todesfällen der Versicherten gänzlich aufzuheben. Hinterlässt der Verstorbene eine Witwe oder Kinder unter 15 Jahren, so erhalten diese Hinterbliebenen vom Todestag des Ehemanns an die Rente, die dem Verstorbenen für den Invaliditätsfall hätte zugestanden werden müssen, das heisst also, sie erhalten die selben Unterstützungen, die dem Ehemann zu zahlen gewesen wären, wenn dieser statt gestorben nur invalid geworden wäre. Da auch die Rückzahlung der Beiträge an die weiblichen Versicherten im Falle der Verheiratung aufgehoben werden müsste, so bilden die hierdurch erzielten Ersparnisse einen Beitrag zu den Lasten der Witwen- und Waisenversicherung. Im übrigen wären die Mittel der Versicherung durch die Zollüberschüsse und durch eine Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge aufzubringen. Eine Erhöhung der jetzt üblichen Beiträge um nur 15 % würde eine Mehreinnahme von zirka 24 Millionen Mark jährlich bringen. Durch die Beseitigung der Beitragserstattung in Heirats- und Todesfällen würden zirka 10 Millionen erspart.

In der *Sozialen Praxis* hat Sophie Susmann empfohlen die Hinterbliebenenversorgung nicht gleich für alle Arbeiterwitwen und -waisen einzuführen sondern zunächst nur für den Teil, der ihrer am meisten bedarf. Denn das Bedürfnis sei keineswegs für alle Kategorieen ein gleich dringendes. Die gesunde, alleinstehende, arbeitsfähige Witwe stehe nicht anders da als die ledige Arbeiterin. Von den erwerbsunfähigen Witwen würden immer mehr durch die Invalidenversicherung versorgt. Höchst dringend sei, dass von seiten des Reichs etwas Durchgreifendes für die vaterlosen Waisen geschehe. Lieber soll einer geringeren Zahl von Personen eine einigermassen befriedigende Rente zu teil werden als vielen ein lächerlich minimales Almosen. Prinzing hat in der *Zeitschrift für Sozialwissenschaft* versucht den Kreis der Versicherungspflichtigen festzustellen, indem er sich an die Berufszählung von 1895 hält. Er kommt zu der wohl nicht ganz fehlerfreien Berechnung, dass jährlich 52 880 Witwen rentenberechtigt sein würden. Er verlangt, dass alle Witwen und Waisen derjenigen Arbeiter getroffen werden, die bei Lebzeiten eine Alters- und Invalidenrente im Bedarfsfalle zu beziehen das Recht gehabt hätten oder solche schon bezogen haben. Professor Stier-Somlo hat eine sehr eingehende Studie über die Frage im September 1906 in der *Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft* veröffentlicht. Er tritt dafür ein, dass ein Teil

der Kosten von den Einzelstaaten und den Kommunen getragen wird, weil diese an Armenkosten sparen. Die Leistungen müssen entschieden diejenigen der Armenpflege übertreffen. Die Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge müsste sich in bescheidenen Grenzen halten, sie dürfte 2 bis 4 Pfennig pro Woche nicht überschreiten. Mit der Witwen- und Waisenversorgung haben sich noch beschäftigt Fleischer in der *Zeitschrift für Sozialwissenschaft,* Moritz Wagner in seinem Buch *Die deutsche Arbeiterversicherung* /1906/, von Loeper in der Abhandlung *Die Versicherung der Arbeiterwitwen und -waisen* im *Reformblatt für Arbeiterversicherung,* Eva van Stoym *Witwenversorgung oder Ehefrauenversicherung* in der gleichen Zeitschrift.

Der *Verein deutscher Arbeitgeberverbände* hat in einer Versammlung vom 29. Oktober 1908 ebenfalls Stellung zu der Witwen- und Waisenversorgung genommen und dabei der Aufhebung des Reichszuschusses zu den Invaliden- und Altersrenten zu gunsten der Witwen- und Waisenversicherung zugestimmt. Wenn der Ausfall anderweitig gedeckt werden müsste, so seien die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeiter gleichmässig zu erhöhen. Sodann äussert er sich wie folgt:

»Es empfiehlt sich . . . die Versorgung der Witwen und Waisen vollständig auf die Reichskasse zu übernehmen. Zur Verfügung stände der für diesen Zweck ausgesonderte Teil der Zolleinnahmen und die . . . ersparten Zuschüsse zu der Alters- und Invalidenversicherung, insgesamt ein Betrag zwischen 90 und 100 Millionen Mark. Die Witwen- und Waisenrenten sollte man so festsetzen, dass sie die einstweilen zur Verfügung stehende Summe nicht übersteigen, ohne Rücksicht darauf, ob die Renten auch allen Ansprüchen genügen. Besser ist es, dass den Witwen und Waisen vorerst jährlich 90 bis 100 Millionen zugeführt werden. Hat man später mehr Geld zur Verfügung, so kann man, falls es sich dann als wünschenswert erweisen sollte, die Renten erhöhen.«

Die Unternehmer wollen also, dass ihnen der neue Fürsorgezweig keine Kosten auferlegt. Deshalb fordern sie, dass keinerlei Rücksicht auf genügende Renten genommen wird. Es ist natürlich gänzlich ausgeschlossen, dass 90 bis 100 Millionen Mark für eine auch nur kärgliche Versorgung der Witwen und Waisen ausreichen. Aber daran stösst sich die Sozialpolitik der Arbeitgeber nicht viel. Den selben Standpunkt haben leider auch einige Parteien des Reichstags eingenommen. So erklärte zum Beispiel am 12. April 1907 der konservative Abgeordnete Pauli, dass seine Partei gegen einen Gesetzentwurf sei, der den über die Zollüberschüsse hinausgehenden Mehrbedarf dem Mittelstand und dem Handwerk auferlege.

In den letzten Wochen ging eine Notiz durch die Tageszeitungen, nach der die Regierung den Plan gefasst habe infolge der Unsicherheit der hier in Frage kommenden Zollerträgnisse für die Witwen- und Waisenversorgung den festen Betrag von jährlich 45 Millionen Mark in den jeweiligen Etat einzustellen. Gehe aus den Zollüberschüssen nicht so viel ein, so solle das Fehlende aus den anderweitigen Reichseinnahmen aufgebracht werden. Die Unregelmässigkeit der Zollerträgnisse mache diese ungeeignet zur Grundlage einer geregelten Fürsorgeeinrichtung. Der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg kam am 5. Februar in seiner Reichstagsrede, in der er das sozialpolitische Programm der Regierung entwickelte, auf die Witwen- und Waisenversorgung zu sprechen. Doch äusserte er sich nicht genauer darüber, ob der vorstehend mitgeteilte Plan zutreffend sei, noch gab er überhaupt nähere Details über den Entwurf des neuen Versicherungszweigs. Er meinte nur, die Vorlage sei beschleunigt

worden, weil die *lex Trimborn* wie ein »dunkles Verhängnis« am Himmel schwebe. Man hätte sich mehr Zeit gelassen, wenn die Regelung der Hinterbliebenenfürsorge nicht drängte. Diese letztere sei »ein neues, ein grosses Gebiet nach allen Richtungen, nach seinen Wohltaten und nach der Belastung, die es mit sich führen wird«. Es sei ein »schöner Traum« anzunehmen, der neue Fürsorgezweig werde ohne Beiträge der Arbeitgeber und Versicherten durchgeführt werden können. Man werde daher »die Hinterbliebenenversicherung auf feste Beiträge des Reichs zu stellen haben unter Zuschuss von Beiträgen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer«.

Überblickt man das Ganze, so ist die Situation wenig befriedigend, und es ist kaum daran zu denken, dass bis zum 1. Januar 1910 ein die Witwen- und Waisenversicherung regelndes Gesetz so weit fertiggestellt ist, dass es ins Leben treten kann. Es ist ja die Vorsorge getroffen, dass die besprochenen Zollüberschüsse ihrem Zwecke dienstbar gemacht werden. Sollen doch von dem gedachten Zeitpunkt ab die Zinsen der angesammelten Mehrbeträge der landwirtschaftlichen Zölle sowie die eingehenden Mehrbeträge selbst den einzelnen Versicherungsanstalten überwiesen werden. Das kann natürlich die Arbeiter nicht befriedigen. Mit Entschiedenheit müssen sie dafür eintreten, dass eine allgemeine und genügende Witwen- und Waisenfürsorge endlich zur Tatsache wird. Sie ist eine soziale Notwendigkeit ersten Ranges.

MAXIM ANIN · PROBLEME DES JÜDISCHEN ARBEITERLEBENS

PRÜFT man unbefangen die soziale Lage der jüdischen Volksmassen und im speziellen der jüdischen Arbeiterklasse, und gelangt man dabei zu wenig erfreulichen Ergebnissen, so muss man darauf vorbereitet sein den Vorwurf der Schwarzseherei von seiten des stets selbstzufriedenen Hyperoptimismus zu vernehmen. Ihm ist es viel lieber, wenn man ihm Bilder des nahen Paradieses auf Erden malt, wenn man ihn mit dem Wiegenlied von jenem goldenen Zeitalter einlullt, das die bürgerlich politische Emanzipation für die Juden in Russland herbeiführen werde. Diesem seichten Optimismus, der zu gänzlich unbegründeten und schädlichen Illusionen in der Gegenwart und folglich zu den bittersten Enttäuschungen in der Zukunft führen muss, muss mit vollem Nachdruck die Wirklichkeit entgegengehalten werden, ohne dass man dabei in das Extrem verfallen darf Pessimismus zu predigen. Was not tut, ist die klare Einsicht in die tatsächlichen Lebensverhältnisse, die allein im stande ist den jüdischen Proletariern den Weg in eine bessere Zukunft zu zeigen.

In einem frühern Artikel versuchte ich bereits zu zeigen, wie es sich mit jenem goldenen Zeitalter der Judenemanzipation verhält, und ich legte das Resultat, das sich mir aus der Betrachtung der Statik und Dynamik der arbeitenden Klassen des jüdischen Volkes ergab, in folgenden Worten dar:

»An Stelle der alten Ghettomauern türmen sich immer höher die Mauern eines sozialökonomischen Ghettos, die keineswegs durch die juridisch-bürgerliche Emanzipation der Juden vernichtet werden können.«[1])

[1]) Siehe meinen Artikel *Ist die Assimilation der Juden möglich?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 2. Band, pag. 618.

Es seien hier nur noch einige Belege für diese Behauptung angeführt, Belege, die ich einem Autor entnehme, den der Vorwurf der Schwarzseherei am allerwenigsten treffen kann. Herr Salomon Margolin nämlich, der eine radikale Lösung der Judenfrage in Russland von ihrer politischen Emanzipation zu erwarten scheint, gelangt trotzdem zu Ergebnissen, die vielmehr geeignet erscheinen meine Ausführungen zu bestätigen.[2]) Herr Margolin stellt fest, dass die jüdischen Handwerker, die 13,2 % der jüdischen Bevölkerung ausmachen, während die Prozentrate der übrigen Bevölkerung Russlands kaum 0,8 erreicht, fast ausschliesslich mit dem Verfertigen von Verbrauchsgegenständen und auch hier nur in den Endstadien der Produktion beschäftigt sind, und er wirft nun die Frage auf, welchen Einfluss die fortschreitende industrielle Entwickelung Russlands auf die Lage dieser Schicht der jüdischen Bevölkerung ausüben muss. Wenn dabei darauf hingewiesen wird, dass die Hebung der Kaufkraft der Bauern den jüdischen Handwerkern zu gute kommen muss, so darf doch andererseits nicht ausser acht gelassen werden, dass der gleiche Entwickelungsgang für sie eine ganze Reihe von ungünstigen negativen Faktoren nach sich zieht, die die Bedeutung des ersteren gänzlich aufheben müssen, wie beispielsweise die Untergrabung des jüdischen Kleinhandels, die immer intensivere Überfüllung des jüdischen Handwerks bei absoluter Unmöglichkeit einer auch nur annähernd entsprechend raschen Proletarisierung, die Beschleunigung des bereits vor sich gehenden Prozesses der Hinausstossung der jüdischen Handwerker durch die erfolgreiche Konkurrenz des nichtjüdischen, mit der örtlichen Bevölkerung näher verknüpften Kleinbürgertums, die Bildung von Bauerngenossenschaften und Konsumvereinen, wie sie bereits in Galizien, Russisch Polen (*Kólka rolnicza*) und den Ostseeprovinzen bestehen, mit der Devise *Kauft nicht bei Juden!* Alle diese Faktoren müssen neben vielen anderen immer intensiver die Position des gesamten jüdischen Kleinbürgertums untergraben; dies ist tatsächlich schon jetzt in den industriell fortgeschrittenen Gegenden des jüdischen Ansiedelungsrayons zu beobachten. Auch die Annahme ist berechtigt, dass der gewaltige jüdische Emigrationsstrom, der nach Margolin zu 43 % aus Handwerkern besteht, auch fernerhin mit der industriellen Entwickelung Russlands stets zunehmen und den einzigen Abfluss für die hinausgestossenen jüdischen Handwerker bilden wird.

Was ferner die Lage und Tendenzen der qualitativ und quantitativ äusserst rückständigen Klasse der jüdischen Proletarier anlangt, so musste auch Margolin trotz seines Bestrebens die wenigen Lichtseiten des jüdischen Lebens so weit wie möglich in den Vordergrund zu stellen doch zu dem Resultat gelangen, dass »das prozentuale Verhältnis der jüdischen Arbeiter zur gesamten Arbeiterzahl im umgekehrten Verhältnis zur industriellen Entwickelung jedes einzelnen Gebietes steht«.[3]) Also das selbe Ergebnis, zu dem ich gelangt bin, und das zum Nachsinnen veranlassen muss. Nicht erfreulicher sind nach Margolin die Entwickelungstendenzen der Lage der jüdischen Proletarier:

»Da . . . die Juden keinen Anteil an diesen Produktionszweigen [die sich mit der Verfertigung von Produktionsmitteln beschäftigen] nehmen, so muss der Prozentsatz der jüdischen Arbeiter mit der allgemeinen Entwickelung der Industrie unvermeidlich sinken.«[4])

[2]) Siehe Margolin *Die wirtschaftliche Lage der jüdischen arbeitenden Klassen in Russland* im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 26. Band, 1908, pag. 240 ff.
[3]) Siehe Margolin, loc. cit., pag. 261.
[4]) Siehe Margolin, loc. cit., pag. 263

Also auch Margolin bemerkt diese Tendenz zur Nichtindustrialisierung, die ich als ein Hauptproblem des jüdischen Arbeiterlebens bezeichnet habe, die ebenfalls trotz aller bürgerlich-rechtlichen Emanzipation immer grössere jüdische Arbeitermassen über den Ozean treiben wird.[5]) Wenn ich diese Tatsache ins Auge fasse, so scheint mir die Behauptung, die statistischen Zahlen, die über die Lage der arbeitenden jüdischen Klassen vorliegen, können wohl »die Statik der Erscheinungen vermitteln, aber keineswegs ihre Dynamik, die gerade von eminenter Bedeutung ist«,[6]) durchaus unbegründet. Allerdings gebe ich zu, dass das vorhandene statistische Material keinen Anspruch auf absolute Zuverlässigkeit erheben kann, und dass auch keine Ziffern für verschiedene Zeitabschnitte vorliegen; doch können, besonders im gegebenen Fall, diese Ziffern gut durch einen Vergleich mit verschiedenen Gegenden, die *caeteris paribus* sich von einander hauptsächlich durch die Höhe ihrer industriellen Entwickelung unterscheiden, ersetzt werden, wie dies auch Herr Margolin tut. Dieser Vergleich gibt uns eben ein annäherndes Bild über die Tendenzen der jüdischen Ökonomik.

Pflichte ich also der Behauptung Margolins bei, »der mächtige Trieb der jüdischen Masse nach einer immer stärkeren Teilnahme an der produktiven Arbeit macht sich auf allen Seiten des wirtschaftlichen Lebens fühlbar«[7]), so bezweifle ich doch andererseits nicht, dass dieser mächtige Trieb nach höheren Formen der produktiven Betätigung bei den obwaltenden sozialökonomischen Verhältnissen, in denen die osteuropäischen Juden leben, unmöglich zur freien und ungestörten Entfaltung gelangen kann. Ganz unbegründet erscheint daher das *sichere Vertrauen* Margolins, »dass die neue befreiende und belebende Zeit, die sich jetzt trotz aller Hindernisse in Russland Bahn bricht, den jüdischen Arbeitern eine breite Bahn für ihre Tätigkeit eröffnen . . . wird«.[8]) Nach meiner Ansicht konnte aber ebenfalls nur der Wunsch, nicht die Prüfung der Wirklichkeit der Vater des Gedankens sein, dass als Ursache der »ökonomischen Rückständigkeit und sozialen Herabsetzung« der russischen Juden »die nationale Bedrückung« anzusehen sei.[9]) Bei einer solchen Annahme würden uns die meisten Erscheinungen des jüdischen Lebens in Russland und insbesondere in Galizien, wo die Dinge im grossen und ganzen ebenso liegen, obwohl die Juden dort doch *emanzipiert* sind, vollständig unbegreiflich erscheinen. Gewiss wird niemand bestreiten können, dass die Gleichberechtigung der Juden eine Hebung ihrer Lage in mancher Beziehung zur Folge haben muss. Die Hauptmomente aber, sozusagen die Grundpfeiler ihrer unnormalen Situation, die auf der gesamten industriellen Entwickelung beruhen, kann und wird die Emanzipation nicht zu beseitigen im stande sein.

Ein anderes Gebiet, auf dem der phantasiereiche, aber lebens- und blutarme

[5]) Welche Bedeutung dieser unaufhaltsam anschwellende Emigrationsstrom, der sich aus jüdischen Handwerkern und Arbeitern zusammensetzt, für die Gestaltung der gesamten Judenfrage haben muss, kann einstweilen hier nicht berücksichtigt werden, da dies weit über den Rahmen dieses Artikels hinausführen würde. Dieses Kardinalproblem des heutigen jüdischen Lebens verlangt und verdient eine spezielle ausführlichere Betrachtung.

[6]) Siehe Ratner *Die nationale Frage in den jüdischen sozialistischen Parteien* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 3. Band, pag. 1538.

[7]) Siehe Margolin, loc. cit., pag 268.

[8]) Siehe Margolin, loc. cit., pag. 269.

[9]) Siehe Ratner, loc. cit., pag. 1539.

Optimismus sich geltend macht, ist das der nationalen Entwickelungsmöglichkeiten der osteuropäischen und insbesondere der russischen Juden. Mit grosser Begeisterung spricht man von der nationalen Autonomie, die den Juden einen mehr oder weniger freien Spielraum für die Entfaltung ihrer nationalen Kulturkräfte und Eigenart geben werde. Man spricht von den Juden und denkt dabei an das österreichische Nationalitätenproblem, dessen Lösung mehrere Genossen in der Durchführung der nationalen Autonomie erblicken. Mit anderen Worten: Wieder einmal eine kritiklose schablonenhafte Übertragung genau bestimmter Verhältnisse auf die von diesen grundverschiedenen jüdischen Lebensbedingungen. Abgesehen davon, dass sogar in Österreich zahlreiche und sehr ernsthafte Bedenken gegen die praktische Durchführbarkeit der nationalen Autonomie entstanden sind, übersehen ihre eifrigen jüdischen Anhänger vollständig, dass bei den Juden keine einzige der zur Durchführung der nationalen Autonomie notwendigen Voraussetzungen vorhanden ist. Wenn nämlich die österreichischen Genossen, wie Springer (Renner) oder Bauer, die Autonomie für die Nationen Österreichs fordern, betonen sie dabei stets und ausdrücklich, »die nationale Gebietsabgrenzung [das heisst die national territoriale Autonomie] ist . . . grundsätzlich . . . . zu fordern als die Grundlage der nationalen Autonomie«.[10]) Zu ihrer Ergänzung soll dann das Personalitätsprinzip angewendet werden, und zwar zur Sicherung des rechtlichen Schutzes der nationalen Minderheiten, das heisst der nach territorialer Abgrenzung fortbestehenden nationalen Enklaven, die in Österreich nach Renner insgesamt etwa ein Zehntel der Bevölkerung ausmachen. Renner betont dabei mit Nachdruck, sein System wolle nur mit dem Prinzip der sogenannten *historischen* Territorien, keineswegs aber mit dem Territorialprinzip schlechthin brechen. Bauer bemerkt direkt: »Das System Springers ist nicht die reine Durchführung des Personalitätsprinzips.«[11]) Das müsste es aber gerade sein, um es für die Juden fordern zu können, denn sie bilden nirgends eine kompakte nationale Mehrheit und übersteigen in keiner Gegend Russlands 1 bis 15 % der Gesamtbevölkerung, können also nirgends den notwendigen Kern für die nationalterritoriale Autonomie abgeben. Und das ist eben das Utopistische an dieser Forderung. In Österreich wäre die subsidiäre Durchführung des Personalitätsprinzips eben nur deshalb möglich, weil die nationalen Minderheiten, wie die deutschen oder tschechischen, im unmittelbar physischen und mittelbar geistigen Verkehr mit ihren Nationalgenossen, die in kompakter territorialautonomer Gemeinschaft leben, eine ständige Quelle besitzen, aus der sie die Kraft für ihre normale nationale Fortentwickelung ziehen können. So bemerkt Bauer mit Recht:

»Es ist die Kraft der nationalen Entwickelung der Heimat, welche sie [die nationalen Minderheiten] auch noch im fremden Lande national erhält.«[12])

Woher sollten aber die Juden als exterritoriale Nation, dazu noch mit ungesundem sozialökonomischen Unterbau, diese unversiegbare Kraftquelle zu einer ungestörten nationalen Fortenwickelung nehmen? Es ist also stets *cum grano salis* aufzufassen, wenn von einem kulturellen Aufschwung der russischen Juden gesprochen wird. Es ist ein Aufschwung gegenüber der Stagnation, die

[10]) Siehe Bauer *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie* (Wien 1907), pag. 334 ff.
[11]) Siehe Bauer, loc. cit., pag. 358; ferner Kautsky *Nationalität und Internationalität*, 1. Ergänzungsheft zur *Neuen Zeit*, 1907-1908, pag. 27 ff.
[12]) Siehe Bauer, loc. cit., pag. 374 ff.

bis vor kurzem im russischjüdischen Ghetto geherrscht hatte. Es ist ferner ein Aufschwung als mächtiger Ausdruck des titanischen Strebens nach neuen Lebensformen, nach neuen Wegen der nationalen Entfesselung. Ob das jüdische Volk diese Wege finden wird, das kann nur die Zukunft erweisen. Eins jedoch steht fest: Unter den obwaltenden Verhältnissen bedeutet die Übertragung der Forderung einer nationalen Autonomie auf die Juden ein vollständiges Verkennen des Wesens und der Voraussetzungen der nationalen Autonomie einerseits und der nationalen Lage der Juden andrerseits. Und wenn man den Juden auf dem Papier noch so viel nationalautonome *Rechte* einräumen sollte, würden sie dadurch noch nicht in die Lage versetzt werden diese Rechte auch tatsächlich zu verwirklichen. Das will indes keineswegs sagen, dass die Juden unter den gegebenen Verhältnissen auf jegliche nationalen Forderungen schlechthin verzichten müssen. Es gibt nationale Rechte, die die Juden unbedingt erlangen können, und zwar vor allem auf dem Gebiet des Schulwesens. Und hier hat meines Erachtens Bauer wirklich den Kern der Sache getroffen, wenn er sagt, »die Frage der nationalen Autonomie der Juden ist wesentlich eine Schulfrage«, und zwar speziell eine Volksschulfrage, denn ein Bedürfnis nach jüdischen Mittel- und Hochschulen besteht dank den Assimilationsbestrebungen der höheren Schichten der jüdischen Bourgeoisie nicht. Nun will aber Bauer den Juden auch dieses Recht auf eine nationale Volksschule nicht zugestehen, und er ruft voll pathetischer Entrüstung:

»Man denke sich nur die Judenkinder in eigenen Schulen mit jüdischer Unterrichtssprache! Welcher Geist wird diese Schulen beherrschen?«[13])

Wenn Bauer, wie übrigens die überwiegende Mehrheit der europäischen Genossen, vom Judentum spricht, denkt er dabei entweder an die sich assimilierende jüdische Bourgeoisie oder an die fanatisch orthodoxen Juden. Es gibt aber noch ein anderes Judentum — und dieses bildet die weitaus grösste Mehrheit des jüdischen Volkes —, das sich weder assimiliert noch in dem engen Rahmen der religiösen Orthodoxie hält, das vielmehr voll Mut und Energie nach neuen Formen der nationalen Selbstbestimmung ringt. Früher oder später, vielleicht langsam, auf historischen Umwegen und mit den schwersten Opfern wird dieses moderne Judentum doch schliesslich die freie Bahn der kulturellen Entwickelung betreten. Dieses Judentum empfindet schon jetzt das Bedürfnis nach einer eigenen nationalen Volksschule, die durch freie Schulvereine mit staatlicher Subvention ins Leben gerufen und verwaltet werden könnte. Ich vermag ausserdem auch nicht einzusehen, wodurch die jüdische Sprache, der sich mehrere Millionen Menschen bedienen, dem Genossen Bauer minderwertiger erscheint als irgend ein Plattdeutsch, *Schwyzerdütsch* oder ein beliebiges französisches *Patois*. Ebenso bin ich davon überzeugt, dass in den jüdischen Volksschulen der Geist der demokratischen Kultur nicht in geringerem Masse herrschen wird als in den anderen europäischen Volksschulen, in denen der verderbliche Einfluss des Klerikalismus nur langsam und nach schweren Kämpfen ausgemerzt wird. Ich habe also die feste Überzeugung, dass neben der politischen und bürgerlichen Emanzipation die autonome nationale Volksschule eine der Hauptforderungen der jüdischen arbeitenden Klassen in Russland bilden muss.

[13]) Siehe Bauer, loc. cit., pag. 379.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ELISABETH SIEWERT · VAN BRAAKEL

ALLES, was frei, eigenwüchsig, kühn, todverachtend und lebenausschöpfend war, hiess bei ihnen *van Braakel.* Dass dieser Begriff von einem Jüngling aus einem Lesebuch hergeleitet war, einem Johannes van Braakel, der unter Admiral de Ruyter in holländischen Diensten gestanden und da vom Schiffsjungen an durch eine Reihe ausgezeichneter Taten sich heraufgeschwungen hatte zum Befehlshaber einer Flotte, das war schliesslich zufällig. Irgend einer wäre immer *van Braakel* für die kleinen Mädchen geworden: denn das, was es bedeutete, lag in ihnen; sie trugen diesen Namen noch ausserdem als Spitznamen und hörten sich nicht ungern nach ihrem Helden so nennen.

Es war van Braakel, allerdings nur in seinem gemeinsten Sinn, wenn eins der kleinen Mädchen von einem Pflaumenbaum herunterfiel, am ganzen Körper einen gehörigen Stoss bekam, von einer Gehirnerschütterung nur durch einen schmächtigen Haarschopf bewahrt, gleich darauf aber den federlosen Feldwagen erkletterte und die Leine ergriff, um zu kutschieren, obgleich es ihr grün und gelb vor den Augen flimmerte, und ihr Magen wühlende Aufwärtsbewegungen ausführte. Van Braakel war es auch, wenn eine winterliche Fahrt in dem kleinen Kuffschlitten, auf der Pritsche stehend, in einem dünnen Jäckchen, baumwollenen Strümpfen und Hausschuhen unternommen wurde. Die ganze Fahrt war ein Triumph über den grinsenden, knatternden Schnee und das Rutenstreicheln der Eisluft. Mit Nichtbeachtung, dass die sich anklammernden Hände erstarrten und von den Füssen aufwärts allmählich die Totenkälte des Frostes aufstieg, ging es vorwärts bei dem Lärm der Schlittenglocken, die gleichsam eine Bahn für das wilde Vergnügen brachen. Und dann die Ungeduld auf dem Rückweg das geduckte Gehöft in seinem weissen Pelzkleid endlich zu erreichen, die halb beschämende Befriedigung bei dem Erscheinen der dunkleren Bahn am Gartenzaun, bei dem Verspüren des Schutzes der Stallwände, des Dunstes und Geruchs der Mensch- und Tiersiedlung! Noch ein Blick in den klein erscheinenden Garten, seine spurlosen Gänge, die Wölbungen über den zusammengedrückten Gebüschen, auf denen die rote Sonne blänkert. Es kam vor, dass eins der kleinen Mädchen so steif gefroren war, dass es in das Zimmer der Mutter auf die Chaiselongue getragen werden musste, um da aufzutauen. Einmal war es kurz vor der Sonntagsandacht, als das geschah. Van Braakel lag auf der Chaiselongue und taute auf, ein wenig wie der Held, der Wunden von einem übermächtigen Riesen im Kampf empfangen hat. Und dann kam diese peinliche Sonntagsandacht mit ihren rührenden Versen und vermahnenden Predigten, vor denen sich van Braakel in acht nahm; um keinen Preis so dahin schmelzen, den Nacken ducken und sich für zahm und besiegt erklären! Draussen machten die Feinde ihre Riesenmusik, ihre herrliche Schönheit strahlte gemischt aus Weiss, das in Blau tauchte, aus Grau, das zu Rosenrot aufloderte, aus einem ätherlichten Gelbgrün, in das fächerförmig glührote Strahlen schossen durch die Fenster. Das Eis klang, die kristallenen Äste klirrten, über den festen Marmorschnee strich eine geharnischte Hand und liess feine, feine Eissplitterchen dahinklingeln über Hügel und Senkung, über alle Gutsgrenzen, meilen-, meilenweit.

Der Winter, so kam es van Braakel vor, wusste nichts vom Christentum, der war ein Heide durch und durch, und das kleine, dünne Menschengeschöpf

mit seinem hitzig pulsierenden Herzen und dem unermüdlichen Eifer der Gedanken und Beobachtungen war angesichts seiner drohenden bösen Nähe auch nur heidnisch und dachte an nichts anderes als daran sich zu behaupten, während es sich sättigte an des Feindes massloser, grandioser, schwer zu ertragender Schönheit.

Das kleine Mädchen fragte mit der Bibel: Wo will man aber Weisheit finden? Und wo ist die Stätte des Verstandes? Und als Antwort kam mit einem Hauch von Leichtfertigkeit: Ach, man findet draussen nur Weissheit und die Stätte der harten Witterung und in der Stube — Worte aus den schwarzen quadratischen Andachtsbüchern. Ja, hätte jemand von den Erwachsenen aus seiner eigenen Erfahrung das Allereinfachste vorgetragen, das von göttlichem Wesen doch eine Spur hatte, das wäre ein anderes Ding gewesen! Etwa die Beobachtungen eines einzigen, simplen Tages mit Aufrichtigkeit dargelegt: wären da nicht unter ihnen, wie ein paar durchsichtige Kieselchen unter grauen und bunten die schmerzliche Liebe zu einem höheren Wesen, die Traurigkeit über die und die herzbeklemmenden Dinge, die Sehnsucht dahin, dass doch noch einmal alles klarer und heller würde und der Zuspruch des Trostes auf mancherlei, oft sehr merkwürdige Art gewesen? Früh morgens der Anblick der gefrorenen Fenster, am überraschendsten, wenn es draussen erst halbhell ist und dann ihre Pracht auf Goldgrund. Wie gut tun diese Zauberblumen: es wird alles gut werden, denkt man. Dann dies eigentümliche Gefühl, wenn sich die Familie beim Kaffeetrinken wiedersieht. Was das alles bedeutet, dass sich der und die meiden, sich aber eng an den und jenen anschliessen und wie Mitschuldige aussehen. Es hat wohl mit dem Gewissen seine Richtigkeit; nur wenn man aufgestanden ist und gegen niemanden etwas hat, ist es ein richtiger freier Tag. Einige haben Freude an einander. Könnten wir nicht mehr aus dieser Freude machen, wenn wir bedenken? Es liesse sich viel sagen. Dann auf der Höhe des Tages der Zank der Wirtin mit dem Gärtner. Wegen Gemüse. Grässlich. Es musste durchaus Einhalt geschehen, es zerfrisst einem förmlich die Haut, so etwas. Wird es nicht ganz klar, dass nicht nur dieser widerliche Zank sondern alles Unfreundliche, Ungerechte, Hässliche, Verworrene, ja, das Lieblose allein die Seele ganz hinfällig macht? Sie will so Vollkommenes wie die Eisblumen, die schöne Seele; so etwas ist ihre Lust. Könnten wir nicht allesamt, so wie die Eisblumen unsern Augen, uns unter einander angenehm und wert sein? Wir könnten ein viel herrlicheres Leben führen, wenn wir zum Kristall würden, durch den die Sonne scheint. Eigentlich zehrt es ja an uns, dass es bei uns genau so wüst ist wie bei den Nachbarn, obgleich manchmal so geredet wird, als ginge es da schlimmer zu. Möchten wir es nicht ganz anders und hervorragend machen? So, dass wir den Hals steif tragen dürfen und Feuer aus unseren Augen bricht und Liebe und Heiterkeit aus unseren Herzen? Wenn jeder nur recht viel an das Menschenmögliche dächte, und man mit Riesenkraft die Angst und Scheu das laut werden zu lassen überwände, dann müsste es doch so kommen, dass am hellen lichten Tag der *neue gewisse Geist* unter uns, auf unserm Landgut wohnt. Na, es war ganz unmöglich, dass von so etwas in der Andachtsstunde erzählt wurde, gerade so unmöglich, als ob alle nackend dazu gekommen wären, und das war doch zum Lachen unmöglich. Immer und immer die Erfahrung eines längst vermoderten, auf so etwas so peinlich eingespielten alten Konsistorialrats, die noch ausserdem mit solch fataler Genugtuung an Wortgeklapper her-

ausgebracht wurde, gekaute Speise aus einem fremden Mund. Sind wir denn allesamt so arme Schächer, dass wir nicht eigene Andacht halten können? Es war etwas wie rote, zornige Beschämung, die in van Braakels Wangen stieg. Da liess er das moralische Leben seinen unverständlichen Weg gehen und hielt sich lieber an das Sichtbare, die Sterne, Rosenkörbchen, Arabesken zum Beispiel, die hauchdünn und farbig zwischen den Blättern der Andachtsbücher lagen; sie waren erfrischender und verständlicher als so viel trauriges, fernes Predigen. Danke sehr! Wie eine Ente, die mit aller Kraft ihr Federkleid mit gehörig viel und fettem Öl versorgt, wenn sie ins Wassergeriesel gerät, so verhielt sich van Braakel.

Seine Andachtsstunde kam dann später ganz von selbst, als der Frühling nach einem langen Getue, als hätte er einen gewissen Landstrich ganz und gar vergessen, doch endlich und um so holder, um so leidenschaftlicher begrüsst, einrückte. Die Wiesen waren überschwemmt, die Kuhblumen spiegelten sich lachend und golden in Polstern. Der Acker bot seine groben, toten Schollen weithin dem jungen Sonnenschein dar, und die Wärme drang in seine Furchen, und der Duft quoll wie ein Dampf hervor: der Acker wachte aus seinem Scheintod auf. Und die Lerche! Da kam es, dass van Braakel auf einem der sieben Hügel nach der Grenze zu dem Heideland hinkniete und sich wunderte über seine gefalteten Hände und den gesenkten Kopf und die zögernden, kleinen Tränen, die ihm die übermächtige Erdenseligkeit und die Hingabe an alles Reine, Vollkommene, Himmlische auspresste. Um ihn war die Schöpfung neu: Das Gänseblümchen wuchs, vom Wasser getränkt, eine kleine grüne Rosette mit einem Knopf in der Mitte, der schon Weisses zeigte; das Steinchen frischte seine Farbe auf; die Bachstelze wippte mit dem Schwänzchen; die roten Weidenreiser mit ihren zärtlichen Kätzchen badeten, da, wo das Wasser eilte; die Lerche aber sammelte alle Wonne in ihrer kleinen Brust. Und das Kind nahm Lerche und Wonne in sich auf und Vergangenheit und Zukunft, alle Jahreszeiten, Gut und Böse, und die Träne besiegelte es, dass sie sich dem Hohen endlich hingab. Über ihm hing Gottes blauer Mantel lang herab und reichte bis zu ihm, hüllte es ein in eine Zusage von Liebe und Herrlichkeit; es blieb nichts als Stillsein und Aufmerken in dem grenzenlosen Glück in eines Vaters grossem Kleid geborgen zu sein.

In der Schulstunde sass van Braakel so, dass er in den Spiegel sehen konnte, wenn er sich weit zurückbog und an dem Rücken der Mitschülerin vorbeisah. Lag es nicht wie Goldschaum auf seinem Gesicht? Nein, der war schon längst abgespült worden: was hatte van Braakel nicht schon alles erlebt seitdem, gehörig gepfefferte, leidenschaftliche Zustände, Eitelkeit, Übermut, und vor allem das scharfe Gefühl der Abwehr gegen diesen und jenen, ein Gefühl, das das Herz zerspaltete und das Glück auffrass. Aber am Nachmittag ging's in den Wald. Das war wie ein Fanfarenton und unbeschreiblich, was der Wald allein in Gedanken für einen Sturm anrichtete. Im Wald wohnte van Braakels Phantasie bereits, und das Übrige, das, was atmete und Beine hatte und ein Herz, in dem die Ungeduld hämmerte, hatte nichts Dringenderes zu tun als der flüchtigen, alles vorwegnehmenden Zigeunerin so flink wie möglich zu folgen. Im Wald, da veränderte sich die Stimme und das Auge; mit einem Ohr hörte man Echos fernen Klageruf, in dem andern sauste es, und hinter dem Sausen lag das wachäugige Schweigen. Im Wald, da hausten die

Märchen und gingen rückwärts, die verwirrenden, wissenden Augen auf die Eindringlinge gerichtet, immer tiefer in die Sumpfstellen und Dickichte, und nur die Vögel brachten abgerissene, nachlässige Kunde hier und da, und die Bäume rauschten ein wenig davon, ein ganz klein wenig davon, was sich zugetragen.

Mit welchen scharfen und ungnädigen Blicken versenkte sich van Braakel in die Bauart hoher Buchenkronen, zu denen sich endlich die steilen, eisengrauen, eisenfahlen Stämme auseinandertaten. Hier unten im raschelnden, graugelben Laub des Waldmeisters steiles grünes Kerzchen, die teure Leberblume mit ihrem gesegneten Blaustern, die himmlische Anemone wie ein Flöckchen Schnee, das errötet und zur Erde blickt und sich zärtlich rundet. Da oben die weitausgebreitete letzte Tat des Stammes: die Baumkrone mit ihren Verfinsterungen, ihrer Laubenwölbung, ihren Launen und, ach, ihrem Höhengeheimnis, von dem die glücklichen Reiher wissen. Von welcher Art wohl das Grauen sein würde, mit dem man herab auf den Tanzboden, gebildet aus Blättern wie von geschlagenem Erz, hier und da begrünt und bunt gesprenkelt, herabsehen würde? Auf jeden Fall müsste die Luft da oben so recht für die Lungen passen, und die Liebe zu den Wolken würde ihre demütige schmerzliche Art verlieren, kühn und verwandt würde sie zu ihnen heraufgrüssen, da oben. Da könnte man die Strohstaken auf den Feldern weit und breit sehen, die Scheunendächer, das ganze bunte, weithin gestreckte Muster der Landstrassen, Feldwege, der Felder, Wiesen und Hügel: die Bäume und die glatten schmalen und runden Wasserflächen nicht zu vergessen. Es würde ein anderes Leben anfangen, wenn man nur einmal das Ganze so überblickt hätte.

Schranken, Stricke vom Morgen bis zum Abend, empfand van Braakel mit quälender Ungeduld. Man möchte die Reiher morden und sich ihre Flügel anbinden. Ach, lebt, lebt, ihr glücklichen Vögel! In all seiner Ungeduld sprengt ja die Daseinsfülle und -wonne van Braakels armes Herz beinah. Es kommt ja nicht darauf an, dass man's den Reihern gleich tut; man hat ja drum ihre Freuden. Man hat auch Fischfreuden und Mondscheinleben, ja, Mondscheinleben, wenn die Lauben in weissem Licht triefen, wenn Muster auf dem Sand liegen und Bäche auf den Wegen gleiten, wenn die Rasenplätze in krause Silberflächen verwandelt sind und die in ihrer Schönheit erstarrten Baumkronen über den sanften Dächern stehen: Da ist die Seele um und um in Taumel und Veränderung gezogen, so dass sie sich kaum zu fassen weiss. Süsses, enges, verworrenes und unbegreiflich verklärtes Land, du Heimatgarten im Vollmondschein. Aber über die Felder spinnst du ein Netz und bindest sie eins ins andere, unendlich, und wo im Kleefeld das Wasserloch liegt, mit den steilen Rändern, oder der Wiesenteich, umschilft und flach, da findet sich mit einem Mal dein schönes Bild auf träumerischem Grunde. Vor dem Zuviel wendet sich der Blick zurück zu der Verzauberung. Man muss im Mondschein trunken gehen, ohne den Mond, weder im Himmel noch im Wasser, zu gewahren, da hat das Gemüt den ausschliesslichsten, kindlichsten, unendlichsten Genuss.

Über alles liebt van Braakel Ereignisse, die die in seiner Umgebung angesammelte Behaglichkeit, geordnete langweilige Sicherheit, das bürgerliche Gleichmass durchbrechen. Da kommt es ihm auf eine Handvoll Gräuel nicht an,

wenn nur eine gewaltsame Veränderung entsteht, eine neue scharfe Beleuchtung auf Leben und Welt um ihn herfällt. Ah, da streckt sich van Braakel, da ist er sehr munter. Was macht es ihm, dass in dem lichterloh brennenden Wirtschaftshaus 86 Enten und 105 Hühner zu grunde gehen! Armes Viehzeug, erstickt im Qualm, sagt nochmals *Katsch* oder *Piep* und ist dahin. Wollte, er hätte sie alle in seinen Armen retten können. Aber wie es noch Zeit dazu war, lag er in seinem Bett und träumte, vielleicht von Ritten, von freien fliegenden Ritten in fremden niegesehenen Gegenden, wo die Korallen auf den Büschen wuchsen und der Sand blau war. Aber das Pferd, das er ritt, war ein Scheck, rotbraun und weissgefleckt. Inzwischen ging der Brand an. Sein ganzes Gesicht ist ein Lachen, in den Augen spielen die Lebensfunken mit dem Spiegelbild der wirklichen Flammen zusammen; eine veränderte Welt sein Zuhause, Gott sei Dank! Die Erzieherin sagt, van Braakel übertriebe das Vergnügen am Brande. Man soll ihn fragen, was er für ihn bedeutet und ihn im übrigen ungeschoren lassen. Gut, er spielt auch eine Rolle für die, die seine vorbereitenden Träume nicht kennen. Aus dem nahen Pferdestall müssen die Pferde gerettet werden; wenigstens die Lieblingsstute *Fuchsie,* die so ängstlich ist und herumtrappelt, soll im Schatten der Stallwand vorsichtig in den Garten geführt werden. Da waren noch nie Pferde auf diesem Fleck. Von jetzt ab geht das Leben Schlag auf Schlag. Wie der Gaul zittert! Van Braakel zittert höchstens vor glückseligem Ehrgeiz. Der Kutscher bringt seine beiden Wagenpferde. Es wird immer romantischer auf dem Rasenfleck unter den Obstbäumen. Oben die Äste fangen den Lichtschein auf, dahinter die Wand der Nacht, die aus hundert und tausend dunklen Augen in die Flammen starrt. Man hört das leise Donnern des Feuers, man spricht erschüttert von Löschversuchen, die nichts nützen; wenn nur der Pferdestall zu halten ist . . . . Van Braakel hält der Stute die Augen zu und denkt an die grosse, stumme Finsternis, in die eine Lichtbresche heut Nacht gerissen ist, und wie Mut und Trotz und blendende Ahnungen aus dem Feuer entspringen. Und wenn alle Sehnsucht und alles Rufen um Gerechtigkeit und Leben, alles Streben nach Besserung und Helligkeit umsonst wäre, schön, schön ist's auf jeden Fall unter den Apfelbäumen auf dem Rasen, wo noch niemals Pferde standen.

Van Braakel ist nicht nur freiheitsliebend und abenteuerlich gesonnen, er ist auch auf seine eigne Art gedankenreich. Nur gerade da, wo man von ihm dies erwartet, da bringt er es nicht auf, da versagt er gänzlich. Er ist sehr dafür sich alles neu zu entdecken und von neuen Seiten zu bedenken. Noch kein Mal in seinem Leben hat er, in für ihn wichtigen Sachen, ein fremdes Urteil ohne Prüfung gelten lassen, oder er prüft es erst gar nicht sondern verlässt sich auf seinen Instinkt, der ihm nichts Brauchbares von fremder Seite weissagt. Das Gegenteil von einem Musterschüler ist van Braakel. Aber ich weiss es, es hinge an einem Haar, da könnte er der Liebling und der Augapfel eines pädagogischen, grossen Menschen sein, ja eben eines grossen Menschen. Eigentlich sollten Erzieher stets gross sein, fast jedes Kind verlangt dies und streckt sich unversehens nach einem grösseren Mass.

In Danzig in einer der alten Kirchen steht ein Engelchen, aus Sandstein gehauen, im Chor, unvermittelt, pausbäckig, nackt und herzig, schmerzlich, fromm. Wisst ihr, was man von diesem Engelchen erzählt? Van Braakel

wurde es erzählt; er selbst hatte auf seiner Reise dies Engelchen im Fluge gesehen. Die Reise betäubte van Braakel. Man sagte, er wäre teilnahmlos; ich glaube, er kämpfte einen harten Kampf mit den Schrecknissen von scharenweisen Eindrücken, die sich zudringlich auf ein monoton lebendes, armes, reiches Landkind stürzen, das doch nur eine Auswahl von ihnen gebrauchen kann, nach Zusammenhängen fahndet und durch den Lärm des Neuen in seiner leisen vollen Welt beunruhigt wird. Also, von diesem Engelchen erzählt man, dass eine alte Frau neulich allein in der Kirche war und es treuherzig fragte, da es so betrübt dastand: »Engelchen, was schad' di?« Und das Engelchen sagte: »Rein nuscht.«

Es war in der Veranda am abgegessenen Kaffeetisch. Die Grossen lachen. Van Braakel sitzt steif da, ihn schauert es, aus einer andern Welt fassen ihn Schauer kühl in sein warmes Geblüt. Zuerst erfasst ihn dies: dass wirklich ein steinernes Engelchen, das schon weiss Gott wie lange in der kühlen Kirchenluft steht, die vom Mittelalter her in die Kirche eingebaut wurde und nun so bleibt mit ihrer Fremdheit und ihren mittelalterlichen Gerüchen, dass so ein wunderbares Engelchen die Gabe haben könnte seinen steinernen Mund zu öffnen und zu antworten. Lehrte man nicht Wunder in der Religionsstunde? Entweder — oder, dachte van Braakel, wusste aber andererseits genau, dass dies Wunder nicht geschehen konnte und seine Möglichkeit nur in seiner Vorstellung lag.

Und was es nun sagt, das anscheinend traurige, höhere Wesen! Rein nuscht, antwortete es auf die freundliche Nachfrage nach seinem Befinden. Das heisst: Ihm fehlt nichts, rein gar nichts; es ist vollkommen, es ist glücklich, ihm fehlt nichts, gar nichts, es weiss alles, es hat alles, es ist die steingewordene, selige, stille Zufriedenheit, und dass es so heilig wehmütig aussieht, das kommt vielleicht nur davon her, dass sich sonntäglich und sonst auch gelegentlich Menschen an ihm vorbeischieben. Ihm ist es auch nicht langweilig in dem kühlen Sonnenschein still zu stehen, der wie ein Handtuch breit ihm über eine Pausbacke, die Brust, das dickliche Leibchen und ein derbes Knie fällt, was doch jedem Menschen auch nur für eine Stunde auszuhalten eine langweilige Qual wäre? O nein, es ist über dergleichen erhaben, es ist ja satt, hat alles, weiss alles, das Beste ist bei ihm.

Und ganz zuletzt beachtete van Braakel auch noch den Witz an der ganzen Sache, auf den er beinah' hereingefallen wäre. Die Grossen aber nahmen ihn, seinem Gesichtsausdruck und seinem Schweigen nach zu urteilen, für hereingefallen und lachten und lachten.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HERMANN MATTUTAT · DIE VOLKSSCHULREFORM IN WÜRTTEMBERG

Am 9. Februar dieses Jahres hat die württembergische Kammer der Abgeordneten ihre Beratungen über die Novelle zum Volksschulgesetz beendet und mit 63 gegen 26 Stimmen das Gesetz in der vom Plenum formulierten Fassung angenommen. Nunmehr hat die Standesherrenkammer über das weitere Schicksal der Novelle zu entscheiden. Welche Stellung sie einnehmen wird, bleibt abzuwarten; allzu günstig

sind die Aussichten in dieser Beziehung nicht. Bei der Rückständigkeit dieser gesetzgebenden Körperschaft wird die Regierung einen schweren Stand haben; soll ein Fortschritt zu stande kommen, so hat sie bei der Verteidigung des Beschlossenen ihre ganze Energie aufzubieten, denn eine Verschlechterung des Gesetzes durch die Standesherrenkammer könnte leicht dessen Scheitern herbeiführen. Die in den langwierigen Debatten errungenen Vorteile sind minimal und befriedigen nach keiner Seite. Gedrängt durch die ungünstigen Mehrheitsverhältnisse hat die Linke sich zu ziemlich weitgehender Nachgiebigkeit verstehen müssen; sie ist dabei bis hart an die äusserste Grenze gegangen, um wenigstens etwas zu retten; ein weiteres Zurückweichen dürfte deshalb von ihr kaum noch zu erwarten sein. Ein Zwang hierfür liegt um so weniger vor als sich die Notwendigkeit einer Volksschulreform nicht mehr länger umgehen lässt und sich, auch wenn die gegenwärtige Vorlage nicht Gesetz werden sollte, doch binnen kurzem durchsetzen muss.

Das bestehende württembergische Volksschulgesetz stammt aus dem Jahre 1836 und ist, obgleich es seither nicht weniger als 7mal geändert wurde, total veraltet. Die Verhältnisse, die für das damals noch rein agrarische Ländchen genügten, reichen heute nicht mehr aus, denn auch in Württemberg hat der Kapitalismus und mit ihm die Industrie ihren Einzug gehalten. In welchem Umfang sich infolgedessen die wirtschaftliche Struktur des Landes wie die Zusammensetzung der Bevölkerung verändert hat, zeigt ein Blick auf die Ergebnisse der am 12. Juni 1907 vorgenommenen Berufs- und Betriebszählung. Das Überraschendste dabei ist, dass, während die landwirtschaftliche Bevölkerung noch bei der ersten Berufszählung im Jahre 1882 48,2 % der Gesamtbevölkerung aufwies und bei der Berufszählung im Jahre 1895 nur bis auf 45,1 % zurückging, sie nach der Berufszählung von 1907 nur noch 37,7 % umfasst. Während noch im Jahre 1882 in Forst- und Landwirtschaft 942 924 Personen beschäftigt waren, wurden 1907 nur noch 881 170 Personen gezählt, das ist ein Rückgang um 61 754 Personen. Bei der Industrie zeigt sich ein gerade umgekehrtes Verhältnis. Im Jahre 1882 belief sich die Zahl der industriell tätigen Personen auf 674 000 und stieg bis 1895 auf 724 000, das ist von 34,4 auf 34,9 %. Dagegen ergibt sich von 1895 bis 1907 die ausserordentliche Steigerung um 212 000 Personen, so dass gegenwärtig die Industrie mit 936 000 beschäftigten Personen und 40 % der Gesamtbevölkerung an die Spitze aller Berufsabteilungen rückt. Auch die Zahl der in Handel und Verkehr Beschäftigten ist gestiegen, und zwar von 7,3 auf 9,6 %. Diese ganze Entwickelung kann auf die Volksschule nicht ohne Einfluss bleiben; sie zwingt dazu die Anforderungen an das Lehrziel zu steigern, den alten Ballast zu beseitigen und das ganze Schulwesen auf eine andere Grundlage zu stellen.

Zurzeit wird das württembergische Volksschulwesen noch von einem starren Konfessionalismus beherrscht, der es in seiner Unduldsamkeit bisher nicht einmal zuliess simultane Hilfsschulen für Schwachbegabte zu errichten. Im Vordergrunde des Lehrplans steht der Religionsunterricht, dem allein ein Drittel der obligatorischen Unterrichtszeit von 26 Wochenstunden zugewiesen ist. Dazu kommt das umfangreiche religiöse Memorieren und die Überfütterung der Kinder mit biblischem, vor allem alttestamentarischem Stoff. Einen kleinen Begriff von der Rückständigkeit der württembergischen Volksschule gibt die Tatsache, dass in den 7 Schuljahren nicht weniger als 275 Sprüche,

34 Gesangbuchlieder mit zirka 220 Versen, der ganze Katechismus und ausserdem noch verschiedene Gebote auswendig gelernt und zum Teil wiederholt repetiert werden müssen. Hierzu tritt noch für die letzten zwei Jahrgänge der Zuhörer- und Konfirmandenunterricht. In dieser Zeit steigt der gesamte Religionsunterricht bis zu 12 Stunden in der Woche, während auf Aufsatz nur 2, auf deutsche Sprache 1½, auf Geschichte und Naturgeschichte nur je 1 Stunde wöchentlich entfallen. Mit der konfessionellen Trennung des Volksschulwesens in Verbindung steht eine äusserst schädliche Zersplitterung in einklassige Schulen. Der Umstand, dass bereits 31 Angehörige einer Konfession die Errichtung einer konfessionellen Schule fordern können und die Gemeinde dieser Forderung nachkommen muss, ist dieser Zersplitterung noch fortgesetzt förderlich. Die Folgen sind auf der einen Seite einklassige Schulen mit ganz geringer Schülerzahl, auf der anderen Seite Riesenklassen und weitgehendste Überlastung der Lehrer. Letzteres Übel ist, wie die württembergische Volksschulstatistik zeigt, sehr weit verbreitet. Am 1. Januar 1908 gab es in Württemberg insgesamt 5527 Klassen mit 327 551 Schülern. Davon hatten

794	Klassen	mit	25 292	Schülern	je	unter	40	Schüler
1115	„	„	50 975	„	„	41	bis 50	„
1257	„	„	69 791	„	„	51	„ 60	„
966	„	„	63 093	„	„	61	„ 70	„
666	„	„	49 950	„	„	71	„ 80	„
389	„	„	33 065	„	„	81	„ 90	„
207	„	„	19 665	„	„	91	„ 100	„
76	„	„	7 980	„	„	101	„ 110	„
36	„	„	4 140	„	„	111	„ 120	„
16	„	„	2 000	„	„	121	„ 130	„
4	„	„	540	„	„	131	„ 140	„
1	Klasse	„	144	„	„	über	140	„

Die stiefmütterliche Behandlung der Volksschule tritt am deutlichsten zu tage, wenn man ihr das höhere Schulwesen gegenüberstellt. Am 1. Januar 1908 bestanden in Württemberg 92 Gelehrten-, 100 Real-, 19 Elementar- und 19 höhere Töchterschulen. Wie verteilt sich nun dort die Schülerzahl? Bei einer Gesamtschülerzahl von 34 200 entfallen bei den Gelehrtenschulen auf einen Lehrer durchschnittlich 19, bei den Realschulen 29, den Elementarschulen 39 und den höheren Töchterschulen 17 Schüler. Es sind aber zahlreiche Klassen vorhanden, die nur 3, 4, 6 bis 10 Schüler aufweisen.

Bereits im Jahre 1902 nahm die Regierung einen, wenn auch schwächlichen Anlauf zu einer Schulreform. Der von ihr dem Landtag vorgelegte Gesetzesentwurf beschränkte sich auf 5 Artikel, in denen eine geringe Erweiterung der Unterrichtsfächer, eine Herabsetzung der Schülerzahl, eine Verbesserung des Verhältnisses der unständigen zu den ständigen Lehrstellen, die Anstellung von Bezirksschulaufsehern im Hauptamt und die Schaffung einer evangelischen Oberschulbehörde gefordert wurde. Obgleich die Regierungsvorlage den viel weitergehenden und berechtigten Wünschen der Lehrerschaft noch nicht einmal entsprach, lehnte sich doch das Zentrum dagegen auf und liess von vornherein keinen Zweifel darüber bestehen, dass es nicht gewillt wäre die kirchliche Herrschaft über die Schule auch nur im geringsten beschneiden zu lassen. Als einen Eingriff in die kirchlichen Rechte betrachtete es den Versuch der Regierung die bis dahin ausschliesslich kirchliche Bezirksschulaufsicht zu durchbrechen und wenigstens die Möglichkeit zu schaffen in beson-

ders geeigneten Fällen auch Schulmänner anzustellen. Diese reaktionäre Anmassung fand weder von der Regierung noch von den bürgerlichen Parteien die nötige Zurückweisung, und schon damals zeigte sich, dass die Mehrheit des Landtags sich an eine Beseitigung der konfessionellen Volksschule nicht heranwagte. Da es weder in der Kommission noch im Plenum gelang verschiedene im Interesse der Volksschule wie auch der Lehrer dringend notwendige Verbesserungen durchzusetzen, sah sich die sozialdemokratische Fraktion gezwungen den Entwurf abzulehnen, der trotzdem am 11. Februar 1903 mit 55 gegen 25 Stimmen der Sozialdemokratie und des Zentrums angenommen wurde. In der Standesherrenkammer stellte sich die Mehrheit auf die Seite des Zentrums, und mit 13 gegen 11 Stimmen gelangte ein Antrag zur Annahme, nach dem nur Geistliche als Bezirksschulinspektoren angestellt werden konnten. Damit war die Regierungsvorlage abgelehnt, und der Regierung blieb nichts anderes übrig als den ganzen Gesetzesentwurf zurückzuziehen. Das Verhalten der Standesherren rief im ganzen Lande einen Sturm der Entrüstung hervor. Überall fanden stark besuchte Versammlungen statt, in denen gegen die Politik dieser Kammer Protest erhoben und die Abschaffung dieser Körperschaft als Gesetzgebungskörper gefordert wurde. Auch in der Abgeordnetenkammer sprachen sich die Redner aller Parteien mit Ausnahme des Zentrums dahin aus, dass eine wirksame Verbesserung der württembergischen Schulgesetzgebung ohne eine Revision der Verfassung und eine veränderte Zusammensetzung der Stände nicht durchzuführen sei.

Eine solche Verfassungsrevision hat nun inzwischen stattgefunden, wenn auch damit nicht die Beseitigung der Standesherrenkammer, wohl aber eine Einschränkung des klerikalen Einflusses auf sie in der Weise erreicht worden ist, dass man den aristokratischen Standesherren bürgerliche Elemente zugesellte und so eine gemischtere Zusammensetzung erzielte. Seit zwei Jahren besteht nun diese so veränderte Kammer neben der durch die Verfassungsrevision gleichfalls geschaffenen reinen Volkskammer. Besondere Konflikte hat es in dieser Zeit zwischen beiden noch nicht gegeben, doch lassen sich daraus irgend welche Schlüsse auf die Behandlung der neuen Schulnovelle durch die Standesherrenkammer nicht ziehen, denn die seither gezeigte Friedfertigkeit auf jener Seite kann sehr wohl nur darin ihren Grund haben, dass es an Konfliktsstoff fehlte. Dass man in der Presse der verschiedenen Parteirichtungen die Besorgnis über das Schicksal der neuen Novelle nicht zu unterdrücken vermag, zeigt nur zu deutlich, wie wenig Zutrauen man zu der veränderten Zusammensetzung der Standesherrenkammer hat.

Wie schon bemerkt, bietet das von der Kammer jetzt angenommene Gesetz für eine Reform des Volksschulwesens herzlich wenig, obwohl es in mehreren Punkten über die Regierungsvorlage hinausgeht. Am bedauerlichsten ist, dass es der Sozialdemokratie weder gelang die konfessionelle Gestaltung der Volksschule zu beseitigen noch eine Beschränkung und Zurückdrängung des Religionsunterrichts zu erreichen; ihre hierauf abzielenden Anträge wurden abgelehnt. Das gleiche Resultat hatten die auf Einführung der Simultanschule gerichteten sozialdemokratischen Anträge, da sich die Mehrheit, die aus Zentrum, Konservativen und Nationalliberalen besteht, dagegen erklärte. Der nationalliberale Führer, Professor Hieber, verteidigte die absonderliche Haltung seiner Fraktion mit dem Einwand, diese Neuerung, wie es die Einführung der

obligatorischen Simultanschule ist, würde von der Bevölkerung als unerträglich empfunden werden; freilich blieb er den Beweis für seine Behauptung schuldig. Nicht einmal die fakultative Simultanschule wurde zugelassen. Was die nationalliberale Partei in dieser Richtung zugestand, war eine Konzession ohne jede Bedeutung. Danach sollte den Gemeinden die Möglichkeit geboten werden auf Wunsch von wenigstens 300 beteiligten Familienvätern neben den bestehenden konfessionellen Schulen auch solche simultanen Charakters zu errichten, vorausgesetzt, dass dadurch keine Zersplitterung des Volksschulwesens der Gemeinde herbeigeführt würde. Das sind Voraussetzungen, die nur für eine ganz geringe Zahl grösserer Gemeinden des Landes die Einführung der Simultanschule ermöglichen, noch dazu unter Umständen, die diese Schulart auf das schwerste diskreditieren und in ihrer weiteren Ausbreitung direkt hemmen muss. In den grösseren Gemeinden ist naturgemäss das Bedürfnis nach Einführung der Simultanschule nur ein geringes, da hier in der Regel für beide Konfessionen ausgebaute Schulen vorhanden sind, denen gegenüber durch Schaffung einer Simultanschule nichts gebessert werden kann. Im Gegenteil hätte eine solche Schule, die selbstverständlich zentral gelegen sein müsste, nur zur Folge, dass die Kinder weitere Wege zurücklegen mussten, ohne dass der Schulunterricht für sie irgend welche Vorteile böte. Anders dagegen in den kleineren Gemeinden, wo die konfessionelle Trennung der Schule deren Zersplitterung bewirkt und ihren Ausbau verhindert. Dort würde die Einführung der Simultanschule dieser Zersplitterung des Schulwesens vielfach ein Ende machen und einen auch für die Lehrer willkommenen Ausgleich der Schülerzahl ermöglichen. Hierzu bot der nationalliberale Antrag aber keine Handhabe, weshalb ihm gegenüber nur die Ablehnung berechtigt war, die dann auch erfolgte. Von volksparteilicher und nationalliberaler Seite suchte man diese Ablehnung gegen die Sozialdemokratie zu fruktifizieren, ohne damit aber einen Erfolg zu erzielen.

Mit welcher Verbissenheit die nationalliberal-konservativ-zentrumsparteiliche Mehrheit an der konfessionellen Trennung festhielt, zeigt das Schicksal eines volksparteilichen Antrags, der den Eltern das Recht geben wollte ihre Kinder in die besser ausgebauten Schulen der Mehrheitskonfession zu schicken. Der Antrag wurde abgelehnt, obwohl die in ihm vertretene Forderung noch nicht die Tragweite eines von der Abgeordnetenkammer im Jahre 1836 einstimmig gefassten Beschlusses hatte, wonach die Eltern zwischen beiden Konfessionsschulen völlig freie Wahl hatten. Als Resultat ergab sich aus den langen Debatten lediglich, dass nur für Mittel- und Hilfsschulen die Simultanisierung zugelassen und dass der sogenannte *Dissidentenerlass* des Ministeriums in das Gesetz aufgenommen wurde, wonach die keiner Religionsgemeinschaft zugehörigen Kinder gegen den Willen des Vaters oder sonstiger Erziehungsberechtigter nicht zum Besuch des Religionsunterrichts angehalten werden können.

Einen, wenn auch kleinen, Fortschritt gegenüber dem Regierungsentwurf bedeutet die Herabsetzung der Maximalschülerzahl auf 60 Schüler für einen Lehrer. Bei mehr als 60 Schülern müssen 2, bei mehr als 140 Schülern 3 Lehrstellen errichtet werden, und bei jeder weiteren Steigerung der Schülerzahl um 70 ist die Zahl der Lehrer um einen zu vermehren. Die Sozialdemokratie beantragte die Herabsetzung der Maximalschülerzahl auf 40, um dadurch eine Gleichstellung der Volksschule mit den höheren Schulen und in Verbindung

hiermit die Einführung der Einheitsschule anzubahnen. Sie fand aber in diesem Vorgehen von keiner Seite Unterstützung. Besonders eigentümlich berührte bei dieser Gelegenheit das Verhalten des Kultusministers, der über die finanzielle Tragweite des sozialdemokratischen Antrags eine geradezu abenteuerliche Rechnung aufstellte. Nicht weniger als 99 Millionen sollten für seine Durchführung erfordert werden. Selbstverständlich liess sich das Zentrum die Gelegenheit nicht entgehen dieses ministerielle Rechenkunststück zu einer Hetze gegen die ganze Schulvorlage zu gebrauchen. Wenn die Vorlage schliesslich doch noch zur Annahme gelangte, so ist das nicht dem Verdienst des Kultusministers zuzuschreiben. Auch in der Frage der Schulaufsicht gelang es einen Schritt nach vorwärts zu machen. Leider war ein völliger Ausschluss der geistlichen Schulaufsicht nicht zu erreichen; man musste sich mit ihrer Beschränkung auf die ein- und zweiklassigen Schulen zufrieden geben, die freilich über 80 % aller Schulen des Landes umfassen. Immerhin wird das seitherige Aufsichtsrecht der Geistlichen wesentlich eingeengt. Die Sozialdemokratie wollte die Geistlichen aus dem Ortsschulrat ausscheiden, indes den Gemeinden das Recht geben sie in diese Körperschaft hineinzuwählen. Der sozialdemokratische Antrag fand aber keine Annahme. Dagegen wurde erreicht, dass der Ortsschulrat das Recht der persönlichen Schulaufsicht jedem seiner Mitglieder übertragen kann und dazu nicht mehr auf den Geistlichen angewiesen ist. Wesentlich bedeutungsvoller ist aber, dass die technische Aufsicht in Zukunft dem Ortsschulrat völlig entzogen und dem Bezirksschulaufseher übertragen wird, einem Fachmann, der den Posten im Hauptamt ausfüllt. Ebenso wichtig ist die Schaffung eines selbständigen Oberschulrats, der die Funktionen des evangelischen Konsistoriums und des katholischen Kirchenrats zu übernehmen hat und für die Schulen beider Konfessionen die vorgesetzte Behörde bildet. Bemerkenswert erscheint, dass dieser Beschluss der Regierung aufgezwungen werden musste, und ebenso, dass auch der § 84 des Entwurfs, der die Leitung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichts den Oberkirchenbehörden ausliefern wollte, gegen ihren Widerstand aufgehoben wurde.

Hiermit ist in der Hauptsache der Inhalt des neuen Volksschulgesetzes erschöpft. Es braucht nur noch hinzugesetzt zu werden, dass die obligatorische Einführung des 8. Schuljahres nicht erreicht werden konnte und die Mehrheit auch nicht für die Beseitigung des Schulgeldes zu haben war. Selbst die Gegner des kostenlosen Schulunterrichts mussten zugestehen, dass die aus Schulgeldern erzielten Einnahmen für die in betracht kommenden 2102 Gemeinden von keiner Bedeutung sind, da sie sich nur auf zirka 400 000 Mark im Jahr belaufen.

Obgleich das zu stande gekommene Gesetz auch den Bedürfnissen nach einer gründlichen Reform des württembergischen Volksschulwesens so wenig genügt, sah sich die Sozialdemokratie doch dazu veranlasst ihm zuzustimmen. Der Kampf um die Volksschulreform ist damit noch nicht zu Ende, gleichgültig, welche Stellung die Standesherrenkammer zu diesen Beschlüssen einnehmen wird. Denn die industrielle Entwickelung, die auch in Württemberg neue Verhältnisse geschaffen hat, drängt mit Notwendigkeit zu einer Organisation des Volksschulwesens, die den veränderten Verhältnissen Rechnung trägt.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

England, Frankreich und Deutschland Der Besuch des englischen Königspaares in der deutschen Reichshauptstadt führte zu einer Reihe warmer und im Augenblick zweifellos aufrichtiger Freundschaftsversicherungen in Berlin und später nochmals in London. Ungefähr gleichzeitig konnten Deutschland und Frankreich die schon vor geraumer Zeit eingeleiteten Verhandlungen über ein Marokkosonderabkommen zum Abschluss bringen. Isoliert, nur für sich betrachtet, sind das kaum tiefgehende, lange nachwirkende Ereignisse. Aber sie bekunden doch, im Vergleich zu den Vorjahren, ein allmähliches Hineingleiten der beteiligten Grossmächte in ein anderes, ruhigeres und klippenfreieres Fahrwasser der internationalen Politik.

Man kann nicht bestreiten, dass äusserlich dabei der stärkste Rückzug, die schärfste Abbiegung vom zuletzt eingehaltenen Kurse auf der Seite Deutschlands bleibt. Aber im Grunde hat, wie sich mehr und mehr herausstellt, England gleichfalls resigniert von weiteren Versuchen Abstand nehmen müssen bei wichtigen internationalen Fragen Deutschland geflissentlich zu ignorieren, die Entscheidungen über grosse weltpolitische Interessengebiete ausschliesslich mit Dritten zu vereinbaren und Deutschland alsdann einfach vor die fertige, unabänderliche Tatsache zu stellen. Auch dieses System hat nunmehr innerlich Schiffbruch erlitten und wird kaum so leicht wieder aufleben und fortgesetzt werden. Die Art, wie in der beängstigenden Zwischenzeit Deutschland sein Dasein, vor allem gegenüber Frankreich, in Marokko, vor und nach Algeciras deutlich, und mitunter allzu deutlich, fühlbar machte, mag man bedauern; unerklärlich und von den Gegenparteien ganz unverschuldet war sie nicht. Unterdess haben noch manche andere Erfahrungen, neuerdings wieder im nahen Osten, England gelehrt, dass es nicht so leicht angängig ist die ganze auswärtige Politik in ihrer Richtung einfach auf einen Gegensatz, den gegen Deutschland einzustellen. Es tauchen jederzeit noch genug Fragen auf, wo deutsche und englische Interessen vollkommen oder überwiegend parallel laufen; und umgekehrt sieht man sich durch die allzu einseitig entwickelten Freundschaften gar nicht selten in der wünschenswerten Bewegungsfreiheit gehemmt, an den Dardanellen, in Mittelasien, im Stillen Ozean und noch anderwärts. Hätte man seitens Englands den nahen Appell an die Waffen gewünscht, so wäre vielleicht eine vernichtende Einkreisung Deutschlands vorbereitet gewesen. Im Frieden und bei länger andauernden normalen Zuständen kann man eine Nation von mehr als 60 Mill. Kopfen und von entsprechender wirtschaftlicher Lebenskraft nicht systematisch ausschalten wollen; man schadet sich schliesslich nur selber dadurch. Und Frankreich? Man sagt mit Recht, Deutschland habe zuletzt doch sich dazu bequemen mussen die politische Vorherrschaft Frankreichs in Marokko anzuerkennen. Aber war ähnliches durch frühere Verhandlungen seitens Frankreichs unter keinen Umstanden zu erreichen? Und wenn man in Paris die Sonderverständigung mit England vorzog, hat man durch die erzwungene Passivität in Ägypten nicht eine recht stattliche Gegenleistung dargebracht? Lohnte es, dafür jahrelang auch noch die Furcht vor einem kriegerischen Zusammenstoss mit dem enttäuschten und erbitterten Deutschland nicht loszuwerden, nachdem vorher mehr und mehr ein Einvernehmen zwischen den beiden benachbarten Kontinentalgrossmächten sich unaufhaltsam anzubahnen schien und von massgebenden Berliner Stellen aus nach Möglichkeit gefördert und erstrebt wurde?

Hoffentlich sind nunmehr das neue deutsch-französische Abkommen und die Berliner Tage die Anzeichen einer tiefergehenden Umwandlung in den leitenden Anschauungen der drei Mächte.

× ×

Türkei Der Grosswesir Kiamil, dem das türkische Parlament einen Monat zuvor einstimmig ein glänzendes Vertrauensvotum ausgesprochen hatte, ist Mitte Februar plötzlich durch eine fast ebenso einstimmige Misstrauenskundgebung der Kammer gestürzt worden. Sein Nachfolger ist Hilmi Pascha, der seit dem Dezember das Ministerium des Innern leitete, und der früher mehrere Jahre als Generalinspekteur von Mazedonien sich grosse

Anerkennung, auch bei den Vertretern des Auslands, erwarb.
Die persönlichen Einzelheiten des Regierungswechsels interessieren hier weniger. Dagegen fällt durch die letzten Vorgänge manches überraschende Licht auf die gärend unfertigen inneren Zustände, über die die Turkei sobald kaum hinauswachsen wird. Der Sultansabsolutismus hat vorläufig abgedankt; das *Komitee für Einheit und Freiheit* mit seiner Offizier- und Armeerevolte erwies sich als die überlegene Kraft; die Zusammensetzung des Ministeriums lag seitdem stets in der Hand des Komitees. Aber zum Parlamentarismus und zu wirklichem parlamentarischem Leben hat man es gleichfalls noch nicht gebracht; die Abgeordneten sind zum Teil ziemlich willenlos dem Komitee durch Eid verpflichtet, und auch ohne Eid tanzen sie nicht minder wie das Komitee pfeift. Politische Parteien mit festen Richtlinien existieren noch nicht. Die Scheidung nach Nationen oder Glaubensbekenntnissen würde sofort einen unhaltbaren Wirrwarr und Kampf aller gegen alle hervorrufen. Das durchschnittliche Bildungsniveau ist wohl ebensowenig der raschen Entfaltung einer selbständigen Parlamentspolitik günstig. Massgebend bleibt somit nach allen Richtungen das Komitee: die Kamarilla der Regierung wie des Parlaments, die formell verantwortungslose Nebenregierung der Vertrauensmänner von Armee und Flotte. Ein normales Verhältnis ist das sicherlich nicht. Anerkennen wird man jedoch müssen, dass dabei bisher alles geradezu musterhaft geklappt hat. Die Armee ist nun einmal, neben den modernen Industrieriesenbetrieben, die modernste Schule der Organisationsfähigkeit für die herrschenden Klassen. Aber ewig können solche Zustände nicht dauern. Sie beweisen höchstens, dass der revolutionäre Übergang der Türkei von der alten zur neuen Zeit seinen Abschluss in selbständig lebensfähigen politischen Gebilden noch nicht hat finden können.

× ×

Indien Unterdes hören die für England beunruhigenden Unzufriedenheitsausbrüche in Indien nicht auf, trotz der Reformanläufe Lord Morleys, die anscheinend bisher nur Öl ins Feuer gegossen haben. Dabei beginnt die terroristische Kampfestaktik, die der Zarismus gegen sich wachrief, mehr und mehr den Neigungen der asiatischen Schutzbefohlenen Englands zu entsprechen. Am 10. Februar wurde der öffentliche Ankläger, nebenbei bemerkt selber ein Indier, während der Verhandlung gegen Arabindo Ghose und 33 andere politische Gefangene in voller Sitzung von einem Studenten aus Barisal, dem Herde der Gärung in Ostbengalen, erschossen. Während der Voruntersuchung hatte bereits einer der Hauptzeugen der Regierung, Gossain, das Leben lassen müssen. Einem zweiten öffentlichen Ankläger, Hume, galten seit Ende November nicht weniger als 3 Bombenanschläge gegen Eisenbahnzüge, in denen er reiste. In dem letzten Versuch sah man sogar eine drohende Warnung gegen den Vizekönig Lord Minto selber. Londoner Scharfmacherblätter fordern deshalb zum rücksichtslosen Kampf gegen die Zentren der *anarchistischen* Agitation nicht nur direkt in Indien sondern ebenso in London und Paris auf. Zugleich scheint man solche Hinweise auf die indische Gefahr als Hebel gegen die liberale Partei gebrauchen zu wollen, die früher die oppositionellen Geister selber gerufen habe und nun zu schwächlich sei sie wieder abschütteln zu können.

× ×

Südafrika Dagegen hat die Konsolidierung Südafrikas und die südafrikanische Unionsbewegung einen grossen Schritt vorwärts gemacht. Der Verfassungsentwurf, den die Delegierten der Kapkolonie, Transvaals, des Oranjelandes und Natals beschlossen, ist seiner Annahme in den kolonialen Einzelparlamenten so gut wie sicher. Die bisherigen Sonderstaaten werden dann, wie die Glieder Australiens und Kanadas, Provinzen eines Bundes, *Südafrika* genannt, bilden. Vorbehalten sollen ihnen das Volksschulwesen, die Landwirtschaftspolitik, die Gestaltung der Gemeindeverwaltung bleiben. Der Bund übernimmt vor allem die grossen Aufgaben der Handels- und Verkehrspolitik; doch kann eine Vereinigung von Senat und *House of Assembly* durch Zweidrittelmehrheit die Befugnisse des Bundes noch weiter ausdehnen und die Selbstregierung der Provinzstaaten noch mehr einschränken. Der Beitritt Rhodesiens ist für die Zukunft offengelassen. Ein, wenn auch noch so eingeschränktes Stimmrecht der Eingeborenen kennt der Bund nicht; aber man hat Kapland seine bisherige Regelung dieser Frage gelassen. Die Verwaltung der Eingeborenenschutzgebiete kann England dem Bund über-

tragen. Das Abgeordnetenhaus, die eigentliche gewählte Volksvertretung, wird aus 121 Mitgliedern bestehen: 51 aus Kapland, 36 aus Transvaal, 17 aus der Oranjeflusskolonie, 17 aus Natal. Englisch und Holländisch sind gleichberechtigte Sprachen, in den Parlamenten wie in der Verwaltung.

×

Kurze Chronik Die oldenburgische sogenannte *Wahlreform* wurde am 9. Februar in erster Lesung zu Ende geführt. Danach ist — der einzige hervorragende Fortschritt dabei — das Wahlrecht in Zukunft direkt. Das Wahlalter ist 25 Jahre. Jeder, der 40 Jahre alt ist, erhält eine zweite Stimme. An Stelle der von der Regierung vorgeschlagenen Zweimännerwahlkreise sollen neben 19 Einzelwahlkreisen nur 12 Gruppenwahlkreise gebildet werden. × In Österreich demonstrierten die Arbeiter in erregten Versammlungen gegen die plötzliche Heimschickung des Parlaments, für die die tschechisch-radikalen Lärmszenen einen Vorwand geboten hatten. Das Ministerium Bienerth wurde halb farblos halb reaktionär umgebildet. Die Wiedereinberufung des Reichsrats wird für März erwartet; das Schicksal des Parlamentarismus in Österreich wird wesentlich davon abhängen, ob man dann zu einer arbeitsfähigen Mehrheit gelangt.

Wirtschaft / Richard Calwer

England, Frankreich und Deutschland Es wäre verkehrt die Wirkung des Besuchs des englischen Königspaars in Berlin zu verkennen. Es spricht aus ihm jedenfalls der Wille die Beziehungen zwischen England und Deutschland freundlicher zu gestalten, und damit ist auch die Möglichkeit gegeben die notwendigen Reibungen und Differenzen, die aus der wirtschaftlichen Rivalität beider Länder sich ergeben und bei der ferneren Entwickelung eher stärker als schwächer auftreten werden, auf einem Wege zu erledigen, der den Interessen beider Rivalen gerecht wird. Eine solche friedliche Entwickelung ist in höchstem Masse zu wünschen und anzustreben, aber sie setzt voraus, dass England sich mit der Tatsache des stetigen Erstarkens Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiete abfindet. Denn dieses Erstarken ist ja doch im letzten Grunde die beunruhigende Kraft, die in den politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern stets von neuem Spannungen hervorruft, deren Ernst nicht zu unterschätzen ist. Viel weniger Konfliktsstoff kann sich auf wirtschaftlichem Gebiet zwischen Frankreich und Deutschland ansammeln. Aber um so stärker ist hier auf politischem Gebiet das gegenseitige Misstrauen, das aber im Interesse der mitteleuropäischen Kultur nach Möglichkeit zu bekämpfen ist. Die Gefahren, die aus der Entwickelung der Weltmarktswirtschaft für die mitteleuropäischen Staaten erwachsen, rühren aus ihrer Zersplitterung in allen den Fragen, in denen es gilt sich als geschlossenes Wirtschaftsgebiet gegenüber den grossen Wirtschaftsgebieten von Grossbritannien, Russland, Amerika und Ostasien zu fühlen. Es wird noch harter Schläge bedürfen, bevor die relativ kleinen mitteleuropäischen Volkswirtschaften nach aussen hin als ein grosses, geschlossenes wirtschaftliches Ganzes auftreten. Ja, man wird heute diesen ganzen Gedanken noch als eine grosse Utopie betrachten. Aber wer die Vorteile eines grossen einheitlichen Wirtschaftsgebietes überschaut und an ihnen die Nachteile bemisst, die für das wirtschaftliche Gedeihen ganzer Völker durch die Enge des eigenen Wirtschaftsgebietes entstehen, der wird die wirtschaftspolitische Tendenz zur Schaffung möglichst grosser Wirtschaftsgebiete als eine Fortsetzung der nämlichen Entwickelung begreifen, durch die wir aus den kleinen Territorialwirtschaften heraus zu relativ grossen Nationalwirtschaften gekommen sind. Dass in Europa dieser Entwickelung aus historischen, nationalen und politischen Gründen mehr Schwierigkeiten entgegenstehen als in Amerika, Grossbritannien und Russland, ist nicht zu leugnen; aber nichtsdestoweniger wird auch den mitteleuropäischen Ländern kein anderer Weg für die Erhaltung ihrer kulturellen Suprematie bleiben. Das grösste Hindernis aber, das ein Zusammengehen der mitteleuropäischen Länder erschwert, sind die gespannten Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Alles, was dazu beitragt diese Spannung abzuschwächen und zu beseitigen, muss von unserem Standpunkt aus lebhaft begrüsst werden. Es ist daher klar, dass die neue Vereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland über Marokko einen erfreulichen Fortschritt zur Besserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern bedeutet und zu der Erkenntnis beitragt, dass ein gutes Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich nicht nur eine Garantie

für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens bildet sondern auch die Basis für die Lösung wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Aufgaben ist, ohne die die stetige und kräftige Vermehrung des materiellen Wohlstandes fortwährend in Frage gestellt, verzögert oder zum Teil gar unmöglich gemacht würde.

×

Kohlenbergbau Nachdem fast das ganze Jahr 1908 hindurch der deutsche Kohlenbergbau sich noch in relativ befriedigender Lage befunden hatte und von der gewerblichen Krise selbst auch wenig in Mitleidenschaft gezogen war, setzte gegen Ende 1908 eine recht ungünstige Wendung ein: der Kohlenmarkt ermattete auffallend stark und plötzlich. Im laufenden Jahr aber hat sich die Situation noch so verschärft, dass der Arbeitsmarkt überaus nachteilig beeinflusst wird. Feierschichten, Lohnherabsetzungen und Entlassungen nehmen vor allem auf den Zechen Rheinland-Westfalens überhand und vermehren das an sich schon sehr hohe Überangebot auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt noch empfindlich. Wenn auch direkte Entlassungen vielfach vermieden werden, der Verdienstausfall für die zahlreichen Arbeitskräfte ist gross genug, um Handel und Wandel in Rheinland-Westfalen beträchtlich zu schädigen. Wie lange die Stagnation im Kohlenbergbau dauern wird, ist nicht vorauszusehen. Würde das Frühjahr auch nur einen einigermassen kräftigen Aufschwung des Geschäftslebens bringen, so dürfte man hoffen, dass die Stagnation sich wenigstens nicht weiter verschärfen würde. Es hängt vor allem von der Unternehmungslust des Grosskapitals ab, ob das Frühjahr wieder freundlichere Ausblicke bringt.

×

Fleischverbrauch Vor kurzem hat das Reichsgesundheitsamt eine Berechnung des Fleischverbrauchs in Deutschland veröffentlicht, die zu sehr hohen Ergebnissen kommt. Nach dieser Berechnung kamen auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1904 52,05 kg. Fleisch, 1905 51,39, 1906 50,29, 1907 52,59 kg. Keine andere Berechnung, selbst nicht die des *Deutschen Landwirtschaftsrats*, erreicht solch hohe Jahresziffern. Eine nähere Betrachtung der Berechnungsmethode, die ich an anderer Stelle vorgenommen habe, ergibt auch, dass das kaiserliche Gesundheitsamt zu Ergebnissen gelangt ist, die keineswegs einwandfrei sind. Das muss um so mehr hervorgehoben werden als versucht worden ist diese Ziffern gewissermassen als über jeden Einwand erhaben hinzustellen. Das sind sie nicht und können sie bei der eingeschlagenen Berechnungsweise auch nicht sein.

×

Kurze Chronik In einer Versammlung, die am 5. Januar stattfand, beschlossen die schweizerischen Müller über deutsches Getreide und deutsche Mehlprodukte den Boykott zu verhängen. × In Halle a. S. wurde am 18. Januar eine mitteldeutsche Braunkohlenkonvention gebildet. × Am 23. Januar kam unter dem Namen *Zinkhüttenverband* ein internationales Zinksyndikat zu stande. × Eine in Newcastle o. T. am 26. Januar abgehaltene Reederversammlung hat die Gründung eines internationalen Reederverbands beschlossen. × Am 3. Februar beschloss die oberschlesische Kohlenkonvention eine Fördereinschränkung von 10% gegenüber dem Vorjahr. × Anfang Februar wurden verschiedene Gegenden Deutschlands durch Hochwasserkatastrophen schwer heimgesucht. × Am 10. Februar wurde die Diamantenregie in Deutsch Südwestafrika als Kolonialgesellschaft mit 2 Mill. M. Kapital gegründet. × Nach *Iron Age* blieb der Handel auf dem amerikanischen Eisenmarkt auch in der ersten Hälfte des Monats Februar schleppend. × Eine von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie Berlins veranstaltete Arbeitslosenzählung stellte am 14. Februar für Gross Berlin 101 300 Arbeitslose fest. × Der Reichsbankdiskont wurde am 16. Februar von 4 auf 3½% ermässigt.

Gewerkschaftsbewegung / Ernst Deinhardt

Tarifbewegung Zwischen dem *Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe* und sämtlichen in betracht kommenden Gehilfenverbänden ist ein Vertrag abgeschlossen worden, durch den sämtliche bestehende Tarifverträge in diesen Organisationen durch die Hauptvorstände übernommen werden. Zugleich wurden in diesem Vertrag einheitliche Bestimmungen über den Abschluss von Tarifverträgen, Arbeitsverträgen, über die Einsetzung von Tarifüberwachungs-

kommissionen und die Vermittelungstätigkeit der Hauptvorstände im Falle von Tarifstreitigkeiten getroffen. Weiter wurde auf Antrag des Unternehmerverbandes die beiderseitige Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht alsbald mit den Vorarbeiten zu einem nationalen Tarifvertragswesen zu beginnen.

Im Kürschnergewerbe ist es zum Abschluss eines Reichsvertrags gekommen. Kontrahenten des Vertrags sind der *Verband vereinigter Rauchwarenzurichterei- und Färbereibesitzer Deutschlands* und der Kürschnerverband. Der Vertrag verpflichtet die Unternehmer nur solche Gehilfen zu beschäftigen, die dem *Deutschen Kürschnerverband* angehören, andererseits die Gehilfen nur bei Unternehmern zu arbeiten, die Mitglieder des *Verbands vereinigter Rauchwarenzurichterei- und Färbereibesitzer Deutschlands* sind oder, soweit die auf eigene Rechnung fabrizierenden Rauchwarenhändler in betracht kommen, bei diesen nur dann, wenn sie nicht unter dem vom Verband herausgegebenen Fabrikationstarif produzieren. Die kontrahierenden Unternehmer sind auch verpflichtet Gehilfen, die um Durchführung des Tarifs kämpfen, in Arbeit zu nehmen. Maschinenarbeit darf nur von Gehilfen ausgeführt werden, und zwar, solange nicht ein Maschinentarif festgesetzt ist, zu einem Mindestlohn von 60 Pf. Der Vertrag enthält für alle vorkommenden Kürschnerarbeiten ein Preisverzeichnis; er garantiert den Arbeitern einen Lohnzuschlag von 10 % und die 9½stündige Arbeitszeit. Ferner sind im Vertrag Bestimmungen über die Lehrlingshaltung und die Entlassung der Arbeiter getroffen.

× ×

Bergarbeiter Wiederum brodelt und gärt es in den Bergarbeitermassen recht bedenklich. In geradezu provokatorischer Weise haben die Werksherren die Arbeiter bedrückt und durch scharfmacherische Massnahmen immer wieder gereizt und herausgefordert. Es sei nur an die besonders im Ruhrgebiet übliche Ächtung der Arbeiter durch schwarze Listen erinnert. Tausende von Bergarbeitern sind so in den letzten Jahren auf die Proskriptionsliste gesetzt, dem Hungern überantwortet worden, zum Teil ohne dass sie auch nur eine Ahnung davon hatten. Weiter macht sich unter den Arbeitern wachsende Unzufriedenheit über die höchst mangelhaften Einrichtungen zum Schutz der Bergarbeiter vor Unfallgefahren bemerkbar. Von Jahr zu Jahr steigen die Unfallziffern und besonders die Zahl der tödlichen Unglücksfälle, und nichts geschieht, um diese skandalösen Verhältnisse zu beseitigen. Regierung und Gesetzgebung stehen den Forderungen der Arbeiter in der Hauptsache teilnahmlos gegenüber; die Rücksicht auf das Werkskapital lässt es zu einer entschiedenen gesetzgeberischen Tat zum Schutz der Bergarbeiter nicht kommen.

Nun hat aber das schreckliche Unglück auf der Zeche *Radbod* in weiten Kreisen für die Forderungen der Bergarbeiter Interesse erweckt. Um diese Stimmung nicht ungenutzt verrauschen zu lassen, hatten die Organisationsleitungen des *Alten*, des Hirsch-Dunckerschen und des polnischen Verbands einen allgemeinen Bergarbeiterkongress nach Berlin einberufen. Die christlichen Bergarbeiter hatten sich, wohl in Rücksicht auf die Zentrumspartei, an dem Kongress nicht beteiligt, doch wurde die Tagung, die vom 1. bis zum 3. Februar stattfand und von 136 Bergarbeiterdelegierten beschickt war, trotz alledem zu einer bedeutsamen Demonstration für ausreichenden Bergarbeiterschutz. In eingehenden interessanten Debatten wurden da die Forderungen der Bergarbeiter: Anstellung von Grubenkontrolleuren aus den Reihen der Arbeiter, Einführung eines Reichsberggesetzes, Verbot und Bestrafung des Systems der schwarzen Listen und der dauernden Sperren, begründet. Der Kongress hat eine gute Presse gehabt.

× ×

Tabakarbeiter Auch die Tabakarbeiter hatten einen Kongress nach Berlin einberufen, und zwar auf den 18. Januar, um gegen die Tabaksteuervorlage zu demonstrieren. Die Tabakindustrie wird schon seit 30 Jahren durch Zollvorlagen und Tabaksteuervorlagen aller Art beunruhigt. Auch die Arbeiterschaft hat unter diesen Verhältnissen sehr zu leiden gehabt; die ungünstigen Lohnverhältnisse in der Tabakindustrie legen davon Zeugnis ab. Nun ist wieder eine bedeutende Steuerbelastung des Tabaks geplant, durch die schwere Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie hervorgerufen werden dürfte, was naturgemäss wiederum zu einer bedeutenden Verschlechterung der Lebenslage der gesamten Tabakarbeiterschaft führen muss. Auch die Kistenmacher, Lithographen und Buchbinder dürften

unter dem Gesetz schwer zu leiden haben, da es für sie verminderte Arbeitsgelegenheit bringt. In den beteiligten Arbeiterkreisen setzt man begreiflicherweise alle Hebel in Bewegung, um das Unheil zu verhüten, die Annahme der den Arbeitern so verhängnisvollen Tabaksteuervorlage zu verhindern. Die erregte Stimmung der Arbeiter über diese arbeiterschädigende Gesetzesmacherei fand auf dem Tabakarbeiterkongress beredten Ausdruck. Aus allen Teilen Deutschlands waren Vertreter der Tabakarbeiterschaft und der Arbeiterschaft der Hilfsindustrieen in grosser Zahl erschienen; insgesamt nicht weniger als 345 Delegierte. Eingeleitet wurden die Verhandlungen durch ein grosszügiges Referat von Elms, an das sich eine sehr ausgedehnte Debatte knüpfte. An dieser beteiligten sich Tabakarbeiter der verschiedensten Branchen aus allen Teilen des Reichs sowie Vertreter aller Hilfsindustrieen. Das Ergebnis der Verhandlungen war die einstimmige Annahme einer längeren Resolution, in der zum Ausdruck gebracht wurde, dass der Kongress, der die Vertretung von 168 245 Arbeitern aus 758 Orten darstellte, in der von der Regierung vorgeschlagenen Tabakverbrauchssteuer eine schwere Schädigung der gesamten Industrie erblicke. Die Banderolensteuer habe in den Ländern, wo sie eingeführt sei, die Entwickelung der Industrie gehemmt. Deshalb müsse die Banderolensteuer fallen, und nicht nur das, es müsse von jeder weiteren Belastung des Tabaks abgesehen werden, damit endlich erträgliche Arbeiterverhältnisse in der Tabakindustrie durchgeführt werden könnten. Leider besteht nur wenig Hoffnung, dass es den Tabakarbeitern gelingt dieses Attentat auf ihre Existenz abzuwehren.

× ×

Werftarbeiter Am 2. und 3. Januar fand in Hamburg eine Konferenz der auf den Werften beschäftigten Arbeiter statt. Es waren ausser Vertretern der Vorstände der beteiligten Zentralverbände 153 Delegierte erschienen, und zwar waren alle auf Werften beschäftigten Arbeiterkategorieen und alle Seeschiffswerften vertreten. Die Konferenz war in der Hauptsache dazu bestimmt die Arbeiter der Seeschiffswerften einem langentbehrten und langersehnten Ziel näher zu bringen: der einheitlichen Aktion gegenüber dem einheitlich vorgehenden Unternehmertum. Es kam denn auch zur einstimmigen Annahme eines Regulativs, wonach von seiten der Zentralvorstände der beteiligten Organisationen zwecks Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Aktion auf den Werften eine Kommission eingesetzt wird, die den Namen *Zentralwerftkommission* führen und ihren Sitz in Hamburg haben soll. Die Kommission soll alle Vorgänge auf den Werften, die zu Konflikten führen könnten, fortlaufend beobachten und Stellung dazu nehmen. Bei Eintritt von Konflikten soll die Kommission begutachten, welche Massnahmen im speziellen Falle geboten sind. Falls erforderlich hat die Kommission im Einverständnis mit den Zentralvorständen Verhandlungen mit den Seeschiffswerften anzubahnen. Bei Lohnbewegungen soll sie für eine einheitliche Berichterstattung an die Presse Sorge tragen. Die Genehmigung von Angriff- oder Abwehrbewegungen auf den Werften darf ohne vorherige Anhörung der Kommission von keiner Organisation erfolgen. An den einzelnen Werftorten sollen analog der Zentralwerftkommission Ortskommissionen gebildet werden, die den Verkehr der Werftarbeiter mit der Zentralkommission vermitteln, das heisst letztere bei Durchführung ihrer Aufgabe unterstützen sollen. Mit der Schaffung dieser Einrichtung dürfte die gewerkschaftliche Aktion auf den Werften künftighin wesentlich erleichtert werden.

× ×

Dienstbotenorganisation Eine Konferenz, die die *Generalkommision* von Vertretern der bestehenden Hausangestelltenvereine einberufen hatte, tagte am 17. Januar in Berlin, um zu der Frage der Vereinheitlichung der Hausangestelltenorganisationen Stellung zu nehmen. Vertreten waren die Vereine von Berlin, Bremen, Breslau, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Heidelberg, Kiel, Leipzig, Lübeck, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, ferner waren aus den meisten dieser Orte Vertreter der Gewerkschaftskartelle anwesend, ausserdem hatten die *Generalkommission*, die gewerkschaftliche Frauenagitationskommission und die Fünfstädtefrauenkommission Vertreter entsandt. Nach einer Übersicht des Genossen Bauer von der *Generalkommission* bestanden Ende des vergangenen Jahres 18 Hausangestelltenvereine mit insgesamt 5711 Mitgliedern, die in der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. September 1908 eine Einnahme von 22 380,31 M. und eine Ausgabe von 19 220 M. zu verzeich-

nen hatten. Der Kassenbestand betrug 7120,14 M. Da die bereits vorhandenen Vereine eine genügende Grundlage für eine Zentralorganisation bieten, wurde auf Vorschlag der *Generalkommission* die Gründung einer solchen einstimmig beschlossen. Der Name des Verbands lautet *Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands.* Zweck der Organisation ist die allseitige Förderung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder. Dieser Zweck soll durch Einwirkung auf die Gestaltung des Dienstvertrags, Gewährung von Rechtsschutz und Krankenunterstützung, Errichtung kostenloser Arbeitsnachweise nur für Mitglieder, obligatorische Lieferung des Verbandsorgans und Pflege der Geselligkeit und der Solidarität durch Abhaltung regelmässiger Versammlungen und Veranstaltung aufklärender Vorträge erreicht werden. Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pf., der monatliche Beitrag 40 Pf. Die Ortsgruppen sind berechtigt lokale Zuschläge zu erheben. Krankenunterstützung wird nach 1jähriger Mitgliedschaft gewährt, und zwar von der 2. Krankheitswoche an auf die Dauer von 6 Wochen 3 M. pro Woche, nach 2jähriger Mitgliedschaft 3,50 M. pro Woche auf die gleiche Dauer. Sitz des Verbands und Erscheinungsort der Verbandszeitung ist Berlin. Der Ausschuss hat seinen Sitz in Hamburg. Der Verein übernimmt die bisher von dem Berliner Verein herausgegebene Monatsschrift als Verbandsorgan, das künftig den Titel *Zentralorgan des Verbandes der Hausangestellten* führt. Dem Verband wurde zur Durchführung seiner schwierigen Organisationsarbeit die weitgehende Unterstützung der *Generalkommission* und der Gewerkschaftskartelle in Aussicht gestellt.

× ×

Österreich Nach dem soeben herausgegebenen Rechenschaftsbericht der österreichischen *Gewerkschaftskommission* für das Jahr 1908 haben die österreichischen Gewerkschaften nach vorläufigen Schätzungen rund 25 000 Mitglieder verloren bei rund 17 000 Neuaufnahmen, so dass ein effektiver Verlust von 8000 verbleibt. Auch hier hat sich die Krisis sehr bemerkbar gemacht, haben doch manche Gewerkschaften das Doppelte, ja Dreifache für Arbeitslosen-, Reise- und Notfallunterstützung verausgabt gegenüber anderen Jahren. Nach einer vorläufigen Feststellung wurden im Jahre 1908 insgesamt rund 2 Mill. K. für Arbeitslosenunterstützung verausgabt, um eine halbe Mill. K. mehr als im Vorjahr. Eine Leistung der unter so schwierigen Verhältnissen gegründeten Gewerkschaften in Österreich, deren sie sich wahrlich rühmen dürfen. Leider hat auch im vergangenen Jahre die nationale Zersplitterung unter den österreichischen Gewerkschaften wieder Fortschritte gemacht. Hat sich doch nunmehr auch im österreichischen Metallarbeiterverband, einer Organisation von rund 63 000 Mitgliedern, eine Absonderung von tschechischen Arbeitern vollzogen. Dabei war gerade im Metallarbeiterverband den nationalen Wünschen und Eigenarten der Mitglieder in weitgehendem Masse Rechnung getragen worden.

× ×

Kurze Chronik Wie der *Fachgenosse*, das Organ des Glasarbeiterverbands, mitteilt, sind zwischen den Vorständen der Verbände der Glasarbeiter, Porzellanarbeiter und Töpfer Verhandlungen zwecks Gründung eines Industrieverbandes für die keramischen Industrieen geführt worden, die auch jetzt noch fortgesetzt werden. × Im Handschuhmacherverband ist durch die am 30. Januar vorgenommene Urabstimmung mit 1458 gegen 952 Stimmen der Anschluss dieser Organisation an den Lederarbeiterverband beschlossen worden. × Die *Dachdeckerzeitung* erscheint seit Beginn dieses Jahres wöchentlich. Bisher kam sie alle 14 Tage heraus.

× ×

Literatur Weitgehende Beachtung verdient die vom Holzarbeiterverband herausgegebene umfangreiche Schrift *Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie* /Stuttgart, Dietz/. Der Holzarbeiterverband hat von jeher grossen Wert auf die Pflege der Statistik gelegt. Allgemeine Statistiken über die Lage der Holzarbeiterschaft sind von ihm in den Jahren 1893, 1897, 1902 und 1906 durchgeführt worden, deren Resultate dann jeweils der breitesten Öffentlichkeit durch entsprechende Publikationen zugänglich gemacht worden sind. Über die letzte Statistik von 1906 wird in dem uns vorliegenden Buch berichtet. Die Erhebung erstreckte sich auf nicht weniger denn 15 168 Betriebe mit insgesamt 211 450 darin beschäftigten Personen. Es wurde für alle an der Erhebung beteiligten Arbeiter eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von

57,0 Stunden festgestellt (gegen 58,3 1902, 59,3 1897 und 61,5 Stunden 1893) und ein Durchschnittswochenlohn von 25,18 M. (gegen 21,79 M. 1902, 19,96 M. 1897 und 18,69 M. 1893). Daraus folgt, dass die gewerkschaftlichen Erfolge sich immerhin sehen lassen können, trotz der Unkenrufe einiger radikaler Parteitheoretiker über die Aussichtslosigkeit des Gewerkschaftskampfes. × Vom Buchbinderverband ist im Oktober 1906 eine Erhebung über die Lage der Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen in Deutschland vorgenommen worden, über deren Ergebnisse in einer vom genannten Verband herausgegebenen Schrift berichtet wird. Im allgemeinen ist die Lage dieser Arbeiterkategorie recht ungünstig. Von dem selben Verband ist vor einigen Monaten ein 272 Seiten starkes *Handbuch für die Bevollmächtigten* erschienen, das dem besten, was auf diesem Gebiet publiziert ist, an die Seite gestellt werden kann. Auch sein *Jahrbuch für das Jahr 1909* ist an dieser Stelle zu erwähnen, und schliesslich noch eine originelle Agitationsbroschüre, betitelt *Im Spiegel des Lebens.* × Von wichtigen Gewerkschaftsschriften ist noch an erster Stelle zu nennen die vom Zentralvorstand des Zimmererverbandes herausgegebene 288 Seiten starke Schrift *Der Tarifvertrag im deutschen Zimmerergewerbe mit besonderer Berücksichtigung der Tarifbewegung im Jahre 1908.* Diese Schrift bedeutet eine wichtige Erweiterung unserer gewerkschaftlichen Tarifliteratur. Zum Schluss sei noch ein vom Vorstand des Brauerverbandes herausgegebener *Leitfaden für Vertrauensleute, Zahlstellenvorstandsmitglieder und Revisoren* erwähnt.

Geistige Bewegung / Wilhelm Hausenstein

Kirche und Sozialdemokratie Man beginnt auf christlicher und kirchlicher Seite das Verhältnis des Christentums zum Sozialismus und des Sozialismus zum Christentum ernsthafter zu diskutieren und eine vorurteilslosere Stellung zur Sozialdemokratie einzunehmen. Lange Zeit hatte ja jedes Verständnis für unsere Bewegung gefehlt; Stöckers Gruppe entwickelte sich als die bissigste Kampfpartei gegen die Sozialdemokratie. Wir dürfen uns nun nicht den Vorwurf machen lassen, den wir mit Recht bisher gegen Christentum und Kirche ausgesprochen haben: es fehle an Verständnis für das Neue. Was sich nämlich gegenwärtig in ernsten Christen und selbst in Kirchenkreisen entwickelt, das ist tatsächlich ein neues Verhältnis zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie. Damit ist nicht gesagt, dass wir nun auf dieses Verhältnis eiligst zustimmend eingehen müssen: aber beschäftigen müssen wir uns damit, und nicht nur aus parteipolitischem sondern auch aus allgemein menschlichem Interesse Gibt es doch keine Partei, der zuletzt beides so ernsthaft identisch ist.

Pastor Georg Liebster beschäftigt sich mit dem Problem der politischen Neutralisierung der Kirche. Sein Buch, das unter dem Titel *Kirche und Sozialdemokratie* /Giessen, Töpelmann/ erschien, enthält eine Anzahl sehr guter Gedanken, ist mit Mut und Persönlichkeit geschrieben, mündet aber zuletzt doch in einen scholastisch herausdestillierten, empörenden Pietismus und Quietismus aus; mag es den Pfarrern auch noch so viele unbequeme, ungewohnte Arbeit zumuten. Man muss das Buch von Kutter gelesen haben, von dem nachher noch die Rede sein wird, um dies Urteil billig zu finden. Liebster stabiliert im Grunde eine doppelte Moral: eine biblische für die Bibelleser, fürs christliche Gemüt, und eine weltliche für Wirtschaft und Politik; zwei Sittensphären, die sich nicht berühren und doch in einem Menschen sind. Er findet, »dass das Christentum im Grunde nur eindeutig orientiert ist, nämlich auf das Ewige, Transzendente hin«. »Die Kulturaufgaben sind ihm [dem Christentum] allerdings im Laufe der Geschichte zahlreich aufgeladen worden, aber es hat sich in ihnen nicht wohl gefühlt, es ist durch sie mehr oder weniger von seinem eigentlichen Beruf abgelenkt worden. Es ist für Kulturaufgaben wenig befähigt, weil seine Ethik gar nicht für sie passt. Dieselbe entspricht völlig den transzendenten Zielen, kann überhaupt nur von diesen aus verstanden werden; der Welt und dem Erdenleben gegenüber ist die christliche Ethik ganz negativ . . . Die christliche Ethik ist für das Leben auf der Erde unbrauchbar . . . Die christliche Ethik ist und bleibt ein Ideal, das auch für den vom christlichen Geiste am tiefsten Durchdrungenen nicht zur Grundlage seines irdischen Lebens werden kann . . .« Der selbe Standpunkt, den D. F. Strauss vor einem Menschenalter in seinem Buch *Der alte und der neue Glaube* bereits vertreten hat: bloss dass Strauss ganz darauf verzichtete mit einer elfenbeinernen Ethik für die Vitrine in der guten

Stube aufzuwarten. Liebster zieht ganz andere Konsequenzen: Er erklärt, dass der Christ mit wirtschaftlichen und sozialen Dingen genau genommen nichts zu tun habe, nämlich in seiner spezifischen Eigenschaft als Christ. »Die Besserung des leiblichen oder wirtschaftlichen Zustands der Menschen ist im Vergleich mit dem ewigen Heil in Gott höchst unwichtig . . . Wo die christliche Religion an Intensität zunimmt, konzentriert sie das menschliche Denken und Fühlen im Jenseits . . . Zudem sind wir der Ansicht, dass der Geist des Christentums, wo er heute rein und kräftig auftritt, noch wie früher an den Weltzwecken vorübergeht . . .« Wie macht es Pastor Liebster nun, um es zu rechtfertigen, dass der Christ sich doch mit den weltlichen Dingen befasst? Äusserst einfach. Der Christ zieht eben den Christen aus; er verleugnet sein Spezifikum. »Kein Mensch ist von einem Prinzip beherrscht. Ein ganzer Christ im Sinne einer völligen Alleinherrschaft der christlichen Tendenz ist ein Unding. Jeder hat neben dem Willen in Gott zu sein den anderen Willen auf Erden zu leben. Aus diesem letzteren ergeben sich die zahlreichen Betätigungen des beruflichen Lebens, auch die Politik . . . nur sollen sie nicht im Namen des Christentums betrieben werden, nur muss in der Seele auseinandergehalten werden, was zum Himmel und was zur Erde weist . . .« In der Seele. O, über diese virtuose Seele! Man könnte meinen, diese sonderbare Lehre sei als Apologetik zu gunsten des kapitalistischen Christentums gemeint. Das ist gar nicht der Fall; Liebster meint es in seiner Weise durchaus ernst. Sein Buch ist nur ein objektiver, kein subjektiver Jesuitismus. Liebster will das Christentum und die Kirche, diese »weltliche Organisation des aufs Jenseits gerichteten Willens«, diese »religiös moderierte Weltlichkeit«, gegenüber allen weltlichen Dingen, also auch gegenüber Kapitalismus, Staatsregierungen, Parteien neutralisieren. So erklärt er eine christlichsoziale Parteibildung, christliche Arbeitervereine, christliche Gewerkschaften, pastorale Festreden bei Sedanfesten und Kaisergeburtstagsfeiern für verhängnisvoll. Das Christentum ist weltlichen Dingen gegenüber neutral; in ihrer Richtung, ihren Zielen ist es auch die Kirche, die Propagandaorganisation des Christentums, wenn auch nicht in ihrer materiellen Existenzform. Dem Staat gegenüber befindet sie sich im Verhältnis einer überlegen gehorchenden Passivität. »Sie muss jederzeit ihre Hände in Unschuld waschen können und darf nicht das Risiko für andere tragen.« »Mit . . . Gehorchen und Beten ist alles erschöpft, was sie Positives für ihn leisten soll und darf. Der Gehorsam schliesst in keiner Weise eine innere Anteilnahme an dem jeweiligen Befehl oder Gesetz des Staates ein . . .« Die Kirche darf den Staat nicht gegen die Sozialdemokratie unterstützen und nicht die Sozialdemokratie gegen den Staat. Sie darf die Sozialdemokratie höchstens vor gewaltsamer Selbsthilfe warnen und — welche Logik! — sie den Gehorsam gegen die Obrigkeit lehren. Freilich bloss lehren. Denn die Domäne des Christentums und der Kirche ist »das Wort«. Man sieht, dass diesem peinlich gewundenen Gedankengang Einsicht nicht fehlt; mancherorten zeigt sich ein aus ernsthaftem Studium geborenes Verständnis für das Wesen und die Verdienste der Sozialdemokratie. Ich bin loyal genug bei diesen erquicklicheren Dingen nicht zu verweilen, sondern, wie man sieht, dem Pastor auf dem Gebiet zu parieren, das ihm am nächsten liegt und ihm die Sozialdemokratie ja doch zu einer bedeutungslosen Welterscheinung zusammenschrumpfen lässt: der christlichen Ethik. Ungefähr gleichzeitig mit Liebsters Buch erschien ein neues Werk des Schweizer Pfarrers Hermann Kutter *Die Revolution des Christentums* /Leipzig, Haessel/. Nicht unter allerhand mühseligen Verrenkungen sucht Kutter das Christentum der Zeit und der Zukunft zu erhalten sondern mit einem einzigen, tief im Menschlichen gegründeten Impuls. Auch Liebster versichert uns, er umschliesse mit christlicher Liebe die Sozialdemokratie, und nichts hindert uns an die Wahrhaftigkeit seiner Aussage zu glauben. Aber neben dem, was Kutter *Liebe* nennt, was Kutter mit seiner Liebe macht, ist Liebsters Verkündigung unsäglich krüppelig und armselig. Wir haben von Kutter schon einige Bücher erhalten. Eins nach dem anderen atmete die Kraft des Propheten, sprach die Sprache des unmittelbar die Sache treffenden Künstlers, der von der hohen Kraft einer urmächtigen Überzeugung gestählt ist. Mit gewaltigen Schlagen räumt Kutter die Lehre vom rein transzendenten Charakter des Christentums hinaus. In einer hinreissenden Kapitelfolge persifliert er diejenigen, die das Christentum als eine platonische Gemüts-

angelegenheit bezeichnen, die behaupten, »dass es ein blosses Innenleben, abgetrennt vom äusseren, gebe, dass ein Innenleben gedeihen könne, dessen tiefste Wahrheiten nichts als süsse Gefühle, Ahnungen einer jenseitigen Seligkeit, nicht Geist, der ins Leben hinüberströmt, sein sollen. ... Dieses Innenleben, von dem das konfessionelle Christentum so viel Aufhebens macht, ist der Tod.« Kutter bricht radikal mit jenem niederträchtigen Syllogismus, der, einerlei ob christlich oder nicht, das Elend der Massen postuliert, damit er seine eigene Gerechtigkeit bewähren, gute Werke tun und allen Nadelöhren zum Trotz doch ins Himmelreich gelangen könne. Die Armut der Masse ist für Kutter nicht Lebensbedingung des Christentums. Er will im Gegenteil, dass das Christentum, die Christenheit zu einer positiven, grosszügigen Sozialpolitik greife, ja, dass man sich als Christ direkt mit den Grundforderungen des Sozialismus identifiziere. Nicht Neutralität gegenüber der Sozialdemokratie und den Parteien ist hier die Parole; nichts ist bei Kutter von jener klüglichen Pietistendiplomatie, nein, hier ist alles Kraft, Wucht, Entschiedenheit, Entschiedenheit in einer ganz bestimmten Richtung grossartiger irdischer Wohlfahrtspolitik. »Die Schmach, die dem Christentum mit dem Satz vom Segen der Armut angetan wurde, soll aufhören. ... Elend und Christentum dürfen nicht mehr wie zwei zusammengehörende Dinge mit einander kombiniert, nein, es muss der ganzen Welt klar gemacht werden, dass wahres Christentum alles und jedes Elend austreibt und überwindet.« Die Liebe kann dann aber unmöglich charitativ bleiben; sie muss *ganze* Arbeit machen: ganze Arbeit im Sinn des Sozialismus. »Sozialismus und Liebe wollen in der Hauptsache das selbe ... Das einzelne wird sich immer wieder in Frage gestellt sehen. Die Wahrheit ist einfach, aber nicht der Weg zu ihr. Die Menschen begehen immer wieder den Fehler die Grössen, die ihr Denken aufstellt, gegen einander auszuspielen, als bestehe die Wahrheit in der Ausschliesslichkeit, womit ein Faktor gegen andere sich geltend zu machen verstehe, und nicht vielmehr darin, dass die nur von unserm beschränkten Blicke im Sehwinkel der Gegensätzlichkeit angeschauten Grössen alle sich zur Harmonie eines und des selben Lebenssinnes, der sie durchströmt, ergänzen ...« Das Heil des Christentums beruht für Kutter darauf, dass es sich dem Urchristentum wieder angleicht; nicht im Sinne eines primitiven charitativen Kommunismus, denn der wäre heute deplaciert; wenn man aber den grossen *Gemeinschaftsgedanken*, den der Sozialismus mit dem apostolischen Zeitalter gemein hat, wieder denken lernt, wenn man weiss, das der Sozialismus und die christliche Liebe »beide revolutionär« sind, dass sie »beide hassen« müssen, um zum Ziel zu kommen, dann ergibt sich in der Gegenwart in wirtschaftlichen Fragen die Zielgleichheit für Sozialismus und Christentum. So Kutter. Ohne am dogmatischen Teil des Christentums festhalten zu können, glaube ich das Recht zu haben Kutter zuzustimmen, wenn er sagt, dass dem Sozialismus das Motiv der Liebe mächtig am Leben wirkt. Diese Liebe als eine Lebensäusserung Gottes zu betrachten, den Sozialismus, wie Kutter tut, als einen blinden Agenten der göttlichen Weltliebe anzusehen kann ich mich nicht entschliessen; dazu gehören andere persönliche Glaubensvoraussetzungen als ich sie habe. Aber das ist klar: selbstverständlich ist der Sozialismus keine rein wirtschaftspolitische Bewegung. Seine Arbeit ist nicht darauf gerichtet der Menschheit den Magen zu füllen und dann von hinnen zu gehen. Als wirtschaftspolitische Bewegung hat es der Sozialismus mit der Schaffung günstiger wirtschaftlicher Voraussetzungen zu tun: aus denen aber alsdann die Entwickelung eines blühenden demokratischen Geisteslebens kommen soll. Die Schaffung dieser Voraussetzungen erfüllt notwendig die Gegenwartspolitik der Sozialdemokratie, aber sie erschöpft nicht alle Möglichkeiten des Sozialismus und seine letzte Bedeutung. Kutter selbst denkt unter den Einflüssen der ökonomischen Geschichtsauffassung. Er weiss, dass die Blüte religiösen Lebens eines gediegenen wirtschaftlichen Bodens bedarf. Aber er gibt der Sache zugleich eine metaphysische Wendung, zu der ihn sein persönlicher Glaube ja berechtigt. »Der Sozialismus spricht dem sogenannten *Geistesleben* der Menschen jede Selbständigkeit ab, weil er dem Geiste selbst zustrebt. Es ist ihm nicht möglich jene intellektuellen, moralischen und religiösen Gebilde, in welchen sich mehr oder weniger deutlich doch nur die ökonomischen Zustände ihrer Zeit spiegeln, Geist im eigentlichen Sinne zu nennen, weil ihm hier das charakteristische Merkmal des

Geistes, die Selbständigkeit, zu fehlen scheint.« Aber »nur den falschen, den gefangenen, noch nicht in sich selbst erstarkten und deshalb von der materiellen Welt in ihre eigenen Dienste gezwungenen Geist leugnet er, weil er eine Ahnung davon hat, dass, wenn einmal das falsche Verhältnis, in welchem jetzt der Geist zur Materie steht, dem wahren gewichen sein wird, dann auch der Geist zu einer schöpferischen Betätigung seines Wesens gelangt, von der wir jetzt keine Vorstellung haben«. Und nun führt Kutter das *Geistige* im reinen Sinn auf einen religiösen Daseinsgrund zurück. Ich persönlich — und man muss hier persönlich sprechen — bleibe vor dieser Grenze stehn, weil ich Kutters metaphysische Orientierung nicht habe. Sie muss Erlebnis, muss einfach Gegebenheit sein.

Das Problem *Religion und Wissenschaft*, das ich notgedrungen hier berührte, behandelt Pfarrer W. Veit sehr hübsch in einem Vortrag, der mit Reden anderer Theologen unter dem Titel *Darf die Religion Privatsache bleiben?* /Frankfurt a. M., Diesterweg/ im Druck erschien. Veits Vortrag enthält nichts prinzipiell Neues, aber er ist eine sehr brauchbare Orientierung, der die Ergebnisse der Kantischen Erkenntniskritik sehr glücklich als Richtpunkte gedient haben. Es wäre zu wünschen, dass alle Theologen diese erkenntniskritische Klarheit besässen: nicht minder wäre sie denen zu gönnen, die sich als Träger einer monistischen Weltanschauung im Sinne der Haeckelschen *Welträtsel* fertige, wenigstens aber wissenschaftliche Menschen dünken. Nicht jeder hat Zeit und Fähigkeit, ein *Standard*werk wie Rickerts *Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung* zu lesen. Da mag ein in die Form des Vortrags zusammengedrängter Essay auch Gutes leisten. Veits Vortrag eignet sich entschieden zur Lektüre für Arbeiter.

In dem gleichen Band ist auch die Rede des Pfarrers D. E. Foerster enthalten, der den Versuch unternimmt das Verhältnis zwischen *Christentum und Politik* zu bestimmen; doch bringt auch er nichts Originelles. Es ist nun genug des öden Gesinnungssubjektivismus. Das wissen wir endlich, dass Handlungen nicht sittlich sind, denen die Zustimmung unseres Gewissens fehlt. Viel wichtiger ist es den besonderen Inhalt, das besondere Material zu bestimmen, an dem die Gegenwart sittliche Arbeit leisten kann, und die Richtung dieser Arbeit zu weisen. Das tut Kutter, und das macht sein Buch so fest. Foerster macht es sich leicht, wenn er den frommen alten Kaiser Wilhelm einen »grossen Herrscher« nennt und die Botschaft vom 17. November 1881 um ihrer armenpflegerisch-charitativen Begründung willen als einen Triumph christlicher Politik preist: das bleibt unterhalb jeder wissenschaftlichen Diskussion. Im übrigen ist man weniger verstimmt, weil Unrichtiges dastunde, als weil Richtiges fehlt. Foerster will Bismarcks Machiavellismus etwa als unbewusstes Christentum definieren. Er hält das Christentum allgemein für einen mächtigen Erzieher politischer Persönlichkeiten. Zwar ist es sehr die Frage, ob eine Politik mit ethischen Antrieben der spezifischen Natur des Christentums überhaupt etwas zu verdanken braucht. Foerster dehnt das Christliche reichlich weit. Aber man könnte solche Gedanken durchführen, wenn man den Mut hat gewalttätig zu sein.

Es ergibt sich: Das Ringen der Religion mit den politischen Problemen ist wieder da, und es äussert sich so energisch wie selten in der näheren Vergangenheit. Der Sozialismus wird die Entwickelung der Dinge ernsthaft zu verfolgen haben.

× ×

Kurze Chronik Nach dem Bericht der Berliner *Arbeiterbildungsschule* für das 17. Geschäftsjahr ist die durchschnittliche Mitgliederzahl von 1705 des Vorjahres auf 2020 gestiegen. Filialschulen wurden in Steglitz für die westlichen Vororte und in Tempelhof für die südwestlichen Vororte gegründet, ohne jedoch hinsichtlich der Teilnehmerzahl die Erwartungen zu befriedigen. Trotzdem werden noch 2 neue Filialen (für Lichtenberg und Rummelsburg) geplant. Die je 10stundigen Unterrichtskurse erstreckten sich auf Geschichte, Literatur, Nationalökonomie, Rechtslehre (insbesondere Arbeiterrecht), Naturwissenschaft und auf Redeübungen. Der Monatsbeitrag betrug 25 Pf., der Kursbeitrag 1 M. Die stärkste Frequenz zeigten die Kurse Nationalökonomie (351), Redelehre (225) und Naturerkenntnis (170). Der Jahresbericht gibt sorgfältige Auskünfte auch über politische und gewerkschaftliche Zugehörigkeit, die Teilnahme der Geschlechter und die Altersstufen. Der Bücherbestand beträgt jetzt 1900 Bände, 703 verschiedene Leser entliehen 3205 Bände. Die Ausgaben der Schule während des Geschäftsjahrs beliefen sich auf 14 215,56 M.

× Erfreuliche Fortschritte hatte die Brandenburger Arbeiterbibliothek im Jahr 1908 zu verzeichnen. Die Zahl der eingeschriebenen Leser stieg von 350 im Vorjahr auf 421. Die wirkliche Zahl der Leser wird auf über 1000 geschätzt. Es sind 2075 Bände vorhanden (182 Bände wurden während des Berichtsjahres neu angeschafft). Die Zahl der entliehenen Bücher betrug 12759. Am stärksten wurden die 12 Bände des Oberländer-albums und die 28 Bände Wilhelm Busch begehrt (insgesamt 640 Entleihungen). 14 Bände Gerstäcker wurden 240mal, 22 Bände Ebner-Eschenbach 236mal, 21 Bände Rosegger 219mal, 18 Bände Fontane 171mal, 16 Bände Raabe 96mal, 8 Bände Alexis 82mal, 12 Bände Reuter 81mal, von Ausländern 28 Bände Zola 311mal, 10 Bände Maupassant 140mal, 7 Bände Scott 47mal entliehen. Von der politischen Literatur erreichten Bebels *Frau* (32 Entleihungen) und Lassalles Schriften (40 Entleihungen) die stärkste Leserziffer. × Die Nürnberger Gewerkschaften haben ihre Bibliotheken zentralisiert und einen vom Genossen Richard Scheid mustergültig angelegten Katalog herausgebracht, der zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder der Gewerkschaften abgegeben wird. Die Zentralbibliothek umfasst gegenwärtig rund 4500 Bände. Bei der Organisation der Bibliothek hat die vorzügliche Heimannsche Arbeiterbibliothek in Berlin als Muster gedient. × Im *Blaubuch* machte Dr. Walther Borgius interessante Mitteilungen zur Entwickelung des Esperanto. Die Anhänger Samenhofs widersetzen sich in unverständlichem Dogmatismus den Reformbestrebungen der internationalen Delegation für die Einführung einer Welthilfssprache, die auf eine Vereinfachung des Esperanto abzielen, ohne die Konstitution der Sprache anzugreifen.

×

Literatur

× Die Probleme der Sexualmoral und der Sexualpädagogik wecken immer neue Stimmen auf. Wenn man auch persönlich diese Dinge lieber der stillen Entscheidung durch individuellen Takt von Fall zu Fall überliefern würde, so kann man doch nicht leugnen, dass die öffentliche Diskussion für die Erneuerung des allgemeinen Bewusstseins förderlich und nötig ist. Hans Wegener hat wiederum das Wort ergriffen und in einem Buche *Das nächste Geschlecht* /Giessen, Töpelmann/ die sexuelle Selbsterziehung der Eltern als den ersten Weg zur sexuellen Erziehung der Kinder bezeichnet. Wegener fordert Enthaltsamkeit ausserhalb der Ehe, weil der Geschlechtstrieb nur in der Ehe — wenn sich der Genuss mit dem bewussten Willen zur Zeugung verschmilzt — zu der vollkommenen Intensität entwickelt werden könne, auf die er als das stärkste Motiv im menschlichen Leben Anspruch habe. Wegener fordert die Beschränkung auch des ehelichen Geschlechtsverkehrs auf die Fälle, wo sich beide Seiten des Sexualtriebs zu jener grossen Einheit verbinden. So wird Wegener Gegner der Antikonzipientia. Abgesehen davon, dass hier die soziale Seite des Zeugungsproblems sehr schlimm verkannt wird — wie es dem Buch überhaupt an sozialökonomischer Orientierung bedenklich fehlt —, verkennt der Mann, der solches schreibt, zu sehr die reale Lage des Problems. Wegener ist sich auch wohl bewusst, dass seine Postulate sich an eine glücklichere Generation wenden. Nicht aber eine ideale Sexualethik tut uns not, sondern ein Lehrer, der uns aus den konkreten Koeffizienten der gegenwärtigen Sexualkultur eine Taktik baut, mit der wir weiter kommen. Forel hat etwas Ähnliches mit seiner *Sexuellen Frage* geleistet; und man möchte davor warnen, dass ein Beteiligter Wegener liest, ohne Forel zu lesen. × In einer Schrift *Grundzüge einer sexuellen Pädagogik in der häuslichen Erziehung* /München, Gmelin/ gibt Dr. med. Julian Marcuse eine ausgeführte Methodik der geschlechtlichen Aufklärung. Die Analogieen aus der Pflanzen- und Tierwelt werden in einer Weise herangezogen, die dem Intellekt und der Empfindung der einzelnen Altersstufen entspricht. Den Eltern wird also nicht eine blasse Prinzipienlehre geboten, sondern ein konkreter Weg der Aufklärung an Beispielen sorgfältig vorgezeichnet. × Eine kleine, sehr lesenswerte Studie Henriette Fürths *Das Geschlechtsproblem und die moderne Moral* /Leipzig, Dietrich/ stellt auf Grundlage der ökonomischen Geschichtsauffassung die Wandlungen der sexuellen Stellung und der sittlichen Anschauungen der Frau wie der sittlichen Anschauungen über die Frau im Laufe der Zeiten dar. Sie erblickt in der sich nun allmählich lösenden Gebundenheit der sexuellen Verhältnisse des Weibes einen Reflex der Änderungen, die das weibliche Geschlecht an seinem Verhältnis zum Wirtschaftsleben erfährt. Die sexualethische Befrei-

ung der Frau kann nach dieser sehr straff durchgeführten und imponierenden Auffassung nur aus der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Frau ausfliessen. Ist die ökonomische Unabhängigkeit der Frau erst gegeben, dann wird auch auf sexualethischem Gebiet ein freies Verhältnis zwischen Mann und Frau gegeben sein. Dies die Grundlinie der an einzelnen Feinheiten reichen Skizze.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Franz Staudinger

Weltanschauung Wunderliches Gemenge in der heutigen Philosophie: Überall Unklarheit, überall Zerklüftung; noch wenig Ansätze zu einer klaren, zielbewussten Entwickelung. Will da der eine die Welt aus Atomen zusamensetzen, so kommt auf der andern Seite einer, dem alles ohne weiteres ein Ausdruck »eines einzigen Gesetzes«, der »Lebensbewegung«, und diese wieder »ihrem Wesen nach Liebe« ist. Und nun lässt sich da so herrlich schwärmen wie es A. Arndt in seinem Büchlein *Über die Einheit der Gesetze* /Heidelberg, Arndt/ tut. Freilich, alles Dasein liegt uns ja zusammen in einem Raum, in einer Zeit, und alle zusammensetzende oder trennende Betrachtung führt bei ihrem Fortschritt in den atemlosen Nebelabgrund, den wir *Unendlichkeit* nennen. Doch was dazwischen, was da einigermassen hell liegt, sollten wir das denn nicht eben durch scharfe Unterscheidungen und klare Zusammenfassungen besser beherrschen lernen als durch spekulative Schwärmereien? Dennoch ist das Buch ernst zu nehmen gegenüber Adolf Hinzes *Erscheinung und Wirklichkeit* /Leipzig, *Verlag für Literatur, Kunst und Musik*/. Mit gespannter Erwartung ging ich an diese sich durch Titel und Anfang empfehlende Schrift. Doch bald hätte ich mit Nietzsche rufen mögen: Aber das ist ja die Heimat aller Farbentöpfe! Denn ein buntes Durcheinander über Atomgewichte, spezifische Sinnesenergieen, Entfernungen der Weltkörper, Mittelstand, Prinzipientreue, Kopernikus, Flügelfische, Brutpflege, Naturrecht, Volkommenheit und so noch unendlich vieles wird dem Leser aufgetischt. Dass der Verfasser nicht alle Philosophen gelesen hat, deshalb braucht er sich wahrhaftig nicht zu entschuldigen. Wer tat das? Aber die Probleme hätte er doch ein klein wenig gründlicher fassen müssen. Vor allem hätte er den naturwissenschaftlichen und den erkenntniskritischen Gesichtspunkt nicht so unkritisch durcheinanderwerfen dürfen, dass es einem zu Mute wird, als wenn jemand bei der Erklärung einer perspektivischen Konstruktion fortwährend die Bildlinien und die Konstruktionslinien durcheinandermengte. Da lobe ich mir doch noch eher ein Buch wie Alphons Paquets *Auf Erden* /Jena, Diederichs/, eine Gedichtsammlung, die sich in mein Ressort verschlagen hat. Mit realistischer Keckheit bringt der Verfasser Dinge in Verse, bei denen man oft nicht weiss, ob man lachen oder schelten soll. »Da mitten im Fluss kommt eine Arche geschwommen, ein Kasten, himmelblau angestrichen mit blechernem Dach, daraus raucht ein Ofenrohr.« Und dann doch wieder in den *Fünf Passionen* — warum Passionen? — zwischen all dem Erdentrödel, der da durcheinanderbraust wie auf dem Lebensjahrmarkt selbst, wundervolle Züge:

»O, du Freudenpracht:
Volle Hoffnung, die das Tagen rosig kundet!
Trauer, Dunkel vor der Nacht,
Du geheimnisvoll entstanden,
Anmutvolles Glänzen,
Das den Himmel schmuckt,
Der ob sommerlichen Landen
Mit der blauen, Grenzen losen Wonne lockt.«

O ja, dieses »Behagen an den unendlichen Mischungen des Lichts« ist mir lieber als jene schwüle, arme Spekulation, die eine einzelne Seite aus dem Unendlichen zupft, um sie dann als die Unendlichkeit selbst auszugeben. Und in dieser Erwägung ist Paquets originelles Buch wirklich ein philosophisches Buch, für das ich es freilich, als ich es mit nur kritischen Augen las, erst nicht wohl halten konnte.

Ein aus feinen Empfindungsfaden zusammengewobenes Buch, eine Sammlung von kleinen Einzelbetrachtungen eines feinsinnigen Neukantianers ist Walter Kinkels *Aus Traum und Wirklichkeit der Seele* /Giessen, Töpelmann/. Man möchte nicht mit kritischem Messer hineinschneiden, aber da er seine Träume vorlegt, so kann man ruhig bekennen, er habe neben vieler Sympathie doch auch recht zwiespältige Empfindungen erregt. Gerade wer, wie Kinkel, von Kant ausgeht, möchte unter *Idee* die Formulierung einer Aufgabe zum Besseren zu streben nicht eine Vollendung gesetzt sehen, und so manches andere. Unterscheidungen von Sein und Dasein, Idee und Begriff, Ich und Selbst, die ihren methodischen Wert haben, dürfen nicht auf einmal gleichsam als fleischgewordene Gespenst

lein anmarschieren und tatsächliche Trennungen statt logischer Gesichtspunkte bedeuten. Dergleichen Träume dürfen ja wohl mehr individualistisch sein, aber es wäre doch schön, wenn der Zusammenhang mit dem Ganzen, die Idee der Gemeinschaft, und das ihm entspringende Kraftgefühl sich nicht allzusehr auflösten. Kleine immanente Fehler, wie den, dass im zweiten Aufsatz das »wahre Selbst gesucht« werden soll, im siebenten (von der Liebe) aber »das Licht nur dem Selbstlosen« zu teil wird, wird man natürlich in solchen aphoristischen Betrachtungen nicht allzu schwer wägen.

× ×

Ethik Ein schönes Büchlein eines klugen, vielbelesenen und wohlmeinenden Mannes ist *Kants Ethik* von Dr. K. Strecker /Giessen, Roth/, ein Ferienbrief von 99 Druckseiten an seinen Freund und Lehrer Professor Messer in Giessen, der dessen Buch über Kant behandelt. Strecker ist Kantianer, insofern als er Kant unter die Träger des geschichtlichen Fortschritts der Philosophie als wesentliches Glied aufnimmt, aber er schwört nicht auf ihn und empfindet es übel, wenn Cohen über Abfall von Kant schilt. Leben und Wirken, nicht nur Abstraktion ist seine Devise. Sittliches Handeln ist ihm, dass unsere Handlungen dem Interesse der gesamten Menschheit nicht widerstreiten. Sehr richtig. Doch woran erkennt man das? Wir können doch nur danach fragen, ob etwas an der Maschinerie klappt oder nicht klappt; das Interesse der Menschheit zusammenzulesen würde schwer fallen. Ist mit der Zweckrichtung auf Einhelligkeit, wie er mir vorwirft, wirklich zu wenig gesagt? Muss auch noch von der Erzeugung des Schmieröls gehandelt werden und vom Feuer unter dem Dampfkessel? Gewiss, wenn man eben nicht gerade nur von der Konstruktion der Maschine selbst reden will. Aber, wenn man das nun tun will oder muss, hat man dazu kein Recht? Das abstrakt Logische, gegen das Strecker bei Natorp kämpft, hat da, wo es hingehört, seine Bedeutung. Nur dagegen kann Strecker sich mit Recht verwahren, dass es etwa zur wirkenden Kraft erhoben oder *absolut* gemacht werden soll. Aber ob nicht Strecker seinerseits den Eudämonismus da hereinschleichen lassen will, wohin er nicht gehört? Dann muss man Einspruch erheben. Wer schon nach dem Produkt langen will, wo es sich nur um die Konstruktion der Maschine dreht, könnte die ganze Maschinerie samt dem Produkt in Frage stellen. Dem Glückshunger, von dem Schrempf nach Strecker spricht, muss mit Kalthoff gesagt werden, dass eben der das Glück verliert, der ihm nachjagt. Die Glückseligkeit wird nach Kant ganz von selber kommen, wenn man eben nicht ihr sondern der Herstellung einer gesetzmässigen Ordnung nachstrebt. Ja, der Glückshunger hat sich noch überall, wo er bestimmend wirkt, als *meruleus vastator* erwiesen. Er ist auch ein Profithunger. Und noch eins: Von der »Gemeinschaft aus« kämen wir »zur Verleugnung des Individuums«? Ist nicht *Gemeinschaft* geradezu der Ausdruck für Einhelligkeit von Gesamtheit und einzelnen? Immerhin: das Büchlein ist lesenswert.

× ×

Kurze Chronik Der Oxforder Professor Edward Caird, der eifrigste und erfolgreichste Vertreter eines freilich nicht nur erkenntniskritischen sondern etwas metaphysischen Kantianismus in England, ist gestorben. × Der Professorenaustausch mit Amerika nimmt seinen Fortgang. Professor Kühnemann aus Breslau ist nun zum drittenmal nach Amerika berufen worden. × An Stelle des verstorbenen Dr. Riess hat nun Ernst Horneffer die Leitung des *Kartells der freiheitlichen Vereine* in München übernommen.

× ×

Literatur E. A. Kernwart gibt eine *Bibliothek berühmter Mystiker* /Leipzig, *Theosophische Buchhandlung*/ heraus, deren 3. Band Carl von Eckartshausens *Mystische Nächte* bringt. Die Schriften eines Münchener Geheimen Hausarchivars aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sind nach der Vorrede anfangs aufklärend moralischer, dann mystischer Natur gewesen. Nun habe ich seinerzeit auch etliches von Tauler, Eckehart und der deutschen Theologie gelesen und in deren Gotteinheit gar viel Tiefes, Herrliches gefunden, was ich wohl in meine andere Sprache übersetzen konnte. Aber diese *mystischen Nächte*, die nach langatmiger Einleitung mit der Weisheit beginnen, dass das Wissen mit dem Glauben anfängt, und mit einer dürren Aufzählung der Untugenden schliessen: das soll Mystik sein? Ein gläubig gewordener Nikolai: das ist alles.

Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Darwin und Lamarck

Das Jahr 1909 ist in der Biologie ein dreifaches Jubiläumsjahr: Vor 50 Jahren, 1859, erschien Darwins epochemachendes Buch *On the origin of species by means of natural selection*; 50 Jahre vorher war Lamarcks *Philosophie zoologique* erschienen, das grundlegende Werk, in dem konsequent und klar mit dem Begriff fester unabänderlicher Arten gebrochen wurde; und im selben Jahr, am 12. Februar 1809, ist Darwin geboren worden. Darwin selbst hat aus Lamarcks Werk kaum irgend welche Anregungen geschöpft und etwa auf diesem grossen Vorgänger gefusst. Er hat vielmehr über das Lamarcksche Werk sehr hart und deshalb ungerecht geurteilt und war der Meinung, es habe der Verbreitung des Entwickelungsgedankens mehr geschadet als genützt. »Der Himmel bewahre mich vor dem Lamarckschen Unsinn einer Neigung zum Fortschritt, der Anpassungen infolge des langsam wirkenden Willens der Tiere«, schreibt er an den Botaniker Hooker, als er ihm seine damals noch sehr ketzerischen Ideen über die Veränderlichkeit der Arten mitteilte.

Lamarck kam von einer ganz anderen Seite zu dem Gedanken der Veränderlichkeit der Arten als Darwin, nämlich durch das Studium der botanischen und zoologischen Systematik, und der ganze deszendenztheoretische Teil seines Werks ist eigentlich systematischen Inhalts, indem er zu zeigen versucht, dass die Klassen, Ordnungen, Familien, Gattungen von uns erfundene künstliche Hilfsmittel sind, während die Natur in Wirklichkeit weder Klassen, Ordnungen, Familien und Gattungen noch auch konstante Arten gebildet hat sondern Einzelwesen, die auf einander folgen und ihren Erzeugern gleichen. Je grösser unsere Kenntnis wird, um so schwieriger wird es auch zu bestimmen, was als *Art* bezeichnet werden soll. Was Darwin suchte: Tatsachen, Tatsachen und wieder Tatsachen, konnte er also bei Lamarck nicht finden; wohl aber fand er Spekulationen über das Wesen des Lebens und Geistes, von denen er sich absichtlich fernhielt.

Das grosse und bleibende Verdienst Darwins ist die Tatsächlichkeit der Entwickelung durch ein fleissig zusammengetragenes, mit unermüdlicher Geduld Jahrzehnte hindurch angesammeltes Material bewiesen und dadurch den Entwickelungsgedanken so sehr befestigt zu haben, dass er als einer der festesten Pfeiler in unsere gesamte Weltanschauung übergegangen ist. Bei den vielen Reden, die zu Ehren Darwins jetzt gehalten, bei den Artikeln, die zu seinem Gedächtnis bei der 100. Wiederkehr seines Geburtstages geschrieben werden, wird das oft übersehen, und mehrfach wird die Aufstellung seines Selektionsprinzips als sein grösstes und bleibendes Verdienst hingestellt. Gewiss bildet die Anwendung des Selektionsprinzips einen grossartigen Versuch die in der Natur ersichtliche Zweckmässigkeit organischer Gebilde in kausalem Zusammenhang zu begreifen. Aber gerade über den Umfang der Geltung dieses Prinzips sind die Akten im wissenschaftlichen Streit der Meinungen noch keineswegs geschlossen. Anhängern der reinen Zuchtwahltheorie stehen andere gegenüber, die den plötzlichen Veränderungen und Mutationen einen erheblich geringeren Einfluss einräumen. Aber auch die verbissensten Gegner des Darwinismus im engeren Sinne können sich von der Entwickelungslehre nicht frei machen, wenn sie überhaupt Anspruch darauf erheben in der wissenschaftlichen Welt ernst genommen zu werden. Selbst der Kieler Botaniker Reinke, der nach alter theologisch-teleologischer Ansicht aus der Zweckmässigkeit der Organismen auf einen intelligenten, nach bestimmten Absichten handelnden Schöpfer schliesst, nimmt doch eine Erschaffung nur bei den einfachsten Organismen an, um der Urzeugung zu entgehen, während er im übrigen eine Entwickelungsreihe aufzustellen sucht. Dass auch der Mensch in die Entwickelungsreihe hineingehört, die Folgerung, die zu Darwins Lebzeiten so heftig befehdet wurde, wird heute von niemand mehr bestritten. In dem seit der Veröffentlichung der *Entstehung der Arten* verflossenen halben Jahrhundert ist namentlich auch durch die Erweiterung der paläontologischen Forschungen diese Tatsache in immer deutlicheres Licht gerückt, so dass heute überhaupt kein Streit mehr darüber herrscht, sondern bei den einzelnen Funden nur diskutiert wird, welche Bedeutung sie für die Entwickelungsreihe haben.

× ×

Homo Heidelbergensis

Wohl der älteste der bisher gefundenen menschenähnlichen Reste ist der Unterkiefer des *homo Heidelbergensis*,

der am 20. Oktober 1907 bei dem südöstlich von Heidelberg gelegenen Dorfe Mauer gefunden wurde, und zwar in einer Sandgrube, die bereits früher paläontologisches Material geliefert hatte. Otto Schoetensack, der die dortigen Grabungen seit 2 Jahrzehnten kontrolliert, hat vor kurzem in einer Schrift *Der Unterkiefer des homo Heidelbergensis* /Leipzig, Engelmann/ diesen Unterkiefer ausführlich beschrieben. Er zeigt eine Kombination von Merkmalen, wie man sie bisher weder an einem rezenten noch an einem fossilen menschlichen Unterkiefer gefunden hat. Am auffallendsten ist der Mangel eines Kinnvorsprungs, wozu noch äusserst befremdende Dimensionen des Unterkieferkörpers und der Äste kommen. Man würde das Fundstück wohl als zu einem Anthropoiden gehörig betrachten, wenn nicht ein absolut sicherer Beweis dafür, dass wir es mit einem menschlichen Teil zu tun haben, in der Beschaffenheit des Gebisses läge. Die vollzählig erhaltenen Zähne tragen deutlich den Stempel *Mensch*. Schoetensack kommt bei seiner Untersuchung zu dem Ergebnis: »Die Mandibula des *homo Heidelbergensis* lässt den Urzustand erkennen, welcher dem gemeinsamen Vorfahren der Menschheit und der Menschenaffen zukam. Dieser Fund bedeutet den weitesten Vorstoss abwärts in die Morphogenese des Menschenskeletts, den wir bis heute zu verzeichnen haben. Angenommen, es würde ein geologisch noch älterer Unterkiefer aus der Vorfahrenlinie des Menschen gefunden, so stände nicht zu erwarten, dass er viel anders aussehen würde als unser Fossil, das uns bereits bis zu jener Grenze führt, wo es spezieller Beweise bedarf, um die Zugehörigkeit zum Menschen darzutun. Noch weiter abwärts kämen wir zu dem gemeinsamen Ahnen sämtlicher Primaten. Solch einem Unterkiefer würden wir die Vorfahrenschaft zum heutigen Menschen wohl kaum noch ansehen können; seine Beziehung zu unserm Fossil würde aber bestimmt erkennbar sein. Das geht hervor aus den Annäherungen, welche die Unterkiefer niederer Affen und rezenter wie fossiler Halbaffen bald in diesem bald in jenem Punkt zu ihm aufweisen.«

× ×

Halleyscher Komet

Der Halleysche Komet wird zu Anfang des nächsten Jahres wieder erwartet, und begreiflicherweise wird diesem Ereignis in astronomischen Kreisen mit einiger Spannung entgegengesehen. Die Wiederkehr eines schon mehrere Male beobachteten Kometen ist immer eine unsichere Sache. Sehr leicht kann ein Komet durch eine uns unbekannte Ursache völlig aus seiner Bahn geworfen werden. Auch kann er bei seinem Umlauf um die Sonne sich vollständig auflösen, wie das von dem Bielaschen Kometen vermutet wird, an dessen Stelle wiederholt glänzende Sternschnuppenschwärme erschienen sind. Der am regelmässigsten beobachtete Komet ist der Enckesche, der nur eine Umlaufszeit von 3⅓ Jahren um die Sonne hat, und dessen Bahn noch ganz innerhalb des Planetoidenringes verläuft. Aber selbst dieser Komet, von dem 30 Periheldurchgänge beobachtet sind, blieb im Jahre 1908 aus oder zeigte doch, falls er mit dem im Januar 1908 in Heidelberg und im Mai und Juni 1908 in Kapstadt photographierten Kometen identisch sein sollte, sehr erhebliche, noch unerklärte Abweichungen von der berechneten Bahn. Es wäre daher wohl denkbar, dass auch der Halleysche Komet nicht wiederkehrt oder sehr grosse Veränderungen zeigt. Indessen kann man seine Erscheinung doch mit einiger Wahrscheinlichkeit erwarten. Dieser Komet ist der erste, dessen Bahn sich als eine elliptische erwies und dessen Wiederkehr vorausgesagt wurde. Halley beobachtete ihn im Jahre 1682 und hielt ihn auf grund seiner eingehenden Berechnungen der Bahnen sowohl dieses wie einiger früheren Kometen mit den grossen Kometen von 1531 und 1607 für identisch, er sagte deshalb die Wiederkehr des Kometen für das Jahr 1759 voraus. Er selbst erlebte diesen Termin nicht mehr, der Komet erschien aber zur bestimmten Zeit und wurde wiederum eingehend beobachtet; sein nächstes Erscheinen wurde für das Jahr 1835 verkündet. Auch in diesem Jahre erschien er zur bestimmten Zeit. Sein Lauf ist aber auch rückwärts verfolgt worden, und es hat sich gezeigt, dass er mit voller Sicherheit bis in das Jahr 87 vor Christus, mit einiger Wahrscheinlichkeit sogar noch weiter hinauf verfolgt werden konnte. Die englischen Astronomen Cowell und Crommelin haben seine Bahn sehr sorgfältig berechnet, und seit dem Jahre 87 vor Christus stimmt das Resultat der Berechnungen mit den Berichten über Kometenerscheinungen überein, so dass er seit dieser Zeit 26mal beobachtet worden ist. Nur für e i n e Wiederkehr, die in das Jahr

912 fallen musste, fehlt in allen Beschreibungen und Chroniken ein Bericht über irgend eine auffallende Kometenerscheinung.

Der Komet gehört nicht zu den grössten und hellsten, er ist aber doch, bis auf das eine schon erwähnte Mal im Jahre 912, niemals unbemerkt geblieben und hat zuweilen, zum Beispiel in den Jahren 1066 und 1456, durch seine Helligkeit und grosse Schweiflänge gewaltiges Aufsehen erregt. Schon jetzt müsste sich der Komet in einer Entfernung von der Sonne und natürlich auch von der Erde befinden, die es bei den gegenwärtigen Hilfsmitteln der Astronomie ermöglicht ihn bereits auf der photographischen Platte nachzuweisen. Nach den Berechnungen Cowells und Crommelins wird er am 8. April 1910 sein Perihel erreichen; er dürfte bereits im September dieses Jahres als ein Stern 16. Grösse erscheinen, so dass er mit dem Fernrohr direkt zu beobachten ist, und in den ersten Monaten des nächsten Jahres dürfte er auch mit blossem Auge erkennbar sein.

Von dem Erscheinen eines grossen Kometen erwarten die Astrophysiker natürlich eine Reihe von Aufschlüssen über die Natur der Kometen, die in ihrer Lichtentwickelung und in ihren merkwürdigen Lichtschwankungen und ihrer noch immer unerklärten Schweifbildung eine Reihe von Rätseln darbieten. Der Direktor des astrophysikalischen Observatoriums zu Meudon bei Paris, Deslandres, hat daher die systematische Beobachtung des Halleyschen Kometen angeregt, und in Nordamerika ist seine allseitige Beobachtung bereits durch eine Kommission, die aus den Astronomen Barnard, Comstock, Perrine und Pickering besteht, vorbereitet.

× ×

Kurze Chronik Am 9. Dezember 1908 starb der emeritierte Professor an der *Harvard*universität Dr. Wikott George Gibbs im Alter von 86 Jahren. × Am 12. Januar starb in Göttingen der Professor der Mathematik Hermann Minkowski im Alter von nur 44 Jahren. Bereits mit 19 Jahren hatte er mit einer zahlentheoretischen Arbeit den grossen Preis der Pariser Akademie erhalten. Seine letzten Bemühungen, zum Beispiel auch sein Vortrag *Raum und Zeit* auf der letzten Naturforscherversammlung, galten dem Bestreben ein neues, einheitlicheres, physikalisches Weltbild zu gewinnen. × Am 12. Februar wurde in der ganzen Kulturwelt der 100. Geburtstag Darwins gefeiert.

× ×

Literatur In einer Festrede zur Begründung des phyletischen Museums in Jena, die unter dem Titel *Alte und neue Naturgeschichte* /Jena, Gustav Fischer/ erschien, schildert Ernst Haeckel den Entwickelungsgang der Biologie im vorigen Jahrhundert. Er behauptet, dass ein prinzipieller Gegensatz zwischen Lamarck und Darwin gar nicht bestehe, und der gewaltige transformative und erbliche Einfluss der direkten Anpassung auch von Darwin gewürdigt werde, der im wesentlichen durch das Selektionsprinzip über Lamarck hinausgehe. Die Frage der Vererbung erworbener Eigenschaften hält er, wie bekannt, für längst gelöst, und er meint, wer noch nach weiteren experimentellen Beweisen suche, sehe den Wald vor Bäumen nicht.

KUNST

Bühnenkunst / Rudolf Kurtz

Berlin: *Neues Theater* Ich gehe nicht ungern zu den Werken Henri Bernsteins. Sein Geschick blendet mich, seine Appretur macht mir inniges Behagen, und die Schemata seiner Gefühle lassen für einen begabten Schauspieler immer noch Raum sich höchst menschlich zu benehmen. Aber er ist für die deutsche Bühne eben nur möglich, wenn man seinem Elan durch eine anständige Menschlichkeit tiefere Bedeutung gibt; er wird unerträglich, wenn die Darstellung sich gerade so schematisch und allgemein benimmt wie der Verfasser. Nun ist *Israel* gewiss ein sehr törichtes Stück und die deutsche Bearbeitung ein schlecht vernähtes Machwerk, aber das hätte ich dieser immerhin temperamentvollen Kolportage nicht gegönnt die Hirne von Schauspielern zu befruchten, deren Temperament einerseits durch das deutsche Familienstück und andererseits durch die romantische Kriminallegende begrenzt wird. Die Darsteller des *Neuen Theaters* nahmen den Elan aus der Berliner Lokalposse, die Haltung aus dem Oeuvre Sudermanns und die Gefühle von Bernstein. Herr Schroth hatte durchaus das sieghafte Benehmen des Berliner Kavaliers, und Frau Reisenhofer hatte eine unerträglich würdige, altdamenhafte Geste, die den Mangel an Gefühl nur sehr

dürftig verhüllte. Ganz unerträglich war Herr Alwin Neuss, den der *Seltsame Fall* für immer mit einem leidenden Ton imprägniert zu haben scheint, und der seinen Mustersemiten mit einem halb tierisch gedrückten halb unverschämten Jargon ausstattete, dass der Abscheu fast mein von altersher begründetes linguistisches Interesse überwucherte. Herr Neuss wirkte nicht weniger als Karikatur als der Rauchklub *Apollo*, den man aus seinem Vereinslokal geholt hatte, um 5 Minuten Clubmen zu markieren. Aber mich überlief erst die heisse Angst, als ein Pater voll salbungsvoller Gelassenheit sich seiner Muttersprache hingab: o über diese unselige Sucht sich als Persönlichkeit zu demonstrieren!

× ×

Berlin: *Hebbeltheater* Weit behaglicher ist es im *Hebbeltheater*. Ich freue mich über das Monumentale, das meine guten Gefühle überall unvermischt zurückgibt. Die Komödie *Thummelumsen*, die ich hier sah, ist sehr oberflächlich aus Gustav Wieds Roman *Die leibhaftige Bosheit* gerupft, so brutal, dass ich den Sinn des Romans hier in ein paar Worten angeben möchte. In dieser bunten Vielfalt so etwas wie eine symbolische Handlung, verkörpert in dem kleinen strengen Thummelumsen und seiner guten weisshaarigen Mutter. Etwa, dass der Mensch nur begehrt, weil er im Begehren eine Anspannung seiner Kräfte, eine Lösung des Problems, einen Sinn seiner Arbeit spürt. Wenn er das Ziel erreicht hat, empfindet er entsetzt die Distanz, die der reale Wert des Erreichten zu dem ideellen des Beziehungspunkts seiner Kräfte hat. Starr vor Staunen und ganz in sich verwirrt empfindet er die Sinnlosigkeit seines Lebens. Und was macht die Dramatisierung mit der Idee? Sie lässt sie fort. Thummelumsen wird auf einigen Umwegen sein Wunsch erfüllt: *c'est tout.* Diese Trivialisierung wurde nicht gerade *erstklassig*, aber mit einem behaglichen Gefühl für die kleinstädtische Idyllik gespielt. Richard Leopold, der Darsteller des Thummelumsen, ist das, was man einen sehr klugen und begabten Schauspieler nennt; im Gegensatz zu einem hinreissenden Temperament. Ich sehe es gern, wie er Gehirnvorgänge so einfach sinnlich zu machen weiss, wie er dem kleinen Kerl so verblüffend menschliche Züge okuliert. Sein Thummelumsen hatte eine sehr ausgeprägte eckige Beweglichkeit, die besonders bei seelischen Eruptionen zum Ausdruck kam: so wenn er bisher sozial Übergeordnete zur Tür hinausweist. Oder ich denke an die Geste, mit der er seine Ungeduld ausdrückte: ein Suchen des körperlichen Schwerpunkts in einem Griff hinter das Ohr. Und dann sein Organ: ich habe immer das Gefühl von persifliertem Oberlehrerpathos, wenn ich seine spitze, immer in Gefühlsspannungen arbeitende und gewaltsam leere Stimme höre. Als man aber ein elementares Gefühl zu fordern hatte, blieb es bei dem ausgezeichnet beobachteten Arrangement. In einer Episodenrolle fiel mir Frieda Brock auf, die eine blöde Dorfgans mit sehr natürlicher Gereiztheit und täppischer Verlegenheit ohne die starke Übertreibung, in der sich ein Teil der Darsteller gefiel, spielte. Es war ein angenehmes Bild, wie sie mit trotzig weinerlicher Stimme und neuruppinisch gedunsener Farbigkeit sich hinter der aus Hans Richter geschnittenen behaglichen Dörflichkeit ihres Vaters (Herrman Wlach, den man mit Ausdauer falsch beschäftigt) flüchtet. Der junge Björnson bewies, dass er ein sehr kluger Regisseur ist. Er verdirbt nichts wie viele modern appretierte Regisseure, besonders ambitionenreiche Schriftsteller, die aus Episoden pantomimisch gezerrte Bewegungsstudien machen. Der letzte Akt mit seinen Kinderszenen war sogar mit einer sehr farbigen, frischen Eindrücklichkeit gemacht. Vielleicht nahm man anfangs das Tempo für dieses unbedeutende Eidyllion zu langsam; und wenn es auch nicht den genialen Rhythmus und die reiche Abgestuftheit der Reinhardtschen Regie hat, so war an allem Überflüssigen ein so erfreulicher Mangel, dass der immerhin nennenswerte Erfolg des Abends zum übergrossen Teil der einsichtigen Regie Björnsons zuzuschreiben ist.

× ×

Berlin: *Kammerspiele* In den *Kammerspielen* sah ich den *Arzt am Scheidewege* Bernard Shaws. Shaw ist letzten Endes ein Ibsensches Temperament. Das lässt sich hier nicht ausführen, immerhin aber sagen. Aber er hat nicht entfernt die plastische Fähigkeit des Norwegers: das gibt seine überscharfe Intelligenz nicht ohne weiteres zu. Shaws Karnation ist sehr mager, das Gerippe schimmert durch die sorgsam gewählte Befleischung zu kompromittierend durch. Es ist für den Schauspieler nicht leicht eine seiner Figuren *shawisch* zu spielen: sein Dialog trifft

bei der Lektüre mit ungleich stärkerer Schlagkraft. Und dann schillert das moralische Temperament seiner Gestalten allzu leicht; man muss sehr vorsichtig sein sich nicht an bekannte Typen zu verlieren: etwa an den beschränkten Philister oder den überlegenen Zyniker. Ich kann nicht sagen, dass alle Darsteller diesen besondern Shawtypus — der allerdings in diesem nicht überwältigenden Werk nur unscharf und verschwommen ausgeprägt ist — herausgearbeitet haben: selbst Wegener blieb blass und hatte mitunter eine seelische Schwere, an die ein schnarrendes Nebengeräusch von tieferer Bedeutung anklang. Aber die Darstellung benahm sich diszipliniert, ganz ohne forcierte Ironie. Es herrschte ein sehr angeregter Konversationston. Über den wie eine grosse Flamme die herrliche Musik Moissis flutete, der ganz von dem Zauber seiner Jugend umgeben in Heiterkeit vor unseren Augen starb. Und selbst der Reiz dieser Sterbeszene war nicht so gross wie der jener paar Worte, die er an das Konsilium der Ärzte richtete sich vor seiner Frau wie Gentlemen zu benehmen, nachdem er seine leicht bewiesene Unmoral lächelnd hingenommen hatte. Und welche besänftigende Ruhe war in dem Sterbenden, wenn er zwischen überlegenen Bemerkungen zu seinen Ärzten mit einem flötend weichen *Jennifer* sich zu seiner Frau wandte — und dieses Wort rann wie der Refrain eines Gedichts von Swinburne durch die Breite des Vorgangs —, welche Süsse überfloss in den paar Worten, da er sie bat heiter zu bleiben. Und diese leichte Anmut durchtränkte noch die tendenziösesten Flachheiten des alten Shaw: wie sank der Glaube an sein Künstlertum von seinen Lippen, ob es schon nichts als ein aufgeklärtes englisches Feuilleton ist. Wenn Reinhardt nichts geleistet hätte als diesen Schauspieler zu solchen Leistungen zu disziplinieren, er hätte die Angriffe nicht verdient, die weniger ihn als die Schablonisierung dieses Stils treffen.

× ×

Kurze Chronik In Berlin ist eine *Akademische Bühne* gegründet worden. Sie führte am 8. Januar ein Drama *Der letzte Streich der Königin von Navarra* auf, ohne einen besonders günstigen Eindruck zu hinterlassen. × Ein längeres Gastspiel Josef Kainz' am *Neuen Schauspielhaus* zeigte den Berlinern aufs neue den Künstler, den sie vor Jahren nach Wien ziehen liessen. × Eine Leistung von historischer Bedeutsamkeit bot der Ibsenzyklus am Berliner *Lessingtheater*, über den hier noch gesprochen werden wird.

× ×

Literatur Das *Künstlerische Theater* hat sehr viel Unheil angerichtet. Es gibt einer Anzahl temperamentloser Journalisten — die mit der letzten Sehnsucht vertrockneter Pedanterie an der Sinnlichkeit der Szene hängen, ohne mehr als dieses ungestaltete, für sie nicht ausdrückbare Gefühl zu haben — Gelegenheit sich mit der Geste des Sachverständigen über szenische Dinge zu äussern. Es ist mir unerträglich ihre dialektischen Übungen, verworren in letzten, wie trübe Flecke auf serer schönsten Anschaulichkeit, brennen zu sehen: Bald aus ihrem Eindruck bald aus einem willkürlich abstrahierten Begriff analytisch leere Schlüsse ziehend oder in logischer Dumpfheit vorgefasste Meinungen mit trüben Sophismen kittend, produzieren sie ein Gebräu von Lyrik und Abstraktion. Der metaphysische Tick der Dilettanten ist verabscheuungswürdig. In dem Buch *Künstlerisches Theater* /Berlin, Oesterheld/ bemüht sich der anonyme Verfasser, augenscheinlich ein Schauspieler, zu einem endgültigen Resultat über den möglichen Idealstand einer Bühne zu kommen; und anstatt sich an seine Praxis zu halten sucht er die Bestimmung von Kulturbedingungen, die seinem ungeschulten Gehirn weniger deutliche Erkenntnise als ein Verantwortlichkeitspathos abnötigen, das mich den Aufsatz nur aus Pflichtgefühl beendigen liess. Viel sympathischer ist mir die Form, die er für eine Skizze *Menschenhandel* gewählt hat: sie gibt Laien eine sehr anschauliche Vorstellung von dem Machtumfang der Agenturen, die Angebot und Nachfrage regeln. Genau so hätte er vom Theater plaudern sollen: so hätte er uns wenigstens unterhalten. × Unter dem Titel *Deutsche Theaterzeitschrift* geben Gustav May-Hartung und Karl Ludwig Schröder eine neue Fachzeitschrift heraus, die sich durch Sachlichkeit und reichen Inhalt angenehm bemerkbar macht.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Automobilgesetz Der Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, der im Oktober 1908 dem Reichstag zuging,

verleugnet den Charakter aller neueren Gesetzentwürfe im Reich nicht; er ist völlig auf die Bedürfnisse der herrschenden Klassen zugeschnitten, und der einflussreiche *Kaiserliche Automobilklub* hat bei dem Entwurf Pate gestanden. Man musste erwarten, dass der Entwurf eine Haftpflicht nach Art des Eisenbahngesetzes oder wenigstens des Haftpflichtgesetzes und eine Zwangshaftpflichtgenossenschaft der Automobilbesitzer vorsieht. Statt dessen plant er eine ganz beschränkte Haftung der Automobilhalter, die noch viele Ausnahmen zulässt. Der Entwurf schliesst eine Haftung für die durch das Automobil beförderten Personen sowie des lenkenden Chauffeurs aus; er beschränkt ferner die Haftsumme auf einen Maximalbetrag. Der Ersatzpflichtige haftet im Falle der Tötung oder Verletzung eines Menschen nur bis zu einem Kapitalbetrage von 50 000 M. oder bis zu einem Rentenbetrage von jährlich 3000 M., im Falle der Tötung oder Verletzung mehrerer Menschen nur bis zu einem Kapitalbetrage von insgesamt 150 000 M. oder einem Rentenbetrage bis zu 9000 M., im Falle der Sachbeschädigung nur bis zum Betrage von 10 000 M. Dazu tritt die rigorose Bestimmung, dass der Ersatzberechtigte seine Rechte verlieren soll, wenn er es unterlassen hat dem Ersatzpflichtigen innerhalb eines Monats den Schaden anzuzeigen.

Glücklicherweise hat die Reichstagskommission die beschränkte Haftpflicht abgelehnt und die unbedingte Haftpflicht des alten Entwurfs angenommen, bei der es hoffentlich im Verlauf der weiteren Beschlussfassungen verbleibt. Denn nichts rechtfertigt die beschränkte Haftung, um so weniger als die Automobilbesitzer meist reiche Leute sind. Naturgemäss laufen diese, namentlich unter Führung des genannten Klubs, gegen diese Beschlüsse Sturm und argumentieren mit den Schlagworten wie *Schädigung der Industrie, Nutzlosigkeit des Gesetzes* usw. Demgegenüber kann nur bemerkt werden, dass die Autofexe die eigentlichen Schädiger der Industrie sind, und wenn das Gesetz eine Minderung der Unfälle doch nicht herbeizuführen vermag, so beweist das, dass eine wirksame Haftpflicht desto nötiger ist. Die reaktionäre Tendenz des Regierungsentwurfs zeigt sich auch in den kleinlichen Polizeibestimmungen über die Fahrerlaubnis, die auf heftigen Widerstand in der Reichstagskommission gestossen sind. Ganz vermisst der Sozialpolitiker die fürsorgende Hand, denn es fehlen die auch für die Sicherheit des Verkehrs so notwendigen Bestimmungen über die Arbeitszeit, die notwendigen Ruhepausen, die Aufenthaltsräume und Bedürfnisgelegenheiten der Fahrer. Der Gesetzentwurf verfehlt ferner die sorgfältige Ausbildung der Fahrer und wirksame Vorschriften über die Befähigungsprüfung vorzusehen.

× ×

Masurischer Schiffahrtskanal

Die nunmehr gesicherte Ausführung des masurischen Schiffahrtskanals soll eine Verbindung zwischen dem Pregel, mithin auch der Ostsee, und dem masurischen Seengebiet herstellen. Letzteres bildet ein bisher noch abgeschlossenes Wasserstrassennetz von 223 km Länge. Der Kanal soll Schiffe bis zu 200 t tragen können. Zu dem Zweck müssen Staubecken angelegt werden, die den Abfluss der Seen regeln können und in der wasserreichen Zeit die Überschwemmung der weiten Wiesenflächen, in der wasserarmen die zu grosse Absenkung der Seenspiegel verhüten sollen. Ein ursprünglicher Entwurf wollte das Gefälle an den Staustufen des Hauptkanals und eines geplanten Triebwerkkanals von rund 105 m zur Erzeugung elektrischer Kraft benutzen. Die Landeskultur lässt aber eine genügende Wasserentziehung der Seen nicht immer zu, so dass der Kanal nur als Schiffahrtstrasse angelegt wird. Einige kleinere Seen werden zu Staubecken ausgebaut, so dass es möglich wird ungefähr 10 000 ha Wiesenland gegen Überschwemmungen zu schützen. Der Kanal soll 51,5 km lang sein. Er überwindet zwischen dem Mauersee und der Alle 105 m Gefälle mit 5 einfachen und einer doppelten Staustufe. Die Kanalschleusen erhalten 45 m nutzbare Länge und 6½ m Breite. Die Wassertiefe des Kanals beträgt in der Mitte 2 m, am Fusse der Böschungen 1½ m. Die Baukosten für den Kanal sind auf 15,62 Mill. M., für die Staubecken auf 1,185 Mill. M. veranschlagt. Davon hat die Provinz Ostpreussen einen Teil aufzubringen. Die Betriebs- und Unterhaltungskosten sind auf rund 140 000 M. jährlich zu berechnen.

× ×

Amerika: Nordsüdkanal

Viel grosszügiger als unsere Flickerei hier zu Lande werden die Landesmeliorationen und Anlagen in Amerika betrie-

ben. Neben dem Panamakanal haben die Amerikaner noch ein zweites grosses Projekt vor, nämlich die Verbindung der Grossen Seen mit dem Golf von Mexiko unter Benutzung der Mississippistromläufe, die etwa 25 000 km lang sind. Von den 5 zu erbauenden Kanalstrecken, die Chicago mit New Orleans verbinden sollen, ist bereits eine, von Chicago bis Joliet, von der Stadt Chicago unter Aufwand von 230 Mill. M. erbaut worden. Für die anderen 4 Strecken soll das Bundesparlament 500 Mill. M. bewilligen. Es ist sicher, dass der Kanal gebaut werden wird, und dann werden die Mississippistaaten, die jetzt zum grössten Teil unter mangelnder Absatzmöglichkeit leiden, ihre Produktion, die auf jährlich 10 Milliarden M. geschätzt wird, erheblich ausdehnen. Die billigen Frachtsätze für Getreide, Kohle, Maschinen, Rohstoffe usw. werden dem Lande zu gute kommen, seine Industrie beleben und die Ansiedelung grosser Bevölkerungsmassen ermöglichen. Die Ausführung dieses Projekts stellt also eine Landesmelioration grössten Stils dar, wie sie bei uns durch die traurigen politischen Verhältnisse leider unmöglich ist.

× ×

Deutscher Staatsbahnwagenverband Nachdem auch Bayern dem Übereinkommen beigetreten ist, wird der *Deutsche Staatsbahnwagenverband* am 1. April ins Leben treten. Sein Ziel ist die gemeinsame Benutzung des Wagenparks aller angeschlossenen Bahnverwaltungen. Bisher bestand nur ein *Preussischer Staatsbahnwagenverband*, dem die unter preussischer Verwaltung stehenden Bahnen angehörten. Es zeugt von dem noch blühenden Partikularismus im Reich, dass der grosse Verband erst jetzt zu stande gekommen ist. Und hätten die unglaublichen Missstände nicht dazu gezwungen, dann wäre der Verband noch lange nicht Wirklichkeit geworden. Das bisher übliche Verfahren ist folgendes. Wenn beladene Wagen auf fremden Strecken laufen, müssen sie innerhalb bestimmter Fristen und in bestimmter Richtung wieder in ihr Heimatland zurücklaufen, und zwar leer, wenn sie nicht Gelegenheit gehabt haben inzwischen Ladung einzunehmen. Dadurch entstehen riesige Leerläufe, die Geld kosten und dazu noch die Wagen der Benutzung entziehen, während von der Industrie schwer über Wagenmangel geklagt wird. Natürlich bezahlen sich die Staatsbahnverwaltungen für die Benutzung fremder Wagen Mieten, die sich nach der Länge des zurückgelegten Wegs und der Dauer der Benutzung richten. Man kann sich das dadurch entstehende Anschreibungsunwesen vorstellen, und die Abrechnungen sind auch nicht gerade einfach. Dies alles nur, um ja nicht *ausländische*, das heisst andersdeutschstaatliche Wagen im Betrieb zu haben.

Das neue Übereinkommen bringt natürlich erhebliche Vorteile mit sich. Nach Schätzungen werden jährlich mindestens 2 Mill. Leerkilometer erspart werden. Der Wagenpark kann ganz anders ausgenutzt werden, und die Arbeit, namentlich die Schreibarbeit der Beamten, wird ganz wesentlich herabgesetzt, da die Abrechnung nicht für jeden einzelnen Wagen vorgenommen sondern nach Pauschalen berechnet wird. Der Wagenbestand wird auf die Bezirke verteilt, mehrere Bezirke werden zu einer Gruppe zusammengefasst, die eine Gruppenausgleichstelle bekommt. Das Hauptwagenamt in Berlin hat die Aufgabe dann zwischen den Gruppen den Ausgleich herbeizuführen. Die Leitung des Verbands liegt beim preussischen Eisenbahnzentralamt in Berlin.

Es ist klar, dass die Ungleichheiten in der Wagenbauart nunmehr bei den Neubestellungen langsam ausgeglichen werden, dass ferner die Einzelstaaten ihren Wagenpark auf einen verhältnismässigen Bestand bringen müssen. Bayern muss zu diesem Ende 6000 Wagen beschaffen, die 20 Mill. M. kosten werden.

× ×

Kurze Chronik Der 2gleisige Ausbau der sibirischen Überlandbahn wird sich auf den 2522 km langen Abschnitt Omsk-Baikal und die 875 km lange Linie Tanchoi-Karymskaja erstrecken. Die Kosten werden auf 81 008 M. pro km geschätzt. × Um die Rentabilität der russischen Eisenbahnen zu erhöhen, hat die russische Regierung die Erhöhung verschiedener Tarife in Aussicht genommen. × Die Eisenbahnverbindung Ceylons mit Indien soll nach den neuen Entwürfen durch die Anlage eines Viadukts über die Pambanstrasse geschehen. Der Schienenweg würde über diese Brücke hinweg bis Daneshkodi, dem südlichsten Punkt der Insel Rameswaram, führen. Dagegen würde die Ceylonbahn bis zum nördlichsten Endpunkt der Insel Manar entgegenkommen, so dass die Endpunkte beider Schienenwege nur noch

durch die sogenannte *Adamsbridge*, eine Reihe von Riffen, getrennt sein würde, die man durch eine Fähre zu umgehen beabsichtigt. × In der Schweiz wird auf der Linie Spiez-Frutingen der elektrische Betrieb eingeführt. × Nach der Zeitschrift *Elektrotechnik und Maschinenbau* gibt es in Europa 24 Wechselstrombahnen, die seit 1904 erbaut worden sind oder noch werden, mit insgesamt 703 km Gleislänge. Die am Fahrdraht herrschende Spannung beträgt 2500 bis 15 000 Volt, während die Motoren mit 120 bis 750 Volt arbeiten und je 30 bis 900 PS leisten. 45 Lokomotiven und 280 Motorwagen, die 77 000 PS Gesamtleistung repräsentieren, vermitteln den Verkehr. Die Fahrgeschwindigkeit geht bis zu 90 km in der Stunde.

×

Literatur

Von den Versuchen mit elektrischem Betriebe auf schwedischen Staatseisenbahnen, die während der Jahre 1905 bis 1907 angestellt wurden, handelt eine autorisierte verkürzte Übersetzung des Berichtes an die königliche Generaldirektion der Staatsbahnen, die von R. Dahlander besorgt und bei R. Oldenbourg in München erschienen ist. × Mit dem *Ausstellungsproblem in der Volkswirtschaft* befasst sich Alphons Paquet in einer Abhandlung /Jena, Gustav Fischer/. Der 1. Teil des Werkes sucht das Ausstellungsprinzip und die innere Organisation des Ausstellungswesens festzustellen, während der zweite eine Systematik der Formen gibt, die im Ausstellungswesen auftreten. Dabei werden die Ausstellungsformen im Gross- wie im Kleinbetriebe zum Gegenstand der Erörterung gemacht und generelle und Spezialformen besprochen (allgemeine und Sonderausstellungen). Auch der Geschichte des Ausstellungswesens widmet der Verfasser einen Teil seiner Schrift, wobei im wesentlichen das gewerbliche und das landwirtschaftliche Ausstellungswesen in Verbindung mit der neueren deutschen Wirtschaftsgeschichte besprochen wird. Weitere Kapitel behandeln die *Ausstellungsmündigkeit, Unlauterkeit im Ausstellungswesen, Aufgaben der Ausstellungspolitik.* × Die Einführung des Postüberweisungs- und -scheckverkehrs in Deutschland macht es nötig diese Einrichtung dem Publikum bekannt zu machen. Das bezweckt eine kleine Schrift des Postinspektors J. Weltz /Pössneck i. Th., Schneider/, die mannigfache Beispiele, Winke und Erläuterungen enthält und über alle Fragen erschöpfend Auskunft gibt.

DIVERSA

Neuerscheinungen

Lebensbetrachtungen

»Pianist, Ensemble: alles ekelt mich an. Wird jemals eine Stunde kommen, in welcher ich nichts mehr weiss von alledem, in der auch ich anfange, Mensch zu sein?« Diese grosse Sehnsucht trieb den jugendlichen Verfasser, der sich *Hyon-Baste* nennt, dazu *Allerhand Betrachtungen* /Berlin-Schöneberg 1, Selbstverlag/ zu schreiben, in denen er alles das, was in seinem bewegten Leben an ihm vorbeigezogen ist, uns so schildert, wie er es sieht. Er musste es der Welt endlich sagen, dass er trotz aller Courage nicht mehr weiter kann, wenn er nicht die Hilfe Gleichgesinnter findet, die den tüchtigen Menschen, den echten Künstler in ihm lieb gewinnen und es ihm ermöglichen sein Ziel, eine menschenwürdige Existenz, zu erreichen. Was hat er mit seinen 22 Jahren schon alles erlebt, seit er durch das Unglück im Elternhause mittellos geworden und sich als Pianist in Kneipen und Tingeltangeln sein Brot verdiente. Bis nach Amerika hat ihn sein Beruf geführt. Überall war er in beständigem Kontakt mit Schiffbrüchigen aller Art und merkwürdiger, als dass er nicht verhungert ist, ist, dass er nicht angesteckt wurde sondern mit frischer Kraft immer noch hinaus will. Sachlich interessant ist die Schilderung der Atmosphäre der Artisten, in der unser Gewährsmann leben musste, so wie auch die Frische, mit der er über die Dinge urteilt. Das Wesentliche aus dem kleinen Buch ist aber, dass wir einen Menschen kennen lernen, der unbedingt einen Kulturwert bedeutet. Wenn es jemand fertig bringt neben der Arbeit in den *Lokalen*, die all seine Abende auffrisst, zwei Jahre lang als guter Schüler das Leipziger Konservatorium zu besuchen, so hat er ein Anrecht auf unsere Achtung, ein Anrecht darauf, dass wir ihn ernst nehmen, dass wir sein Buch kaufen und ihm dadurch vorwärts helfen.

IDA HÄNY-LUX

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLÄNDER IN REHFELDE · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. IN BERLIN · DRUCK: VEREINIGTE VERLAGSANSTALTEN GUSTAV BRAUNBECK & GUTENBERG-DRUCKEREI A. G. IN BERLIN